

M O S T O s t d e u t s c h e M o r g e n p o s t

Herausgeber: Verlagsanstalt Kirsch & Müller, Sp. z ogr. odp., Katowice,
ul. Marjacka 1, Tel. 483; P. K. O. Katowice, Verlagsanstalt Kirsch & Müller,
Sp. z ogr. odp., Konto 301 980.

Erste oberschlesische Morgenzeitung

Erscheint täglich, auch Montags (siebenmal in der Woche).

Bezugspreis: 5 Zloty.

Anzeigenpreise: 10 gespaltene Millimeterzeile im polnischen Industriegebiet 20 Gr., auswärts 30 Gr., Anstliche und Heilmittel-Anzeigen sowie Darlehns-Angebote von Ni. tbanken 40 Gr. 4 gespaltene Millimeterzeile im Rek ameteil 1,20 Zl. bzw. 1,60 Zl. Gewährter Rabatt kommt bei gerichtlichem Beitreibung, Akkord oder Konkurs in Portfall. — Anzeigenschluß: abends 6 Uhr

Für das Erscheinen von Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen, die nach Möglichkeit innegehalten werden, sowie für die Richtigkeit telefonischer aufgegebenen Inserate wird keine Gewähr übernommen und kann die Bezahlung aus diesen Gründen nicht verweigert werden.

Deutschlands Eintreibung für Genf vollendet

Frankreich, England und Polen einig zur Niederringung der deutschen Forderungen

Curtius, werde hart!

(Drahtmeldung unserer Berliner Redaktion)

Genf, 15. Januar. Die deutsche Delegation mit Außenminister Dr. Curtius, Ministerialdirektor Gaus, Geheimrat Freiherr von Weizsäcker und Geheimrat von Kaufmann ist um 12 Uhr in Genf eingetroffen. Mit der deutschen Delegation traf auch der deutsche Untergeneralsekretär beim Völkerbund Dufour Seronice, der Genf für einige Tage verlassen hatte, wieder ein.

Das Völkerbundsekretariat teilt offiziell mit, daß die Petition des Deutschen Volksbundes ebenso wie die Noten der deutschen Regierung auf die Tagesordnung der Ratstagung gesetzt worden seien. „Da die Petition“, heißt es in der Mitteilung des Sekretariats, denselben Gegenstand behandelt, wie die deutschen Noten, habe der Generalsekretär sie für dringlich erklärt.

Der französische Außenminister Briand hat vormittags 11.10 Uhr französischer Zeit Paris verlassen, um sich nach Genf zu begeben. Er ist begleitet von dem Direktor für politische Angelegenheiten am Quai d'Orsay, Leger und Masfagalli, der am Quai d'Orsay die Völkerbundsangelegenheiten bearbeitet. Mit dem gleichen Zuge ist der englische Außenminister Henderson nach Genf abgereist.

Was man über die Pariser Besprechungen der Außenminister Frankreichs, Englands und Polens hört, klingt wenig vertrauens-erweckend. Sie scheinen sich ganz um den Plan gedreht zu haben, einen festen Block gegen Deutschland zu schaffen. Man darf sich keinen Täuschungen darüber hingeben, daß die drei Staaten in dem Bestreben einig sind, die Erleichterung der deutschen Beschwerden auf irgendeinem Wege auf die lange Bank oder auf eine sachlich ungünstige Bahn zu schieben. Das nächste Ziel wird sein, die Mehrheit des Rates zur

radikalen Abweisung

der deutschen Beschwerden zu bewegen. Gelingt dies nicht, so muß man damit rechnen, daß unter dem Einfluß Briands ein polnisch orientierter Ausschuss eingesetzt wird, in dem den deutschen Beschwerden ein

Begräbnis erster Klasse

zuteil wird. Den deutschen Bemühungen auf grundsätzliche Regelung der Minderheitenfrage, besonders in dem Verhältnis zwischen Deutschland und Polen wird man sicherlich wieder die alte Behauptung entgegenhalten, es handele sich um innerpolitische Angelegenheiten und der bisherige Rechtsweg genüge.

Schließlich sind auch die letzten Pariser Pressestimmen von besonderem Interesse. Wie das „Echo de Paris“ zu berichten weiß, habe Henderson schon gestern Briand versprochen, daß er

alles aufbieten werde, um Berlin zu bewegen, sich „zu mäßigen“.

Das Foreign Office in London lege sich Rechenschaft darüber ab, daß die deutschen Forderungen an Polen „einfach übertrieben“ seien. Der „Matin“ meint, daß man in Genf sowohl Deutschland wie Polen das Recht geben werde, ihre Ansicht uneingeschränkt in voller Freiheit darzulegen. Allerdings müßten die beiden Mächte sich verpflichten, „im Rahmen der Verträge zu bleiben, die ihnen nicht nur Rechte geben, sondern auch Pflichten auferlegen“. Polen sei übrigens bereit, fügt Sauerwein hinzu, alle Schäden wieder gutzumachen. Deutschland habe also die Pflicht, den Konflikt nicht unnötig zu verschärfen. Man sieht aus diesen Stimmen, wohin der Kurs

geht. Diesen offiziellen Neußerungen gegenüber besagt es wenig, daß sich in der Pariser Linkspresse deutliche Worte gegen Polen finden. Im „Populaire“ wendet sich der belgische Sozialistenführer Vandervelde besonders scharf gegen die polnische Regierung.

In den Kreisen um das Völkerbundsekretariat ist anscheinend den antideutschen Täuschungsversuchen eifrig Vorschub geleistet worden. Die Berliner „Börsen-Zeitung“ gibt Neußerungen eines verantwortlichen Völkerbundsbeamten wieder, die das bestätigen und zeigen, daß die Darstellung im Völkerbundsekretariat die Stimmung stark beeinflusst hat. So scheinen die Polen mit ihrer bekannten Behauptung Glauben gefunden zu haben, daß es sich nur um Zwischenfälle gehandelt habe, wie sie in allen Ländern vorkommen und von denen nicht nur deutsche, sondern auch polnische Wähler betroffen worden seien. Nicht nur Deutsche, sondern auch Polen seien ihres Wahlrechts beraubt worden. Der von diesen Behauptungen beeinflusste Sekretariatsbeamte macht sich denn auch die Schlussfolgerung zu eigen: Daraus gehe hervor, daß die Vorkommnisse nicht zu einer Minderheitenfrage gemacht werden könnten, sondern eine innere Angelegenheit Polens seien und von der polnischen Regierung allein bereinigt werden müssen.

Eine Täuschung, die aber leider gleichfalls nicht ohne Erfolg geblieben zu sein scheint, ist die Verleumdung, die deutsche Beschwerden sei gar nicht so ernst gemeint, wie sie erscheinen, sie sei nur in Szene gesetzt, um die nationalistische Welle in Deutschland zu beschwichtigen.

„Was will“, so äußert sich der Genfer Beamte, „der deutsche Außenminister schließlich gegen diese Verrücktheiten, den Reichstag und den Auswärtigen Ausschuss tun, die ihn zu solchen unüberlegten Handlungen zwingen?“

Man kann diesem unerhörten Zynismus die öffentliche Meinung Deutschlands und in allen Parteien von rechts und links entgegenstellen, die von einigen hoffnungslos unnebelten Phantasten abgesehen, einmütig das allerentschiedenste Vorgehen für die Sicherung der Minderheitenrechte fordern und mit einer Spannung, wie sie seit langem nicht spürbar gewesen ist, der Entscheidung in Genf entgegensteht. Es ist ein heiliger Kampf, den die deutsche Delegation in Genf führt, und das ganze deutsche Volk steht hinter ihr. Wenn sich der Völkerbundsrat wirklich dazu hergeben sollte, die deutschen Beschwerden, wie das schöne Wort lautet, zu „bagatellisieren“ so würde er eine Verantwortung auf sich laden, die ihn erdrücken müßte.

Das Urteil im Falle Gollasowicz ist rechtskräftig geworden, da weder der Staatsanwalt noch die Verteidigung Einspruch erhoben haben.

Arbeitszeit-Schiedspruch verbindlich

Durch den Spruch des Reichsarbeitsministers vom 15. 1. ist der Teil des Schiedspruches für den oberschlesischen Bergbau vom 13. 1. über die Verlängerung der bisherigen Arbeitszeit für verbindlich erklärt worden.

Große Ostmarken-Rundgebung in Berlin

(Telegraphische Meldung)

Berlin, 15. Januar. Der Deutsche Ostmarkenverein veranstaltete am Mittwoch im Lehrerbereich eine Rundgebung für die Ostmark. Der Vorsitzende des Ostmarkenvereins, Major Wagner, erinnerte daran, daß der 12. Jahrestag des Versailler Vertrages nur wenige Tage hinter uns liege. Zweierlei müßten wir verlangen, die Revision und den Rüstkursausgleich. Der Redner des Abends, der deutschnationalen Reichstagsabgeordnete Dr. Kleiner, Beuthen OS., legte Protest ein gegen den Artikel des von Gerschlag im „Dortmunder Generalanzeiger“, in dem er einen schweren Verrat gegen alles deutsche Volkstum in Oberschlesien beuge. (Siehe auch „Ostdeutsche Morgenpost“ vom 8. 1.) Unerfindlich sei ihm, wie Dr. Curtius nach dem Abschluß des deutsch-polnischen Handelsvertrages von einer Erleichterung der Lage des Volkstums im Osten sprechen könnte.

Der zweite Redner, Pfarrer Hoinke, Hal-Neudorf, meinte, daß man nicht von einem Weltfrieden sprechen könne, solange der Versailler Vertrag bestehen bleibe. Der Minderheitenschutz gelte wohl für alle Nationen, aber nicht für das deutsche Volk. „Wir brauchen die Ostmark zur Befriedung, denn die deutsche Industrie kann die 5 Millionen Arbeitslosen nicht aufnehmen.“

Reform des juristischen Studiums

Der Preussische Staatsrat hat dem Ministerialrat über die Neuordnung des juristischen Studiums zugestimmt. Dazu wurde eine Entschließung angenommen, wonach der Staatsrat das Vorhandensein von Mängeln im juristischen Studium anerkennt. Sie zeigen sich in dem schlechten Besuch der Vorlesungen im Uebermaß der Besuche von Repetitorien und in dem schlechten Ausfall der Referendarprüfungen. Der Staatsrat erlaubt, daß ein wesentlicher Grund für die bestehenden Mängel auf der mangelhaften Schulbildung beruht. Ein großer Teil der heutigen Studenten bringt auf die Universität nicht das Mindestmaß von Kenntnissen und allgemeiner geistiger Ausbildung mit, das für das Verständnis juristischer Vorlesungen und ein juristisches Studium unbedingt erforderlich ist. Die vorliegende Verordnung kann nur als ein Versuch zur Besserung der Verhältnisse angesehen werden.

Giftiger Haß bis ans Grab

Die Linksbücher haben den Tod des Selbstmörders Fahlbusch, den wir gestern gemeldet haben, in gefälliger Form kommentiert. Sie haben natürlich sofort in Zweifel gezogen, daß Fahlbusch eines natürlichen Todes gestorben ist; er hätte Selbstmord verübt. Nach den neuen Ermittlungen kann jetzt als feststehend bezeichnet werden, daß Fahlbusch eines natürlichen Todes durch Herzschlag gestorben ist. Ein Selbstmord kann als ausgeschlossen gelten. Nach Erkundigungen an amtlichen Stellen, in Freundes- und Verwandtschaftskreisen des Verstorbenen wird bekannt, daß die Leiche Fahlbusch beschnitten worden ist. Die Obduktion hat noch nicht stattgefunden. In einen Selbstmord wird nicht geglaubt, da keinerlei Zeichen von Schwermut in der letzten Zeit bei ihm beobachtet worden sind.

Gegen anderslautenden Vermutungen hatte Fahlbusch die feste Absicht, zu seiner Frau und seinem fünfjährigen Sohne, die sich auf einer Farm in den Vereinigten Staaten auf-

halten, zurückzukehren. Er hatte aber die notwendigen Papiere noch nicht bekommen. Das Deutsche Reich hatte die Verpflichtung übernommen, Fahlbusch auf Staatskosten nach Amerika zurückzuführen, da es zu einer Verurteilung des ehemaligen Feldwebels, dessen Auslieferung man von den Vereinigten Staaten erwirkt hatte, nicht gekommen ist. Fahlbusch hatte den Weltkrieg von Anfang bis zu Ende mitgemacht. Im Sommer 1921 nahm er mit einer Bremer Freiwilligen-Kompagnie an den Kämpfen in Oberschlesien teil.

Es ist ein trauriges Zeichen der Zeit, daß selbst beim Tode dieses Mannes der politische Haß nicht endet und nicht einmal schweigt, solange die Leiche noch nicht der Erde übergeben ist. Linksbücher, die es bei jedem Wort von rechts fertigbringen, über „Sittenverwilderung“ zu jammern, versehen die Nachwelt vom Tode Fahlbusch mit der sinnigen Ueberschrift „Das Ende des Fremdenhasses“, und eine Zeitung bringt es sogar fertig, den Argwohn auszudrücken, daß Fahlbusch von Angehörigen der imaginären Feme, der er selbst angehört haben sollte, beiseitegeführt worden wäre, weil er zu viel gewußt hätte.

Rah'er über Oberschlesien

(Drahtmeldung unserer Berliner Redaktion)

Paris, 15. Januar. Der französische Journalist Rahjer setzt in der „Republique“ seinen Kampf gegen die Grenzziehung an der deutschen Ostgrenze fort. In einem aufschlußreichen Artikel unterzieht er die Lage in Oberschlesien einer genauen Betrachtung. Er geht von der Volksabstimmung in Oberschlesien im Jahre 1921 aus und kommt auf die Teilung zu sprechen, deren Durchführung den Willen erkennen läßt, Polen das höchstmögliche wirtschaftliche Vorteile zu geben. Die Grenzziehung sei so unglücklich, daß die großen deutschen Städte darunter zu leiden hätten. So sei Beuthen von der Grenze geradezu umzingelt. Aus dem Bestreben, Polen möglichst viel Vorteile zu geben, erklärten sich die vielen Bindungen der Grenze, die der geographischen Lage des Landes als auch der oecologischen Beschaffenheit des Bodens nicht entsprächen.

Starkes Erdbeben in Mexiko

(Telegraphische Meldung)

New York, 15. Januar. In Mexiko-Stadt ereignete sich am Mittwoch ein starkes Erdbeben von mehr als zwei Minuten Dauer, das unter der Bevölkerung eine Panik hervorrief. Die Einwohner verließen eiligst ihre Wohnungen, da sie den Einsturz der Häuser befürchteten. Zur Zeit des Erdbebens war ein eigenartiges gelbes Licht am Himmel zu beobachten, aus dem leuchtende Blitze hervorzuckten, und das über eine Stunde anhielt. Das Erdbeben war von Wellenbrüchen begleitet. Viele Gebäude wurden durch Risse beschädigt, alle von den Spaniern erbaute Brunnen versiegten. Einige Denkmäler sind von den Sockeln herabgestürzt. Das Erdbeben in Mexiko wird als das schwerste bezeichnet, das man seit jenem großen Beben im Juni 1911, bei dem in 41 Städten über 2000 Menschen umkamen, erlebt hat. Die Zahl der Opfer ist noch nicht bekannt. Bisher sind ein Toter und 25 Verletzte gemeldet. In Mexiko-Stadt brachen an mehreren Stellen Brände aus. Dem Erdbeben ging eine dreitägige ungewöhnliche Kälte mit Schnee, der in der Stadt Mexiko nur selten fällt, voraus. Das selbe Licht, das zur Zeit des Bebens am Himmel beobachtet wurde, wird durch einen Ausbruch des Vulkans Popocatepetl erklärt. Die Erbstöße waren über mehrere hundert Meilen fühlbar.

Der Reichstags-Haushaltsausschuß fordert:

Gchärfste Drofflung der Gemeinde-Etats

Uebertriebene Kommunal-Gehälter

(Telegraphische Meldung)

Berlin, 15. Januar. Der Haushaltsausschuß des Reichstages setzte am Donnerstag die Aussprache über den Haushaltsplan für 1931 und über die Erklärung fort, die Reichsfinanzminister Dr. Dietrich im Ausschuss abgegeben hat.

Abg. Dr. Gremer (DVP.)

begründete die volksparteiliche Forderung auf Einsparung weiterer 300 Millionen im Haushalt und erklärte, daß die Erfüllung dieser Forderung von entscheidender Bedeutung für die weitere Haltung der Deutschen Volkspartei sei. Eine Schilderung der Finanzlage könne nicht an den außenpolitischen Forderungen vorbeigehen, die eine große Mehrheit des deutschen Volkes erhebe. Ein so schweres Vorhaben wie die Revision der Reparationsverpflichtungen mache es notwendig, daß die psychologischen und materiellen Voraussetzungen erfüllt werden, nämlich die Ordnung der Reichsfinanzen und die Behebung der Wirtschaft- und Arbeitsmarktkrise. Der Minister habe nicht die Bedenken zu zerstreuen vermocht, daß man in Zukunft durch Steueranfälle vor neue Entscheidungen gestellt werde. Wenn man eine Verminderung der öffentlichen Lasten anstrebe, dann könne man an der Finanzgebarung der Länder und Gemeinden nicht vorbeigehen.

Es müsse Befremden erregen, wenn trotz der Kürzung der Bezüge der Beamten und Angestellten des Reiches viele führende Männer in der Gemeindewirtschaft Gehälter beziehen, die weit die Reichsbeamtengehälter übersteigen.

Das gelte namentlich für die Oberbürgermeister der rheinischen Städte. So schnell wie möglich müßten auch die Reformen zum Abschluß gebracht werden, um die Sozialversicherungen auf versicherungstechnische Grundlagen zu stellen.

Die Dezember-Einnahmen des Reiches zwingen zu dem Schluß, daß die schädlichen Einflüsse des Wirtschaftsverfalls auf die Reichsfinanzen nicht nur für den Rest des Etatsjahres, sondern auch für das Jahr 1931 nicht genügend berücksichtigt sind. Es ist die Aufgabe des Reichsfinanzministers, die hierdurch entstandene Lücke auszufüllen, und zwar nach seiner eigenen Erklärung nicht durch Beschlagnahme oder neue Steuern, sondern nur auf dem Wege weiterer energischer Ausgabenkürzung. Die Parteien und der Haushaltsausschuß haben die Aufgaben der Prüfung, nicht des Vorschlages solcher Maßnahmen. Die Deutsche Volkspartei macht von der Vorlegung eines entsprechenden Programms vor der Beratung des Etats im Plenum des Reichstages ihre Mitarbeit am Etat abhängig.

Abg. Dr. Köhler (Str.)

sprach der Finanzverwaltung seine Anerkennung für die Abwicklung des so ungeheuer schwierigen Etats 1930 aus. Manche der für die Gemeinden bestellten Staatskommissare hätten sich leider keineswegs auch als Scharommiffare erwiesen. Trotz aller Abstriche scheint es aber durchaus nicht so, als sei der Etat ein „Armeleutentat“. Vielmehr kommt man zu dem Eindruck, als sei es einigen Ressorts doch gelungen, gewisse Anwendungen aufrecht zu erhalten, die durch die Not der Zeit nicht in allen Fällen gerechtfertigt sind. Steuererhöhungen dürften selbstverständlich nicht mehr vorgenommen werden, ebenso sind weitere Abstriche an den Beamtengehältern nicht möglich und politisch erträglich. Vor einer allgemeinen Subventionenpolitik muß dringend gewarnt werden. Die Gemeinden müßten ihre Bevölkerungsstatistik überall den Grundlagen der Reichsregelung angleichen. Eine große deutsche Stadt spare dadurch allein 2 Millionen Mark.

Dr. Silberberg (Soz.) ist der Auffassung, daß sich das Defizit des Etats für 1931 etwa in Höhe von 1200 Millionen Mark bewegen wird. Dieser Ausfall werde so verteilt werden müssen, daß etwa die Länder und Gemeinden einen Ausfall von 400 Millionen Mark und die Reichsbehörden einen Ausfall von 125 Millionen Mark haben werden. Die Aufstellung eines Planes über die Sanierung der Finanzlage sei dringend notwendig. Ebenso sei es fraglich, ob die Gemeinden einen so großen Ausfall vertragen können.

Reichsfinanzminister Dietrich

wies darauf hin, welche Sorgen in der Etatsgebarung jetzt auch das reiche Nordamerika habe. Auch England und Italien hätten mit Etatschwierigkeiten zu kämpfen. Man dürfe die Dinge nicht immer nur pessimistisch sehen. Gerade die schwarzheiterliche Art, über die gegenwärtigen Finanzverhältnisse in Deutschland zu urteilen, trage viel zu der Psychose bei, die jede Unternehmungslust im Reiche erlöse. Für die Gesundung der Gemeindefinanzen müßten die Länder sorgen.

Es gehöre zu einem der betrübendsten Kapitel, wenn beispielsweise ein

Oberbürgermeister mehr Pension habe als ein Reichsminister Gehalt beziehe.

Zur Abstellung dieser Dinge sei ein Gesetz nötig, das im Reichstage einer Zweidrittelmehrheit bedürfe. Bezüglich der Forderung der DVP. auf Streichung weiterer 300 Millionen im Etat erklärte der Minister, Dr. Gremer möge wenigstens Anhaltspunkte dafür angeben, wo er die Einsparungen für möglich halte. Die Reichsregierung sehe im Augenblick keinen Weg, derartige Ersparnisse zu erreichen.

Zur Preisentsetzungsaktion erklärte der Minister, daß

mit behördlichen Eingriffen in die Preisgestaltung einmal Schluß gemacht werden müsse, da sonst eine Wirtschaftserholung nicht möglich

sei. Zur Frage der Arbeitsbeschaffung wies er darauf hin, daß er in Stuttgart seine Vorschläge nicht in der apokalyptischen Form gemacht habe, wie es die Presse nachher behauptet habe. Der zuständige Minister Stegerwald prüfe zur Zeit die Angelegenheit und werde zu gegebener Zeit dem Reichstage darüber berichten. Ueber die Sanierungsmaßnahmen für die Knappschaff werde beim Haushalt des Arbeitsministeriums zu sprechen sein. Der Minister ging dann auf verschiedene Vorschläge ein, die von den Parteien zur Behebung der Finanznot gemacht worden sind.

Er ging (Str.) wünschte, daß die Regierung einmal geeignete Schritte unternehme, um zur Verhinderung der Bevölkerung in der Deffektivität Klarheit über die tatsächlichen Kostenverhältnisse in der öffentlichen Verwaltung in Reich, Ländern und Gemeinden zu schaffen. Von den interessierten Verbänden und Organisationen werden häufig Berichte über Verwaltungs- und Beamtenverträge verbreitet, die sich bei einer näheren Prüfung als unrichtig herausstellen. Bedauerlich sei auch die ablehnende Haltung gegen eine Preisüberprüfung der Marktarzefikel. Die Regierung sollte notfalls Preisbindungen aufheben.

Der Arbeitsplan des Haushaltsausschusses

Der Haushaltsausschuß des Reichstages hat einen genauen Arbeitsplan aufgestellt. Er will die Haushaltsin etwa 120 Stunden erledigen und zu diesem Zweck in den nächsten Wochen täglich mit Ausnahme der Sonntage fünf stündige Sitzungen abhalten. Man rechnet damit, daß der Reichshaushalt für 1931 vom Ausschuss bis Mitte Februar erledigt wird, damit er dann im Plenum zur Verhandlung kommen kann. Die ausgiebigste Verhandlungszeit ist dem Haushalt des Innenministeriums überlassen, nämlich 19 Stunden. Es folgt dann nach der Länge der Beratungsdauer das Reichsarbeitsministerium, dem 17 Stunden gewährt sind; weiter das Reichswehrministerium mit 14 Stunden, das Auswärtige Amt mit 11 Stunden, das Reichsverkehrsministerium mit 9 Stunden, das Reichsbernährungsministerium mit 8 Stunden und das Reichsfinanzministerium sowie die Allgemeine Finanzverwaltung mit je 7 Stunden. Die Beratung über das Reichswehrministerium wird voraussichtlich Anfang Februar beginnen, der Haushalt des Auswärtigen Amtes wird vermutlich am 10. oder 11. Februar an die Reihe kommen.

Danziger Eisenbahner ersticht polnischen Beamten

(Telegraphische Meldung)

Danzig, 15. Januar. Am Dienstag vormittag erschien der Arbeiter Walter Gengeritz aus Danzig-Stadtgebiet auf dem Eisenbahn-Bauamt, um eine von ihm ausgefallene Zahlung zu erhalten. Dabei geriet er mit dem Angestellten Styrbicki in Streit, in dessen Verlauf Gengeritz dem Styrbicki einen Messerstich in die Magengegend versetzte. Gengeritz flüchtete; er konnte jedoch gefast und in das Polizeigefängnis eingeliefert werden. Der schwerverletzte Styrbicki wurde nach Anlegung eines Notverbandes in das Städtische Krankenhaus gebracht und ist dort gestorben. Gengeritz gab bei seiner Vernehmung zu, arbeitslos und in Not zu sein, weswegen er die Zahlung bringend brauchte. Gengeritz ist bisher unbestraft und gilt als allgemein verträglich.

Die „Danziger Volksstimme“ schreibt zu dem Vorfall: Dieser Vorfall hat in Eisenbahnerkreisen großes Aufsehen erregt.

Allgemein bedauert man den Täter Gengeritz

und gibt dem Geföteten die Hauptschuld an dem bedauerlichen Vorfall. Gengeritz gehörte zu den Arbeitern, die von der polnischen Staatsbahnverwaltung nicht den ihnen zustehenden tariflichen Lohn erhalten hatten. Die Direktion wurde verurteilt, die Differenz zwischen dem Tariflohn

Erst ausgeschieden, dann ausgeschlossen

Die Zerkung der Wirtschaftspartei

(Drahtmeldung unserer Berliner Redaktion)

Berlin, 15. Januar. Obgleich der zweite Vorsitzende der Wirtschaftspartei, Collofer, aus der Partei ausgeschieden ist, hat das von der Partei eingeleitete Schiedsgericht ihn nachträglich aus der Partei ausgeschlossen. Als Grund für die Entscheidung wird angegeben, daß Collofer sich gegen seine Angriffe gegen die Zeitung und gegen einzelne Mitglieder der Partei eines Verstoßes schuldig gemacht habe, der mit den Pflichten eines Parteimitgliedes und ganz besonders mit denen eines Reichstagsabgeordneten und Vorstandsmitgliedes der Partei unvereinbar sei. Formal wurde geltend gemacht, daß seine Austrittserklärung an das Parteischiedsgericht statt an die Parteileitung, also nicht an die richtige Adresse gerichtet worden sei. Der Partei habe er deshalb im Augenblick des Aufammentritts des Schiedsgerichts noch angehört. Gegen den wirtschaftsparteilichen Abgeordneten Dannenberg schwebt noch ein Ermittlungsverfahren, sodas hier noch keine Entscheidung gefasst werden konnte.

Aus diesem robusten Vorgehen ergibt sich, daß die Berliner Machthaber der Wirtschaftspartei den

Kampf gegen die Opposition mit allen Mitteln der Parteibürokratie

fortzusetzen gedenken. Es wird sich fragen, ob sie sich damit im Reiche durchsetzen vermöge. Inzwischen haben, wie wir schon meldeten, die sächsischen Wahlkreise ihre Beziehungen zur Reichsparteileitung abgebrochen. In der Erklärung der sächsischen Landesgruppe wird der Schritt damit begründet, daß der Parteivorstand

Dreiwitz, der seine Hauptkraft auf Widerlegung und Abschwächung der zahlreichen gegen ihn gerichteten Vorwürfe richten müsse, für die Führung der Parteigeschäfte unmöglich noch die Kräfte aufbringen könne, die in der heutigen schweren Zeit hierfür notwendig seien. Der Entschluß der sächsischen Landesgruppe der Partei bedeutet ihren Austritt.

Die Wirtschaftspartei hat damit aufgehört, ein geschlossener einheitlicher Parteikörper zu sein.

Wie in parlamentarischen Kreisen verlautet, sollen noch in einer Reihe weiterer Wahlkreise starke Strömungen bestehen, dem sächsischen Beispiel zu folgen. Andererseits spricht man von Bemühungen, die Sachsen vom wirklichen Austritt aus der Partei abzuhalten und die Geschlossenheit des Parteikörpers zu wahren. Diese Bemühungen werden aber nur auf Kosten der Stellung des Parteiführers Dreiwitz von Erfola begleitet sein können. Wenn Dreiwitz nicht freiwillig weicht und noch Unterstützung bei einem Teil der Partei findet, wird die Zerkung noch weitere Fortschritte machen. Man rechnet mit der Einberufung eines Parteitages in naher Zeit. Die Wirtschaftspartei hat bisher in politischen Kreisen nicht allzu viel Veranschlagung genossen, weil sie eine ausgesprochene Interessenvertretung ohne Programm und Grundlag ist, von weltanschaulicher Vertiefung ganz zu schweigen. Bedauerlich ist nur, daß durch diese persönlichen Reibereien das Ansehen des Parlamentarismus wieder einmal empfindlich gelitten hat.

Disziplinar-Urteil gegen Beamte im „Stahlhelm“

(Telegraphische Meldung)

Berlin, 15. Januar. Der Disziplinarhof für die nichtrichterlichen Beamten hatte vor einiger Zeit in einer Berufungsangelegenheit gegen einen Polizeibeamten zu verhandeln, der an einer öffentlichen Veranstaltung des „Stahlhelms“ als Tambourmajor in Stahlhelmlivree teilgenommen hatte. Der Disziplinarhof ist der Entscheidung der ersten Instanz des Disziplinargerichts der Regierung in Oppeln beigetreten und hat deren Urteil auf Strafbefehl und Kürzung des Diensteinkommens um eine Gehaltsstufe aufrecht erhalten. Aus der Urteilsbegründung des Disziplinarhofes gibt der Amtliche Preussische Pressedienst nunmehr die folgenden Stellen wieder:

„Aus der Reichsverfassung ergibt sich, daß grundsätzlich auch den Beamten das Recht der freien Meinungsäußerung zusteht. Die Ausübung dieses Rechtes darf aber bei einem Beamten nicht über die ihm durch sein Dienstverhältnis zum Staat gezogenen Grenzen hinausgehen. Dieses Dienstverhältnis verpflichtet die Beamten zur Treue und zum Gehorsam gegenüber dem Staat und verbietet ihnen, von dem Recht der freien Meinungsäußerung und der politischen Betätigung einen gleich weiten Gebrauch zu machen wie es jedem anderen Staatsbürger gestattet ist, der nicht unter dem Zwange der im öffentlichen Interesse unerlässlichen Dienstaufstellung steht.“

Das Urteil stellt dann fest, daß der vorgesehete Minister ohne weiteres berechtigt sei, die ihm unterstellten Beamten auf die ihnen obliegenden Beschränkungen in Ausübung ihrer politischen Betätigung hinzuweisen. Der Beamte, so heißt es

in der Urteilsbegründung weiter, darf auch außerhalb des Dienstes zumal in der Öffentlichkeit nicht an Veranstaltungen von Verbänden teilnehmen, die

„nicht einwandfrei auf dem Boden der geltenden Verfassung“

stehen. Das zu solchen Verbänden auch der „Stahlhelm“ gehört, hat die Vorinstanz zutreffend festgestellt. Ob die hier erörterte Veranstaltung des Stahlhelms ihrer Wesensart nach selbst politisch war oder nicht, ist ohne Bedeutung, da es nur auf die Gesamteinwirkung des Verbandes gegenüber der bestehenden Staatsform im allgemeinen ankommt.“

Der Disziplinarhof stellt fest, daß er die von der Staatsanwaltschaft beantragte Strafe der Dienstentlassung in ernstester Erwägung gezogen und von der Verhängung dieser schwersten Strafe lediglich abgesehen hat, weil der Angeklagte Unterhaltspflichten gegenüber vier Kindern, sich im Rricke gut geführt und auch als Polizeibeamter sonst seine dienstlichen Pflichten zur Zufriedenheit seiner Vorgesetzten erfüllt habe.

Von dem „Recht der freien Meinungsäußerung“ bleibt nach dieser Entscheidung für den preussischen Beamten, der nicht unbedingt die Meinung seiner Vorgesetzten von den herrschenden Parteien teilt, nicht mehr viel übrig. Daß auf diesem Gebiet in Preußen eine sehr bedenkliche doppelte Moral herrscht, beweist auch eine kleine Landtagsanfrage des Abg. Labendorn, in der erklärt wird, daß bei der Verdrängung des erschaffenen Reichsbannermannes Schneider der Polizeipräsident Orzesinski in Begleitung hoher Polizeioffiziere und einer Ehrenabteilung der Schutzpolizei teilgenommen habe. Das Staatsministerium wird gefragt, ob es bereit sei, der Schutzpolizei zu unterlegen, an parteipolitischen Veranstaltungen in Uniform als Abordnung teilzunehmen auch als Abordnung einer Beamtenorganisation. Wenn an einer Veranstaltung einer von der Regierung geförderten Partei-Schutztruppe der Polizeipräsident von Berlin mit einer ganzen Abordnung teilnimmt, dann kann ein Verbot für einen einzelnen Polizeibeamten, sich bei einer anderen Organisation öffentlich zu betätigen, nicht unbedenklich erscheinen.

Schulgeldherabsetzung in Preußen

Nach dem Schulgesetz vom 18. Juli 1930 darf das Schulgeld an den öffentlichen höheren Schulen nicht den dritten Teil der Kosten übersteigen, die ein Schüler einer öffentlichen höheren Schule jeweils durchschnittlich verursacht. Infolge der allgemeinen Ausgabenentfungen im preussischen Haushaltsplan für 1931 hat sich der Minister für Wissenschaft Kunst und Volksbildung daher veranlaßt gesehen, den Durchschnittskostenfuß der bisher 750 RM betrug, für 1931 auf 720 herabzusetzen. Danach darf von Ostern 1931 ab an den staatlichen und städtischen höheren Schulen nur noch ein Schulgeld von höchstens 240 RM jährlich erhoben werden.

Menschen im Zirkuswagen

Erlebnisse an der Landstraße — Von A. H. Kober

Nachdruck verboten

II.

Der Mann rühte dann auch mit der Sprache heraus: er wisse, wo die Frau sich aufhalte, könnte sie aber nicht zur Rückkehr bewegen. Der ungariſche Doktor, unter deſſen Einfluß die magiſche Jungfrau völlig gekommen war, hatte ihr eine, angeblich hochbezahlte Stellung bei einem reichen Junggeſellen verſchafft. Natürlich war der Gatte dagegen. Aber die Frau ließ ihn und das Kind im Stich, zog zu jenem Mann und weigerte ſich entſchieden, zurückzukehren. Sie ließ ihren Mann überhaupt nicht mehr in das Haus; er wandte ſich an ſeinen Konſul mit der Bitte, zu vermitteln; ſie beantragte Scheidung.

Kenner der Verhältnisse erzählten mir gleich, daß jenes Junggeſellenhaus die Vorstufe zum Bordell ſein dürfte. Bald darauf wurden der Ungar — deſſen Dokortitel ebenſo zweifelhaft war wie ſeine Nationalität — und der Hotelwirt verhaftet. Man konnte ihnen nachweiſen, daß ſie ſich die Frau, wie auch andere Einwanderinnen, gegenseitig in die Hände geſpielt hatten, daß ſie mehrmals Ehepaare auseinandergebracht hatten dadurch, daß ſie der Frau eine „gute“ Stellung beſorgten.

Dann aber riß der Faden der Beweisführung ab. Die Frau, um die es ſich diesmal handelte, ließ ein eigenhändig unterſchriebenes Dokument vorlegen, ſie ſei aus freiem Willen, ohne irgend-eine Beeinflussung in ein verrufenes Haus gezogen und werde dort auch bleiben. Man mußte alſo den Ungarn und den Hotelwirt entlaſſen; auch einem Beamten der Fremdenpolizei, von dem es hieß, er ſei durch ſeine Frau an einigen Vordellen intereſſiert, konnte nichts nachgewieſen werden.

Als ich ein halbes Jahr ſpäter wieder durch dieſe Hafenſtadt kam, fand ich in den Zeitungen eine Parlamentsdebatte über die notwendige Bekämpfung des Mädchenhandels. Dabei ſpielte der „Fall der blonden Einwanderin“ eine beſondere Rolle.

Ich habe von ihr nie wieder etwas gehört. Ihr Mann hat noch einmal meinen Weg gekreuzt, ohne daß wir uns geſprochen haben: ich fand ſeine Viſitenkarte in meiner Wohnung, als ich dort wiſchen zwei langen Reiſen einmal ein paar Wochen ausharrte. Was hätte er mir wohl erzählt?

und jetzt war er da; mit Bagage und Frau noch dazu! Ich machte ihm ſeinen Irrtum klar, er verſuchte allerhand Fiſimatenten, zu denen ich wirklich keine Zeit hatte; ſchließlich ſlog er hinaus.

Aber bald war er wieder da; und ſo ging es, ſolange ich ihn kannte: vorne warf man ihn raus, hinten kam er wieder rein. Er machte einfach mit, als ob er zum Betriebe gehörte, bis er wirklich dazu gehörte; ich habe ſo etwas von Anpaſſung ſelten erlebt. Ein Handwagen wurde gebraucht — zehn Minuten ſpäter kam er, beſorgt von Müſepeter; beim Kaſſenandrang fehlte ein Aufſeher — plötzlich war er da: Müſepeter; ein Betrunkener ſollte vom Hof gebracht werden — innerhalb weniger Sekunden ſaß er draußen, beſorgt von Müſepeter.

Schließlich hatte er es durch ſeine fabelhafte Zähigkeit geſchafft und fuhr mit unſerem Zirkus nach Südamerika als Ausrufer vor der ſide show. Kurz vor der Abfahrt bekamen wir die erſte Probe von den ſeltſamen „Finanzgebaren“ Müſepeters. Sein Kapital war damals ein Pfandſchein über 50 Mark für eine in Hannover verſetzte Seejungfrau. Auf dieſen Pfandſchein ließ er ſich von einem Kollegen bierzig Mark, mit denen er ſeine täglichen Ausgaben beſtritt. Von ſeinem erſten Vorſchuß kaufte er dann ſeinen Schein zurück, verkaufte ihn für 35 Mk. an einen in Deutſchland bleibenden Schauſteller und erwarb dafür eine große Stärkekiste, die er als Artiſten-Gepäck in ſeine Kabine ſtellte.

Als wir drüben ankamen und Müſepeter vor der ſide show debütierte, packte mich gleiches Entſetzen: er ſprach ſo undeutlich, daß ſein ohnehin ſchauderhaftes ſpaniſch-franzöſiſches Rauderweſch kaum zu verſtehen war. Er trübte: in wenigen Tagen werde ſein Sprechwerkzeug wieder in Ordnung ſein. Dann nämlich werde er ſein goldenes Gebiß auslöſen können, das er auf der Ueberfahrt verſchanden hatte. Tatſächlich hatte er auch bald wieder Geld in den Fingern: Vorſchuß und Einnahme aus dem „Betriebe“ ſeiner Frau.

Dieſer Betrieb ſpielte ſich am Baſelrand ab, und dabei wirkte die geheimnisvolle Stärkekiste mit. Auf ihr nämlich ſaß Frau Müſepeter und machte die Tüten mit den „echten Hamburger Bonbons“ zurecht, die ſie durch einige Straßen-jungen verkaufen ließ. Sie nahm eine Tüte, blies zunächſt tüchtig Luft hinein, dann kamen ſechs total vertrocknete Bonbons als Inhalt, und die mächtig voluminöſe Tüte koſtete zehn Centavos. Damit die Verkäufer nicht durchbrannten, hatte Frau Müſepeter ihnen Schuße und Faden abgenommen. An das Warenlager kam kein Unbeſugter heran, denn es war die Kiſte, auf der

die Unternehmerin ſaß. Das Ganze war alſo ein ſicheres Geſchäft.

Aber Müſepeter ſtrebte weiter. Eines Tages machte er ſich mit der „dickſten Dame der Welt“, die er uns entführte, ſelbſtändig. Dieſe Attraktion fand bald ein Ende durch Herzſchlag. Müſepeter wurde Schnellphotograph im Hafen und knipſte die Einwanderer „zur Erinnerung an meine Ankunft in der neuen Welt“. Später wurde er geſichtet als Imprefario einer Ringkämpfertuppe, als Mundharmonikavirtuoso, als Kabrifant und Verkäufer von türkiſchem Honig. Schließlich erinnerte er ſich immer und erſchien, um ſeine freie Rückfahrt nach Europa zu reklamieren. Sie wurde ihm gewährt, obwohl er ſein Anrecht darauf verwirkt hatte. Im letzten Moment freigten wir ihn, daß Müſepeter ſeine Pilets verſaufen wollte und gar nicht daran dachte, heimzufahren. Er bekam alſo ſeine Fahrkarten gar nicht in die Hand, wurde verſchifft und dampfte nolos vollens ab.

Nach Monaten bekamen wir von ihm herzliche Grüße; auf einem Briefbogen, der ſein Bild zeigte: einen fabelhaft eleganten Mann im Frack, mit zahlreichen Orden auf der Bruſt. Müſepeter war damals „der garantierte künſtliche Kaſſenfirm-Abſpringer der Gegenwart“ und ſoll dabei gut verdient haben.

Fünf Jahre danach ſah ich in einer Kneipe in einem kleinen ſächſiſchen Städtchen ein handgeſchriebenes Plakat „Heute Abend! Abſolut einmaliges perſönliches Auftreten des berühmten Filmſchaupieler Müſepeter! Perſönlich! Sensationell!“

Natürlich verſäumte ich die Vorſtellung nicht. Sie war unglaublich komiſch. Zuerſt hielt Müſepeter eine lange Anſprache, dann machte er „Charakterſtudien, garantiert ohne Perücke, Schminke und ſonſtige Hilfsmittel“, d. h. er ſchnitt fürchterliche Geſichter und erklärte dazu jedesmal „Geiz“, — „Haß“, — „Verliebtheit“ usw. Dann kam der Clou, wieder gebührend eingeleitet durch eine Anſprache: „Originalstudie Wölke auf dem Totenbette“. Müſepeter legte ſich auf einen Tiſch, deckte ſich mit einem Tiſchuch zu und ſchloß einige Augenblide die Augen. Dann: Tusch des Klavierſpielers, Müſepeter ſprang hoch, verneigte ſich ein Duzendmal, — ob jemand ſtatſchte oder nicht — und dann nahm er den Blechſteller und ſammelte ab.

Es war wirklich jedesmal „abſolut einmaliges Auftreten“.

Was mag er jetzt treiben? Vielleicht iſt er vor die Hunde gegangen, vielleicht ſißt er im Reich-tum. Möglichs iſt bei ihm alles, denn er firmiert mit Recht: „Müſepeter. — der Wundertäter“.

(Fortſetzung folgt.)

Müſepeter, der Wundertäter

So nannte er ſich ſelber auf dem Briefbogen, mit dem er uns Offerte machte. „Müſepeter, der Wundertäter“, ſtand da am Kopfe gedruckt, und handſchriftlich war hinzugefügt: empfehle Mich den verehrten Herren Direktoren zu jeglicher abſolut exakten Funktion in Wort und Schrift, werde auch Ihren jezt wertvollen Anſprüchen genügen und ſebe Ihren hochachtungsvollen Beſcheide umgehend entgegen, auf feſte Gage oder auch prozentual ergebendſt Müſepeter, der Wundertäter. Frei ſofort, für nur erſtklaſſigen Etabliſſements. a. B. Bunzlau Schützenfeſt.“

Der Zufall fügte es, daß ich mit dem Auto durch Bunzlau kam und Herrn Müſepeter beſichtigen konnte. Ich fand ihn als Anreißer vor einer Ringkämpferbude. Er war ganz auf vornehm zurechtgemacht, hatte einen ſchwarzen Cuta-wan, einen Zylinder, und einen Kopfs! So etwas hatte ich noch nicht geſehen! Eine Angel, ganz blank, ohne ein Härchen, ein Geſicht — vollkommen zerjurcht und zerknittert von Falten, ein Mund, der wie ein Schnitt bis zu den Ohren lief, eine mächtige Adlernäſe und ein Paar Augen von ſtrahlender Bläue, wirklich ſonnig, luftig, beſtändig.

Seinen Vortrag hielt er mit der typiſchen heiteren, daher etwas geheimnisvoll wirkenden Jahrmarktſtimme, er unterſchied durch jezt jugendliche Umrhebungen, und an beſonderen

Kraftſtellen beugte er den hageren Oberkörper vor und machte eine kleine Pauſe, als warte er auf einen Widerſprecher, den er anbringen müßte. — — und bitte ich Sie, verehrte An-wende, zu überlegen, daß die ſoziale Frage nur gelöſt werden kann, wenn wir uns alle gegenſeitig unterſtützen und daß jeder Mann ſeines lauren Brotes wert iſt und daß der einzige Weg zu Kraft und Schönheit immer und ewig die edle Ringkämpferei war, und ſomit appelliere ich an Ihre Intelligenz, meine verehrten Anwen-den: der Eintritt beträgt heute nur zwanzig Pfennig und befindet ſich der Aufgang zur Kaſſe hier!“

Alſo ſchloß er ſeinen Vortrag, bimmelte an der Schiffs- und geleitete mit höflichen Ver-beugungen den erſten Gaſt zur Kaſſe.

Dies war mein erſter Eindruck von Müſepeter: der Mann war in ſeiner Art großartig, aber nichts für uns.

Fünf Tage ſpäter gucke ich aus meinem Büro-wagenfenſter zufällig auf den Zirkushof und ſebe: eine Unmenge Gepäc wird abgeladen, und gleich darauf erſcheint Müſepeter, ſteht ſich vor, melbet ſein pünktliches Eintreffen und bittet um Aus-handlung ſeines Vertrages. Ich war baff. Kein Mensch hatte ihn engagiert, wir hatten ihm den üblichen Abgabebrief „ſpäter vielleicht“ geſchickt,

Die sieben Sorgen des Kriminalrats

28

Ein heiterer Roman von Rudolf Haas

Vorher beſtrich er jedoch das dunkle Roggen-brot mit der kühlen Butter, zog den Kaſſee näher zu ſich heran, und während er mit der Rechten die Lade ſich einverleibte, las er, die Zeitſchrift mit der Linken haltend, über die Taſſe hinweg, ohne ſich den Appetit verderben zu laſſen, zum zweiten Male: „Die Comödianten bedienten ſich hierauf des Rechts, welches das Parlament allen denen gegeben hat, welchen die Prieſter die Sacramente oder andere geiſtliche Pflichten verweigern, und verſchlugen den Prieſter bey den weltlichen Gerichten. Weil ſich aber der Prieſter nicht daran kehren wollte, die Comödianten aber beſorgen mußten, daß der Körper ihres lieben Kameraden bey längerer Verzögerung des Proceſſes einen üblen Geruch von ſich geben dürfte, ſo mußten ſie auf ein Mittel bedacht ſeyn, ſich den Körper vom Halse zu ſchaffen. Unter der Bande beſand ſich einer, der ſich etwas auf Chirurgie verſtand, der wollte ihn einſetzen, durch welches Mittel er den Körper bis zur ausgemachten Sache für der Fäulnis zu verwahren meinte. Um aber die Koſten zu erſparen, ordinaires Salz zu kaufen, holte er das Salz, welches von dem eingelaſſenen Stockfiſch herabfällt, wenn er aus den Schiffen ausgeladen wird, und welches als Con-trebande angeſehen wird. Da nun der komiſche Chirurgus nicht wußte, daß dieſes unverſteuerte Salz verboten ſey, und ſeine Operation bereits damit vorgenommen hatte, kam ein Salzbedienter mit der Waſche, ihn in Arreſt zu bringen; die Bande Comödianten aber ſtellte Sicherheit für ihn. Dieſer Zufall zog den Comödianten einen neuen Proceß von den Salzbedienten auf den Hals. Bey dieſen Streitigkeiten wußten ſie nun kein ander Mittel zu ergreifen, als ſie machten banquerot, und reiſten heimlich davon. Der eingelaſſene Arlequin blieb, weil er ihnen nicht folgen konnte, in den Händen des Salzbedienten, der ſich ſeiner gleich bemächtigt hatte. Weil nun derſelbe keine Nachricht erhalten konnte, wo die Comödianten hingekommen, ſo hat er nunmehr einen Proceß mit dem Prieſter angeſehen, warum er den Arlequin nicht begraben wollte. Der Prieſter bleibt bey ſeiner Weigerung, und der Salzbediente iſt genötigt worden, den armen Arlequin in die Seine zu werfen.“

Er hielt das Heftchen noch in der Hand und ſchob, da er mittlerweile mit der Pauſe fertig geworden war, das Geſchirr beiseite. „Schade“, dachte er, „daß über den Ausgang des Proceſſes nichts berichtet wird. Da hätte ich Richter ſein mögen! Das Salz hätte der Waſche beſohlen müſſen! — Habt Salz bei euch, und habt Frieden unter euch, ſiecht doch wohl im Evangelium. —

Salz iſt ein gute Ding für Stockfiſche, ich bin aber doch froh, daß wir hierzulande mehr Bier-heide haben. Das hat uns die Sache jedenfalls weſentlich vereinfacht!“

In dieſem Augenblick fühlte er ſich hinten an den Haaren gezogen, rief: „Kreuzdonnerwetter! Was iſt denn das? Jahr ab!“ griff nach rückwärts und erhielt einen Grieb auf die Hand. Nun drehte er ſich um. Da ſtand hinter ihm auf der Banklehne des Müllers zahmer Rabe, blinzte ihm mit ſchiefem Kopf aus runden Glanzen nieder-trächtig verſchmitzt von der Seite an und ſal-barte mit ſeiner klappenartigen Schnabel allerhand krächzende und grolende Töne vor ſich hin, die wie eine Hohn- und Hekelrede klangen. Hollen-gut, der in ſeiner heiteren Nachdenklichkeit das Anſchlattern des ſchwarzen Gefellen nicht bemerkt hatte, rieb ſich den geröteten Handrücken.

„Nepomuk, warum haßt du mich?“ fragte er. „Stadtsrad!“ ſchnarrte der Vogel. „Du ſollſt höflicher ſeyn, Nepomuk!“

„Klapperer! Damian! Hansaff!“ beharrte das Vieh ſtarrſinnig. Der Kriminalrat mußte zum andermal hell auflachen, da ihm die ganze wunderliche Drolligkeit der Lage zu Bewußtſeyn kam. „Nepomuk, das iſt fürwahr ein treffliches Zeichen und Gleichnis! Laß du mitteleſen oder haßt du meine Gedanken erraten? Wahrlich, du haßt ſie heute zu uns in die Ratſtube gehört! Hab' nicht auch ich dort die Frau Juſtitia hinterliſtig an den Haaren gepußt und in die Finger gepickt? Man muß mit Affenſpringen und Wurzelbäumen mitunter der ganzen gerechten Weltordnung und ſeiner eigenen Ueberzeugung ein Schnippchen ſchlagen: ſo meinst du es doch wohl, du kluger Galgenvogel? Und du haßt wenigstens den Mut, das Kind beim rechten Namen zu nennen, während ich nach ſchleibigen Vorbildern und Entſchuldigungen ſuche. Hab' Dank, du ehrlicher Grobian!“

Der Rabe ſchien ſolche Anerkennung über-haupt nicht zu beachten, ſondern geſiel ſich wieder in jenem krächzenden Geſchwall, das ſich wie eine Verkürzung der Worte des Herrn Kriminalrates anhörte. Doch als dieſer jezt fragte: „Nepomuk, wiſſt du Käſe?“ da änderte das Tier mit einem Schlag ſein würſtiges Weſen, bewegte die geſtuckten Flügel und verneigte ſich, wobei es wadelnd von einem Fuß auf den andern trat. „Servas, Gevatter! Gevatter! Gevatter!“ riefte es.

„Sieh ſo!“ ſagte Hollengut. „Neh' dich alſo dein lieber Gevatter? Und auch das iſt mehr als kluge Symbolik! Hier Käſe, dort Bier! Vor-ſatz und Sufſ find Ueberzeugung, Grobheit,

Glaube und Aberglaube nichts anderes als Schneefloeden in der Sonne! Hab' nochmals Dank, aufrichtiger Nepomuk!“

„Klapperer!“ ſchnarrte dieſer und wollte ge-langweilt ſchon wieder ſeinen diebſtändigen Ser-mon beginnen, aber als der Kriminalrat ſagte: „So, geh und hol' dir den Kaſ!“ da ſtatterte er mit einem tiefen „Rab, rab!“ von der Bank herab und hüpfte durch die Haustür in die Küche hinein, wo er die Pulvermüllerin mit aufgeregtem Flügelſchlagen umtanzelte und mit dem Schnabel an ihrem Rock zog. „Gevatter, Gevatter! Kaſ! Kaſ!“ ſagte er dazu und ließ auch nicht nach, zu zerrn und zu mahnen, als die Wirtin vor die Schwelle trat: „Hochmögender, haben Sie ihm wirklich einen Broden verſprochen? Er hat mich nämlich ſchon ein paarmal angeführt!“

„Kaſ! Kaſ!“ ſchrie der Nepomuk, immer ärgerlicher ihren Roſtkamm beutelnd. Aber, erſt als der Gaſt beſtätigt hatte: „Ja, ja, Frau Mül-lerin, geht ihm nur ein tüchtiges Stück“, bekam er einen Käſekeil, mit dem er ſich abſeits trollte.

Der Kriminalrat beglich ſeine Beche und ſchwatzte noch ein wenig mit der Wirtin, doch ſobald er ſich zum Gehen wandte, war der Rabe wieder da. „Kaſ!“ bettelte er, fand kein Gehör und begann neuerlich zu ſchimpfen: „Hansaff! Klapperer!“

„Euer Gnaden wollen nicht ungehalten ſeyn, ſchuld iſt der Kilian, unſer Vorknecht, der ihn die Unarten lehrt. Wir haben's ihm ſchon oft ver-boten, aber er läßt ſich nichts ſagen und hat lauter Schnaken in den Schadel, der — Hansaff! hä! ich bald ſag!“ ſprach die Wirtin und jagte den Raben fort: „Schau, daß du weiterkommſt, Lau-zipfel!“ Darob empört, ging dieſer ſofort auf einen weißen Gänſerich los und hatte mit ſchnel-len Schnabelhieben nach deſſen wadelndem Steiß, was den Kapitolvogel veranlaßte, ſich mit vor-gestrecktem Hals ziehend und züngelnd im Kreis zu drehen; es gelang ihm jedoch nicht ganz, den hinterliſtigen Vorſtoß des beſenden Nepomuk auszuweichen, der bei jedem Treffer ein ſchlech-tin möglichſtes und widerſtandslos anſtedendes Gelächter hören ließ. Auch der zum Abſchieß-tragſuß herbeigerufene Pulvermüller hielt ſich die Seiten, und nur der weißhaarige Kilian, der mit bequater Pipelmüſe aus einer Luke des Obergeſchoſſes herabſchaute, bewahrte den Ernst des echten Humoriſten: aber eine ſtille Genug-tuung über die Künſte des gelehriſchen Böglings war aus dem pflügenden Greiſengeſicht unſchwer zu ſehen.

In trefflicher Laune machte ſich Hollengut auf den Heimweg und fand, daß ihm dieſer kleine Ausflug in jeder Hinſicht gut bekommen ſei. Er hatte ſich geunnde Bewegung gemacht und den Schadel ausgepülſet, hatte in guter Feierabend-geſellſchaft mit der Landſchaft ſtille Zwieſprache gehalten, in der unbedenklichen Grobſche vom eingelaſſenen Harlekin erkannt, daß eine ſo lang

und allerorten beſtehende Anſicht ſich nicht mit einem Schlage ändern laſſe, und daß er übrigens im Meinungsſtreit mit der Bürgerſchaft noch gün-ſtig abgeſchnitten hatte; und ſchließlich hatte das Zwischenſpiel mit dem ſchalligen Nepomuk dem Ganzen die richtigen Glanzlichter aufgeleſt.

War er, Georg Hollengut, Doktor des Kaiſer-wie des Papſtredes, nicht auf dem beſten Wege geweſen, mit Kanonen auf Spagen zu ſchießen oder die Kirche ums Dorf zu tragen? Eine ſitt-liche Forderung, ein ethiſches Prinzip, eine Welt-anſchauung ſahen ihm gefährdet. Doch ſiehe da! Eine Käſeſchnitte, ein Zuderplätzchen, ein Eimer Bier, — dreh' um die Hand, und alles löſt ſich leicht, geſällig und unbedenklich. Nicht das Pa-thos der großen Töne, ſondern das ſtille Lächeln der heiteren Gelaffenheit iſt es, das die kleinen Menſchlichkeiten und den Hochmut überwindet.

Das Pathos der großen Töne ſchlug auch Wolf Schnabelſchlag nicht an, doch nicht heitere Gelaffenheit, ſondern ſtürmiſche Ungebuld war in ihm, als er ſich daheim in ſeiner Kammer wieder aufs feiſte herauspuckte und in der Eile weder Schuhbüchse noch Halsſtragen fand, ſich mit dem fliegenden Schermesser ins Ohrklappchen ſchnitt und fürs erſte einmal verſetzt in die Extrablase fuhr. Aber ſchließlich ſaß alles auf dem richtigen Fleck, die Stiefelſchäfte ſpiegeln den Fußboden wider, der Schnitt war verpflaſtert, die Schnalle am knarrenden Säbelgurt glänzte, die weißen Handſchuhe waren mit ſilbernen Litzen verziert. Und da auch der rote, weiß bortierte Frack, der ſich glatt und fleckenlos über den Bruſtlaſten ſpannte, mit funkelnden Metallknöpfen beſetzt war, gab es eine Gefamterſcheinung, auf der es wie in einem Gürtlerladen aligerte und bligte, während der Federſtuß des Zweifelpies ein Stre-ben nach Höherem aufs glückliche anzudeuten ſchien. Und das ein ſolches Streben, ein Sinn fürs Ideale tatſächlich vorhanden war, wurde noch deutlicher, als ſich die kriegeriſche Geſtalt in den Hausgarnen begab und keineswegs mit dem Säbel, ſondern mit dem Taſchenmeſſer die ſchön-ſten roten Roſen abſchnitt, lichtere und dunklere, aber ausschließlich rote, denn dieſe Farbe der drei 2: des Lebens, der Liebe und der Leidenschaft, war ſeiner Gemütsverfaſſung einzig und allein angemessen. Deſwegen trug auch das Reſeltstern, — es konnte dem Umfang nach leichtlich von einem Mammon-Tier herühren, welches man in Sibirien unter der Erde findet nach ſeinem Skeleto und Gerippe von ſo abenteuerlicher Größe, daß man kaum begreifen kann, wo ſie herkom-men, — alſo auch dieſes lebſteſte Mammutthier trug ein verſchönerſtes Ranfenwerk aus rotem Zundergut und in der Mitte ein Bild, das ſtelle zwei wiederum vor einem brennenden roten Her-zen verſchlungene Hände dar, und darunter ſtand der Spruch:

Die Sonne ſcheint golden, ach! feuerrot auf, Ich lieb' dich vom Herzen, ſolange als ich ſchneul.
(Fortſetzung folgt.)

Mittwoch, den 14. Januar 1931, verschied plötzlich und unerwartet an den Folgen eines Eisenbahn-Unglückes mein innigstgeliebter Mann, unser treusorgender Vater, guter Sohn, Bruder, Schwager und Onkel

Isaak Neumann.

Die Beerdigung findet Freitag, nachm. 2 Uhr, von der jüdischen Leichenhalle in Beuthen OS. aus statt.

Belleidsbesuche und Kranzspenden dankend verboten.

Im Namen der Hinterbliebenen:

Therese Neumann
geb. Händler.

Heute früh 7 $\frac{1}{2}$ Uhr entschlief sanft nach langem, schwerem, mit unsäglichem Geduld ertragenem Leiden meine innigstgeliebte, treusorgende Frau

Helene Grünbaum

geb. Willinger

im Alter von 53 Jahren.

Katowice, den 15. Januar 1931.
ul. Opolska 1

In tiefster Trauer im Namen der Hinterbliebenen

Adolf Grünbaum.

Beisetzung: Sonntag, den 18. Januar, 2 Uhr nachmittags, von der Halle des jüdischen Friedhofes aus.
Blumen- und Kranzspenden nicht erwünscht.

Am 15. d. Mts. verschied nach kurzer, schwerer Krankheit der Betriebsbeamte der Benzolreinigungsanlage Skalley

Herr Max Gaertner.

Wir betrauern in dem Heimgegangenen einen gewissenhaften und pflichttreuen Beamten, der uns in 32jähriger ununterbrochener Tätigkeit wertvolle Dienste geleistet hat.

Sein Andenken werden wir in Ehren halten.

Hindenburg OS., den 15. Januar 1931.

Betriebs-Direktion
der Kokswerke & Chemische Fabriken
Aktien-Gesellschaft.

Statt Karten!

Nach langem, schwerem, mit großer Geduld ertragenem Leiden, das eine Folge des Krieges war, verschied heute nacht um 1/21 Uhr sanft mein über alles geliebter Gatte, mein treusorgender Vater,

der Zollassistent

Walter Teske

im Alter von 45 Jahren.

Dies zeigen in tiefstem Schmerz an

Beuthen OS.-Stadtwald, den 15. Januar 1931

Hildegard Teske, geb. Simon, als Gattin
und Tochter Edith.

Die Beerdigung findet am Montag, dem 19. Januar 1931, nachm. 2 $\frac{1}{2}$ Uhr, von der Leichenhalle des evang. Friedhofes in Beuthen aus statt.

Am 14. Januar d. Js. verstarb nach längerer Krankheit der

Hüttenverwalter a. D.

Waldemar Barth

im Alter von 74 Jahren.

Der Verstorbene hat während 42 Jahren unserer Gesellschaft wertvolle Dienste geleistet und sich durch seine stete Arbeitsfreudigkeit sowie durch seine hervorragenden persönlichen Eigenschaften unsere Anerkennung und Wertschätzung in vollstem Maße erworben.

Sein Andenken werden wir in Ehren halten!

Lipiny, den 15. Januar 1931

Schlesische Aktiengesellschaft
für Bergbau und Zinkhüttenbetrieb.

Oberschl. Landestheater

Hindenburg Freitag, 16. Januar
20 (8) Uhr
Wie werde ich reich und glücklich
Schwankrevue von Felix
Joachimson, Musik v. Spoliansky
Beuthen Sonnabend, 17. Januar
20 $\frac{1}{4}$ (8 $\frac{1}{4}$) Uhr
Zum letzten Male!
Boris Godunow
Oper von Mussorgsky
15 $\frac{1}{2}$ (3 $\frac{1}{2}$) Uhr
Sonntag, 18. Januar
Einmalige Fremdenvorstellung zu ermäßigtem Preise.
Viktoria und ihr Husar
Operette von Paul Abraham
20 (8) Uhr
Der Evangelist
Oper von Wilhelm Kienzl

Wiener Café * Kabarett BEUTHEN OS.

Das führende Haus der Kleinkunstbühne

Unsere Künstler vom 16. bis 31. Januar cr.

Carlchen Carstens
der beliebte amtsante Plauderer ist
auf allgemeinen Wunsch prolongiert

2 Fokker
Exzentrik-Tänzer und Parodisten

Tägl. Nachmittags-Vorstellungen

Eintritt frei! außer Montag- und Freitag
mit vollem Programm

Orion Sisters
amentanzduett

Steffy Sannoy
Grotteske und komische Tänze

Emmy Ritz
Tanz- und Stimmungssoubrette

Im TROKADERO

Horst Hellmuth

mit seinen Künstlern

täglich bis 3 Uhr nachts

Mein Geschäft wird heute vor 1 $\frac{1}{2}$ 5 Uhr
nachm. geschlossen und morgen
um 5 Uhr nachm. geöffnet.

Simon Nothmann, Beuthen OS.
Bahnhofstr. 1 / Magazin f. Haus u. Küche

**Rasch sollen die
Schmerzen verschwinden**

und deshalb machen Sie den
Versuch bei Kopfschmerz, Mi-
gräne, Neuralgien oder rheu-
matischem Zahnschmerz: Citro-
vanille nehmen, das unschäd-
liche, rasch und mild wirkende
Mittel. Es hat sich jahrzehntlang
immer bewährt. Als Taschen-
mittel ist Citrovaniille ein stets
zuverlässiger Begleiter. Erhält-
lich in Apotheken in Pulver-
packung RM 1.15 oder Obolen-
packung RM 1.30. - Achten Sie
auf den Namen und verlangen
Sie ausdrücklich

CITROVANILLE

Unreines Gesicht
Pickel, Mitesser werden unter Garantie
durch **VENUS** (Stärke A) beseitigt.
Preis M 2.75. Gegen
Sommersprossen
(Stärke B) Preis M 2.75.

Kaiser-Franz-Joseph-Drogerie, Beuthen OS
Kaiser-Franz-Joseph-Platz.

Am 13. d. Mts. starb in Breslau der
Angestellte unserer Zentralschichtmeisterei

Herr

Sigismund Lattner.

Der Verstorbene stand über 26 Jahre
in den Diensten unserer Gesellschaft und
unserer Rechtsvorgängerin und hat sich durch
treue Pflichterfüllung stets unsere Anerken-
nung erworben.

Wir werden ihm ein dauerndes Andenken
bewahren.

Gleiwitz, den 15. Januar 1931

Vereinigte Oberschles. Hüttenwerke
Akt.-Ges.

PALAST-THEATER

Beuthen-Rosberg
Scharleyer Str. 35

Nur noch 4 Tage bis einschl. Montag, den 19. Januar,
verlängern wir dieses ausgezeichnete Programm

1. Film **Lillian Harvey Liebeswalzer**
Eine 100%ige köstliche Tonfilm-Operette in 9 Akten

2. Film **Monty Banks in Wochenend-Ehen**
Ein Lustspiel der Lubitsch-Qualität in 8 Akten

3. Film **William Lody in Räuber der Unterwelt**
Ein Sensationsfilm aus der Unterwelt Chicagos in 6 Akten

Anfang 4 Uhr ♦ Letzte Vorstellung 8 $\frac{1}{2}$ Uhr ♦ Sonntag Anfang 2 $\frac{1}{2}$ Uhr

Trotz enormer Unkosten ermäßigte Preise Wochentags ermäßigte Preise

Kammer- Ufa Lichtspiele

Ein großer Erfolg!

Wir müssen nochmals verlängern!

GUSTAV FRÖHLICH
CHARLOTTE SUSA

Bis einschl.
Sonntag



in

Zweikenschen
DER TONFILM NACH DEM WELTBERÜHMTE ROMAN VON
Richard Voss
REGIE: ERICH WASCHNECK
CICERO FILM DER DEUTSCHEN UNIVERSAL

Beiprogramm / Neue Ufa-Ton-Woche

Ab Montag: **Roda Rodas Tonfilm-Humoreske**
Der falsche K. Feldmarschall

Anfangszeiten: Wochentags 4¹⁵, 6¹⁵, 8³⁰, Sonntag ab 3¹⁵ Uhr

INTIMES THEATER

Das Tonfilm-Ereignis
der Saison

**Afrika
spricht!**

DAS PARADIES DER HÖLLE

ETWAS EINMALIGES
EIN ERLEBNIS
EIN WUNDER

Tausende horchen
gebannt dem lautgewordenen
Sehnsuchtslied ihrer Träume
von Abenteuer in fremden
Ländern

Tausende sind erschüttert
von den ungeheuerlichen Vor-
gängen, die dieser Film uns
vermittelt

Der ungeheuerlichste Tonfilm,
der je gedreht wurde

Täglich: 4³⁰, 6³⁰, 8³⁰ Uhr

Schauburg

BEUTHEN

Hinreißend,
charmant und
bezaubernd
wie immer

**MADY
CHRISTIANS**
in der reizenden Tonfilm-Operette

**Leutnant
warst Du einst
bei den Husaren**

mit **Georg Alexander**
Gustav Diessl
Gretl Theimer
Hermann Picha
Max Ehrlich

Ein heiter-anmutiges Spiel von Prinzen,
Königinnen und Husaren im Operetten-
staat Gregorien. Auf politischem Hinter-
grund spielt ein Liebesroman, der reich
an spannenden und tragikomischen Mo-
menten ist. Stimmungsvolle Musik unter-
mauert die Vorgänge

Lustiges Beiprogramm
Ufa-Ton-Woche

Täglich: 4³⁰, 6³⁰, 8³⁰ Uhr

DELI-Theater, Beuthen

Dynjossstraße

Nur noch 4 Tage!

haben Sie
Gelegenheit, den vom
verwöhntesten Publikum mit offensichtlichem
Beifall aufgenommenen

100% Militär-Großtonfilm
zu sehen.

Aschermittwoch
- 1913 ... Karnevalstimmung -

mit **Evelyn Holt** / **Hans Stüwe** / **Claire Rommer**
Vollkommen neu gedreht in Bild und Ton!

Dazu das entzückende Beiprogramm und die
beliebte Emeka-Tonwoche!

Jeder muß
den Film gesehen haben!

Stadtparlament Gleiwitz verlangt Reichshilfe

Über 1 Million Fehlbetrag — Neuwahl des Büros — Errichtung einer Volksschule Das Reich baut 72 Wohnungen

(Eigener Bericht)

Ergebnis der neuen Steuern

Gleiwitz, 15. Januar. Die erste Sitzung im neuen Jahr brachte dem Stadtparlament außerhalb der nicht sehr umfangreichen Tagesordnung sehr bedeutende Neuigkeiten. Nachdem nun die neuen Steuern in Kraft getreten sind, hat der Stadtkämmerer die Finanzlage der Stadt errechnet, und es stellte sich heraus, daß trotz der neuen Steuern immer noch ein Fehlbetrag von 1.065.500 Mark im Haushaltsplan ungedeckt bleibt. Ursprünglich war allerdings das Defizit erheblich höher. Es ging über 1,7 Millionen Mark hinaus. Die Einkommensteuer, die Bürgersteuer und die Erhöhung der Grundbesitzsteuer werden immerhin 670.000 Mark einbringen, um die sich der Fehlbetrag vermindert hat. Mit dem verbleibenden Defizit geht nun die Stadt sehr nachdrücklich an die Regierung heran. Mit Recht wurde auch zum Ausdruck gebracht, daß es notwendig ist, auch auf die Fehlbeträge der vergangenen Jahre hinzuweisen, die insgesamt noch 1,5 Millionen Mark betragen. Das Stadtparlament hat nun eine Entschließung gefaßt, die allerdings noch vom Reichsausschuß revidiert werden muß. Sie verlangt die sofortige Zahlung der Staatsbeiträge aus dem nach § 39 des Preussischen Finanzvergleichs bereitgestellten Fonds und weist darauf hin, daß ein ungedeckter Fehlbetrag die Stadtverwaltung in die Gefahr bringen müßte, ihre laufenden Zahlungsverpflichtungen nicht mehr erfüllen zu können.

Eine erfreuliche Mitteilung war es, daß in diesem Jahre noch, d. h. im Stadtsjahr 1931, 72 reichseigene Wohnungen in Gleiwitz erstellt werden sollen. Das Stadtparlament hatte die formelle Zustimmung dazu zu erteilen und tat es mit Freuden, obwohl die Stadt immerhin pro Wohnung 2200 Mark als Zuschuß zu leisten hat und diese 72 Wohnungen immerhin annähernd 160.000 Mark kosten. Sehr notwendig ist der Bau einer Volksschule, der ebenfalls grundsätzlich beschlossen wurde, dessen Finanzierung aber noch nicht gesichert ist. Es wurde die Hoffnung ausgesprochen, daß die Regierung sich hier in großzügiger Weise betätigt.

Verlauf der Sitzung

Stadtparlament-Vorsitzer Kucharz eröffnete die Sitzung mit Neujahrswünschen an die Stadtverordneten und gab der Hoffnung Ausdruck, daß sich im neuen Jahr ein erfrischendes Arbeiten im Stadtparlament ergeben möge. Nach Bekanntgabe der eingegangenen Dringlichkeitsanträge und Schreiben des Magistrats wies Stadtparlament-Vorsitzer Kucharz auf den den Stadtverordneten vorliegenden Bericht über die Tätigkeit des Stadtparlaments im vergangenen Jahr hin und hob hervor, daß 342 Vorlagen vom Stadtparlament bearbeitet worden sind. Von den 48 Stadtverordneten haben 22 an sämtlichen Sitzungen teilgenommen. Er dankte dann dem Büro des Stadtparlaments für die geleistete Arbeit und legte die Ämter nieder. Stadtparlament-Konrektor Meißner übernahm als Vizepräsident die Leitung der Versammlung und dankte Stadtparlament-Vorsitzer Kucharz und dem Büro für ihre Amtsführung. Sodann begannen die Wahlen.

Stadtparlament-Vorsitz. Kucharz (Ztr.) wurde mit 36 von 41 Stimmen wiedergewählt,

wobei 4 Stimmen auf Stadtparlament. Behr (Kom.) fielen. Der Gewählte übernahm, von Stadtparlament-Konrektor Meißner beglückwünscht, wieder sein Amt, dankte dem Stadtparlament, versprach Objektivität und gewissenhafte Pflichterfüllung und bat das Stadtparlament um Unterstützung und Mitarbeit. Zum stellvertretenden Stadtparlament-Vorsitzer wurde hierauf Stadtparlament-Mitglied Mattner (Ztr.) mit 38 von 42 Stimmen wiedergewählt. Vier Stimmen entfielen wieder auf Stadtparlament. Behr. Zum Schriftführer wurde Stadtparlament-Mitglied Hoffmann (Dnt.) mit 35 von 42 Stimmen, zum stellvertretenden Schriftführer Stadtparlament-Mitglied Kössner (Wirtschaftsvereinigung) mit 35 von 42 Stimmen wiedergewählt. Die Wahl des Protokollführers fiel wiederum auf Stadtparlament-Mitglied Kretschmer.

Stadtparlament-Vorsitzer Kucharz dankte dann der Presse für ihre Unterstützung der Arbeit des Stadtparlaments.

In den Vorkommnissen wurden die Stadtparlament-Mitglieder Arzevinka, Wiczorek, Lehmann und Kretschmer (Ztr.), Dr. Hufschke von der Deutschnationalen Volkspartei, Meißner (Ztr.),

Dr. Herrnhart (Ztr.) und Dziendziol (Wirtsch.) gewählt. Ferner gehört das Büro des Stadtparlaments dem Reichsausschuß an. Der Vorkommnissen wurde mit geringen Änderungen wiedergewählt. Der Ausschuß zur Vorbereitung des Haushaltsplanes besteht aus dem Büro, dem Reichsausschuß und vier weiteren Stadtverordneten, und zwar den Stadtparlament-Mitgliedern Wiczorek (Ztr.), Gottschol (Ztr.), Waldeck (Dnt.) und Dziendziol (Wirtsch.).

Der Ausschuß für Finanz- und Rechnungswesen sowie für Bau- und Grundbesitzangelegenheiten besteht aus 16 Stadtverordneten. An Stelle von Dr. Hufschke (Ztr.) wurde Stadtparlament-Mitglied Waldeck (Dnt.) gewählt, der im übrigen unverändert blieb. Der Ausschuß, der zu prüfen hat, ob der Magistrat die Bedürfnisse des Stadtparlaments anspricht, blieb unverändert. Ebenso blieben die Baudeputation und der Verwaltungsausschuß für die städtischen Betriebe in der bisherigen Zusammensetzung bestehen.

Stadtparlament. Dr. Hufschke (Dnt.)

begründete sodann einen Antrag der deutschnationalen Fraktion, der verlangt, daß die Kommission zur Nachprüfung der Mieten in den mit Hauszinssteuern versehenen Neubauten aufgelöst wird. Der Antrag gehe auf eine Entscheidung des Landgerichts Gleiwitz zurück, in der dem Magistrat das Recht bestritten worden sei, die Mieten festzusetzen. Dieses Urteil sei aber nicht ohne weiteres als zutreffend anzusehen, vielmehr könne durchaus auch ein entgegengegesetztes Urteil als richtig anerkannt werden. Den Antrag auf Auflösung der Kommission lehnte die deutschnationalen Fraktion zurück. Es entfiel aber doch die Frage, wie die Mieter vor überhöhten Mietssätzen zu schützen seien. Der Magistrat habe die Richtlinien inzwischen abgeändert. Aber auch die neue Fassung sei nicht unangreifbar. Unter Umständen könne sie doch als nichtig bezeichnet werden. Er empfehle eine Klärung dahin, daß im dem Falle, daß ein Vermieter sich weigert, die vom Magistrat oder anderweitig festgesetzte Miete anzuerkennen, Magistrat und Mieter berechtigt sind, im Wege der ordentlichen Klage die Herabsetzung der Miete zu fordern.

Nachdem Stadtparlament. Behr (Kom.) für die Erhaltung der Kommission gesprochen hatte, erörterte

Stadtparlament. Dr. Herrnhart (Ztr.) die juristische Seite der Frage, tadelte den Magistrat und wandte sich dann gegen Bauunternehmer, die von den billigen Darlehen nicht den richtigen Gebrauch machen.

Stadtparlament. Dr. Hufschke (Dnt.)

der diese Richtlinien ausgearbeitet hat, erklärte, daß es sich um einen regelrechten Vertrag handle, der nach allen Richtungen durchgearbeitet sei. Er sei juristisch sehr sorgfältig behandelt worden und enthalte alle notwendigen Bestimmungen.

Stadtparlament. Mattner (Ztr.) erklärte, es handle sich bei dem Projekt um einen besonderen Fall. Zu begrüßen sei es, daß der Antrag, der die Auflösung der Kommission verlangt, zurückgezogen worden sei.

Stadtparlament. Kössner (Wirtschaftsvereinigung) führte aus, es habe fast den Anschein, als kämen Mietserhöhungen allgemein vor. Dies sei keineswegs der Fall. Nur in wenigen Fällen habe man derartige Feststellungen machen können. Auch diejenigen Stadtverordneten, die Interessen der Bauunternehmer vertreten, hätten nichts gegen die Kommission einzuwenden.

Stadtparlament. Dr. Hufschke (Dnt.) erläuterte den Antrag dahin, daß der Magistrat den Vertrag nochmals überprüfen solle. Der Antrag wurde sodann dem Magistrat überwiesen.

Stadtparlament. Kössner (Wirtschaftsvereinigung) berichtete dann über die Neubildung von Fluchtlinien als Abbruch des Germanienplatzes und der Friedhofstraße gegen die Löwenstraße.

Stadtparlament. Lehmann (Ztr.) stellte die Anfrage, ob eine Einigung mit den Anliegern jener Straßen erfolgt sei. Wenn diese Frage nicht beantwortet werden könnte, müsse der Antrag verworfen werden. Die Vorlage wurde nach weiterer Ausdrucksform dem Magistrat zurückverwiesen.

Stadtparlament. Magistratsrat Arzevinka (Ztr.) berichtete nunmehr über

Die Schulverhältnisse

in Gleiwitz und teilte mit, daß die Schülerzahl im Vorjahr ganz erheblich angestiegen ist. Sie betrug am 1. 2. 1930 = 11.900, am 15. 10. 1930 = 12.828 Schüler. Für 291 Klassen sind 258 Un-



und bis zum 10. Jahre

dürfen Sie für die empfindliche Haut Ihres Kindes nur die milde

NIVEA KINDERSEIFE

verwenden. Nivea-Kinderseife wird nach ärztlicher Vorschrift hergestellt; schonend dringt der reiche Schaum in die Hautporen ein und macht sie frei für eine gesunde u. kräftige Hautatmung.

Preis: 60 Pfg.



An rauen Tagen, beim Wintersport

NIVEA-CREME

Und zwar vorher einreiben, bevor Sie in die raue Luft hinausgehen. Nivea-Creme dringt vollkommen in die Haut ein, ohne einen Glanz zu hinterlassen. Sie kräftigt und belebt die Haut und macht sie widerstandsfähig gegen Wind und Wetter. Reiben Sie auch abendlich vor dem Schlafengehen Gesicht und Hände gründlich mit Nivea-Creme ein. Mit Freuden können Sie dann immer wieder feststellen, wie weich und geschmeidig Ihre Haut sich anfühlt, und wie gesund, wie jugendlich Sie aussehen. Ersetzen können Sie Nivea-Creme nicht, denn es gibt keine andere Hautcreme, die Eucerit enthält.

Dosen zu RM 0.20, 0.30, 0.60 und 1.20 • Tuben aus reinem Zinn zu RM 0.50 u. 0.80

Kunst und Wissenschaft

Amerikanische Novelle zum Urheberrechtsgesetz

Nach achtjähriger Beratung und Anhörung der Interessiertenverbände ist nunmehr aus über zehn Entwürfen eine endgültige Fassung der Novelle zum Urheberrechtsgesetz geschaffen worden, deren dritte Lesung voraussichtlich am Mittwoch zur Endabstimmung in der Reichstagsversammlung führen wird. Der Entwurf sieht den Eintritt zur Berner Übereinkunft von 1886, zu der in Berlin 1908 revidierten Konvention und zum Berner Zusatzprotokoll von 1914 vor.

Dadurch sind die Werke von Angehörigen aller Signaturstaaten in den Vereinigten Staaten automatisch geschützt. Es wird ein automatischer Schutz gewährt im Augenblick der Schaffung des Werkes, das übrigens nicht vollendet zu sein braucht. Die Eintragung in das Copyright-Register in Washington ist nicht mehr Voraussetzung für die Anerkennung des Urheberrechtes, sondern nur Beweismittel. Hierfür werden bis heute zwei Dollar an Gebühren erhoben. Geschützt werden Bücher, Zeitungen, Vorträge, dramatische, musikalische Werke, Landkarten, Zeichnungen, Photographien und Kunstwerke sowie deren Reproduktionen. Der Schutz erstreckt sich auf Uebersetzung, Verfilmung, Aufführung, Vervielfältigung, Verbreitung durch Radio, Telefon und Telegraph, Fernschreiben, Schallplatten. Bei Bauwerken ist nur der Plan geschützt, nicht die Baumeister oder das Recht. Ausnahmen davon zu machen. Die Dauer des Urheberrechts läuft für die Zeit des Lebens des Autors und 50 Jahre nach seinem Tode. Bei Verletzung des Urheberrechts kann Schadenersatz geltend gemacht, aber nicht eine strafrechtliche Verfolgung angestrengt werden.

Das Frankfurter Goethehaus als Brenanmuseum. Durch die Erwerbung der hauptsächlichsten Brenanpapiere aus dem Archiv der Familie von Arnim in Wiesbaden ist das Frankfurter Goethehaus zum besonderen Sammelstätte für den ganzen Brenankreis geworden. In Würdigung dieses Umstandes hat Geheimrat Professor Dr. Lujo Brentano in Wien dem Museum, dem er schon vor zwei Jahren über hundert Briefe von Georg Meißner von Laroch an seine Tochter Magdalene Brentano geschenkt hatte, neuerdings eine weitere Reihe wertvoller Handschriften zugehen lassen. Es handelt sich um Briefe aus den Jahren 1800-1810, die fast sämtlich an Clemens Brentano gerichtet sind; Abender sind vorzüglich Savigny, der Kreis der Freunde und Freunde und Freunde, Clemens Brentanos zweite Frau. Unter den Papieren befinden sich auch Gedichte von Clemens und eine alte Abschrift des Dramas „Moby und Fabel“. Darüber hinaus konnte die Verwaltung weiteres bei der Wiesbadener Versteigerung zerstreutes Material erwerben, darunter sechs Briefe Brentanos an Arnim und August Winkelmann, einige seiner dichterischen Entwürfe und einen Brief Arnims.

Von der Universität Breslau. Der ordentliche Professor für Geologie und Paläontologie an der Universität Breslau, Professor Dr. Soergel, hat einen an ihn ergangenen Ruf nach Hamburg abgelehnt.

Geheimrat Beckenkamp, Würzburg, i. Im Alter von fast 76 Jahren ist der frühere Ordinarius für Mineralogie und Kristallographie an der Universität Würzburg, Geheimrat Professor Dr. Jakob Beckenkamp, gestorben. Auf seine Anregung wurde unter seiner Leitung 1900 ein neues Institut für Mineralogie und Geologie errichtet. Neben anderen wissenschaftlichen Ab-

handlungen aus seinem Forschungsgebiet veröffentlichte er 1919 einen „Leitfaden der Kristallographie“.

Friedrichs-Tag der Akademie. Die Akademie der Wissenschaften hält am Donnerstag, 22. Januar, 17 Uhr, eine öffentliche Sitzung zur Feier des Jahrestages König Friedrichs II. ab.

Erweiterung der Berliner Universität. Das preussische Finanzministerium hat vor einiger Zeit das Haus Universitätsstraße 3b für die Zwecke der Berliner Universität erworben. Nach ist die bauliche Herrichtung des Hauses nicht abgeschlossen, da drängt die Raumnot der Hochschule zu neuer Erweiterung. Es ist daher beabsichtigt, einige Universitätsanstalten in das Marktschloßgebäude zu verlegen.

Das Schicksal der Stolbergischen Bibliothek. Die berühmte Fürstlich Stolbergische Bibliothek in Wernigerode, die in ihrer hervorragenden Handschriften- und hymnologischen Abteilung Kostbarkeiten wie das Lohseimer Liederbuch enthält, soll nun doch, nachdem alle Verhandlungen über einen geschlossenen Ankauf durch den Staat oder durch eine der großen Bibliotheken gescheitert sind, aufgelöst werden. Wenn auch die einzelnen Abteilungen ungeteilt veräußert werden sollen, so ist doch zu fürchten, daß durch Zwischenhändler die einzelnen Sammlungen später auseinandergerissen werden und die wertvollsten Schätze ins Ausland wandern.

Alexander Moszkowski achtzigjährig. Alexander Moszkowski, der bekannte Berliner Schriftsteller, vollendete gestern das 80. Lebensjahr. Einer der beliebtesten Künstler der heiteren Muse in Deutschland, steht Moszkowski erster Betrachter, ja sogar philosophischer Durchleuchtung der Welt und des Lebens durchaus nicht fern. Wertesten Preisen ist er von früher her als wissenschaftlicher Vortragsredner bekannt, und

neben humoristischen Schriften haben zahlreiche ernste Arbeiten aus seiner Feder Widerhall gefunden. In Bielea geboren, verbrachte er seine Jugend in Breslau und wirkte seit 1886 als Journalist, nachdem schon 1876 sein erstes größeres Werk, der „Anton Notengrunder“, erschienen war. Aus dem reichen Schatz seines echten Humors seien noch die „Unsterbliche Riste“, „Die Ehe im Rückfall“ und „Das Freibad der Mäusen“ genannt.

Ein neues Protestantismuseum in Frankreich. In La Rochelle, das in der Geschichte des französischen Protestantismus eine wichtige Rolle spielt, soll ein Museum gegründet werden, das bestimmt ist, Zeugnisse des protestantischen Lebens im Westen Frankreichs zu sammeln. Die Gegend zwischen La Rochelle, Poitiers und Saumur war einst durch die Zahl der Reformatoren und die geistige Bedeutung ihrer Reformierten ausgezeichnet.

Oberbayerisches Landestheater. Die Schwanke „Wie werde ich reich und glücklich?“ gelangt heute um 20 Uhr in Hildesburg zur Darstellung. In Königsbrunn geht um 19.30 Uhr „Viktoria und ihr Husar“ in Szene. Am Sonntag findet in Beuthen um 20.15 Uhr die letzte Aufführung der Oper „Boris Godunow“ statt. Am Sonntag ist um 15.30 Uhr in Beuthen eine einmalige Fremdenvorstellung zu ermäßigten Preisen mit der Operettenneuheit „Viktoria und ihr Husar“. Um 20 Uhr geht „Der Evangelist“ in Szene. Zu der Aufführung der Operette „Der Page des Königs“ von Hermann Kauf mit der Musik von Franz Kauf am Mittwoch, dem 21. Januar, 20.15 Uhr, in Beuthen, sind im Vorverkauf immer noch Karten zu haben.

Bühnenvorstellung. Am Sonntag wird das letztemal „Boris Godunow“ gespielt. Am 20. findet die erste Aufführung des Werkes von Roland „Ein Spiel von Tod und Liebe“ statt. Karten für die Vorstellung „Wie werde ich reich und glücklich?“ am 25. Januar (letzte Aufführung) werden bereits ausgegeben.

terrichtsräume vorhanden. Nach der Neuauflage am 1. April wird die Schülerschaft auf etwa 14.100 Schüler angewachsen sein. In vielen Schulen fehlen Klassenräume. Besonders haben das Stadtwaldviertel, das Hüttenviertel und die Larnowitzer Landstraße unter der Schulpflicht zu leiden. Auch eine neue Abgrenzung der Schulbezirke würde keine Erleichterung bringen, denn zahlreiche Schulen haben bereits fliegende Klassen, und es stehen nirgends Räume leer. Der Zuwachs an Schülern, wie er nach den Geburtenziffern des Landesamtes zu erwarten sei, betrage für 1932 = 1100, für 1933 = 1200, für 1934 = 300, für 1935 = 200 Schüler. Der

Bau einer Volksschule

sei demnach dringend notwendig. Schwierig sei die Finanzierung dieser Schule, die an der Gneisenau- und Hardenbergsstraße errichtet werden soll. Es müsse erwartet werden, daß die Regierung durch ausreichende Bundes- und Mittel diesen Bau ermöglichen werde.

Stadtv. Nowarra (Dnat.) wies darauf hin, daß gerade im Stadtwaldviertel in den letzten Jahren sehr viel gebaut worden sei, ohne daß man dafür hätte sorgen können, daß für die Kinder der dort wohnenden Familien eine Schule errichtet wird. Die Lage der Schule an der Gneisenau- und Hardenbergsstraße sei als vorteilhaft zu betrachten. Der Bau einer Volksschule wurde sodann grundsätzlich beschlossen.

Zur

Etat- und Defizitgestaltung

nach den neuen Verordnungen hat sich der Magistrat in einem Schreiben an das Stadtparlament in folgender Weise geäußert:

Der Regierungspräsident hat gemäß des Kommunalabgabengesetzes mit Zustimmung der beteiligten Minister und des Bezirksausschusses die

Zuschläge zu den Realsteuern für 1930

wie folgt festgesetzt:

- 500% zur Grundvermögenssteuer,
 - 750% zur Gewerbeertragssteuer,
 - 3000% zur Gewerbelohnsummensteuer.
- Diese Zuschläge sind durch Beschlüsse der städtischen Körperschaften auf Grund der Vereinfachung von Mitteln aus der Dithilfe des Reiches wie folgt festgesetzt worden:
- der Zuschlag zur Grundvermögenssteuer auf 350%, soweit es sich um Grundbesitz handelt, der landwirtschaftlichen, forstwirtschaftlichen oder gärtnerischen Zwecken zu dienen bestimmt ist;
 - der Zuschlag zur Gewerbeertragssteuer auf 487,5%;
 - der Zuschlag zur Gewerbelohnsummensteuer auf 1950%.

Der Senkungsbefehl der städtischen Körperschaften ist vom Bezirksausschuß genehmigt worden. Der durch die Senkung entstandene Ausfall an Steuereinkommen ist in Höhe von

1 096 350 Mark vom Reich bereits bezahlt

worden. Durch Verfügung vom 28. November 1930 hat ferner der Regierungspräsident für die Stadt Gleiwitz die Bürgersteuer für das Rechnungsjahr 1930 mit den Landesbeschlüssen festgelegt. Schließlich hat der Regierungspräsident für das Rechnungsjahr 1930 und zwar mit Wirkung vom 1. Januar 1931 die Getränkesteuer festgelegt und zwar mit 5% des Entgeltes für die verkehrten Getränke und nach Maßgabe der vom Reichlichen Minister des Innern erlassenen Musterordnung.

Auf Grund der vom Regierungspräsidenten festgesetzten Zuschläge zu den Realsteuern und der neu eingeführten Steuern wird sich das

Gesamtsteuereinkommen für 1930,

vorbehaltlich eines Windertrags durch die Verschlechterung der Wirtschaftslage, wie folgt stellen:

1. Steuerüberweisungen:

- Reichs- u. Körperschaftsteuer 1.663 000 M.;
 - Umsatzsteuer 418 000 M.;
 - Grundvermögenssteuer mit Zuschl. 200 000 M.;
 - Kraftfahrzeugsteuer 25 000 M.;
 - Gewerbesteuer 5 000 M.;
 - Hauszinssteuer (ohne Sonderbeihilf.) 492 000 M.;
- zusammen 2 803 000 Mark.

2. Städtische Steuern:

- Wertzuwachssteuer 100 000 Mark;
 - Vergütungssteuer 120 000 Mark;
 - Sundesteuer 50 000 Mark;
 - Schankerlaubnissteuer 30 000 Mark;
 - Tagelohnsteuer 500 Mark;
 - Biersteuer 255 000 Mark;
 - Getränkesteuer 15 000 Mark;
 - Bürgerabgabe 220 000 Mark;
- zusammen 790 500 Mark.

3. Realsteuereinzugs:

- Grundvermögenssteuer 1 900 000 Mark;
 - Gewerbeertragssteuer 1 737 000 Mark;
 - Gewerbelohnsummensteuer 1 209 000 Mark;
- zusammen 4 846 000 Mark.

Das gesamte Steuereinkommen wird also 8 439 500 Mark betragen. Demgegenüber ist der Steuerbedarf 9 505 000 Mark. Nach dem gedruckten und von den städtischen Körperschaften verabschiedeten Etat ist der Steuerbedarf 9 461 000 Mark. Dieser ermäßigt sich durch Windertragsausgaben bei den Volksschulen (Verminderung der Stellenbeiträge) und Erhöhung der Einnahmen (Erhöhung des Beschulungsgeldes für Volksschulen und Erhöhung des Schulgeldes für das Realgymnasium) um insgesamt 206 000 Mark, erhöht sich aber wiederum durch die Mehrausgaben für die Wohlfahrtsverbände um 250 000 Mark.

Der Steuerbedarf beträgt danach 9 505 000 Mark. Da diesem Bedarf nur 8 439 500 Mark gegenüberstehen, besteht zur Zeit ein

Fehlbetrag von 1 065 500 Mark.

Dieser Fehlbetrag wird zum kleinen Teile durch verfügbare Einsparungen und durch die Ermäßigung der Personalausgaben mit Rücksicht auf die Kürzung der Gehälter

Dithilfevortrag im Kreistag Zost-Gleiwitz

Der Bahnbau Peiskretscham—Keltich — Die Umschuldung im Landkreis

Entschliebung zur Finanzfrage

(Eigener Bericht)

Werbung um Vertrauen

Gleiwitz, 15. Januar

In erster Linie bedeutungsvoll war für die Arbeit des Kreistages ein Vortrag des Leiters der oberhiesigen Landstelle zur Durchführung der Dithilfe, Oberregierungsrat Dr. Zietmann. Man erhielt nach all den umfassenden Vorbereitungen, nach der Bekanntgabe der Vorbereitung und der Einreichung der Anträge

zum ersten Male einen Einblick in die praktische Durchführung der Dithilfe,

die alsbald einsehen wird. Zunächst mußten die Anträge geprüft werden, und Landrat Harbig äußerte sich in Dankesworten für seine Mitarbeit dahin, daß diese Prüfung schon der Kreisverwaltung erhebliche Mühe und viel Arbeit verschafft hat. Die Umschuldungsarbeiten werden schon in kurzer Zeit fließen. So umfangreich auch die Arbeit ist, die Landstelle will innerhalb von dreiviertel Jahr in ganz Oberschlesien mit der Durchführung der Umschuldung fertig sein. Sicherlich ein großer Erfolg, wenn es gelingt.

Auch gegen die Dithilfe sind Angriffe gerichtet worden, wie sie überall in der Politik auftauchen. Oberregierungsrat Dr. Zietmann sprach scharfe Worte dagegen, betonte die politische Neutralität der Landstelle und bat um Vertrauen der Bevölkerung für die Dithilfeaktion. Schon jetzt steht fest, daß die Anträge, soweit sie nicht mehr als 5000 Mark anfordern, in einem vereinfachten Verfahren bearbeitet werden, so daß eine übermäßige Verzögerung in der Bearbeitung der Anträge nicht entstehen wird.

Ein schon seit Jahren verfolgter Plan ist die Bahnverbindung von Peiskretscham bezw. Zost nach Keltich. Um Peiskretscham oder Zost wird noch gestritten, und auch hinsichtlich der Linienführung bestehen mehrere Möglichkeiten. Es ist verständlich, daß die in Frage kommenden Orte sehr darum besorgt sind, auch an die Eisenbahn heranzukommen. Abg. Pfarrer Sendorff bemerkte sogar humorvoll, daß er eine Entscheidungsschlacht heranziehen wolle. Aber sämtliche Kreistagsabgeordneten wie die Kreisverordneten überhaupt sind sich darüber einig, daß die Bahn unter allen Umständen aufzuerhalten ist und die Linienführung eine Frage zweiter Ordnung bleibt, die zudem wohl erst von der Reichsbahn gelöst werden wird, die Rentabilität, Zweckmäßigkeit und Geländefragen unter die Lupe nehmen dürfte. Offenheit gilt es bald, diesen Teil des Kreises einem lebhaften Verkehr zu erschließen.

Trotz der Dithilfe und aller anderen Versuche des Kreises, wieder auf die Höhe zu kommen, bleibt in diesem Etat ein Fehlbetrag, bleibt die Lage des Kreises sehr bedrückt. Landrat Harbig machte darüber einige mit Zahlen belegte Ausführungen. Das Echo aus dem Kreistag war eine Entschliebung, die neue Steuerbelastungen für unmöglich erklärt.

für die Beamten und Angestellten gedeckt werden können. Im übrigen hat die Stadtverwaltung eine dringende Eingabe dem Regierungspräsidenten unterbreitet, um Staatsbeihilfen in dem Umfang zu erhalten, daß der Fehlbetrag restlos gedeckt werden kann. Eine Entscheidung über diesen Antrag ist noch nicht erfolgt. Von der Höhe der Staatsbeihilfe wird es abhängen, ob noch weitere Schritte zum Ausgleich des Haushaltsplanes notwendig werden.

Stadtvorordnetenrat Rucharz machte den Vorschlag, unter Bezugnahme auf diese Zahlen und auf den im Etat nunmehr aufgetretenen Fehlbetrag von 1 065 500 Mark eine Entschliebung zu fassen, die der Regierung diese Verhältnisse schildert und verlangt, daß der Stadt Gleiwitz die erforderlichen Mittel aus den zur Verfügung stehenden Fonds überwiesen werden, da sie dieser Fehlbetrag, zusammen mit den vorjährigen Fehlbeträgen von insgesamt 1,5 Millionen Mark, sonst in untragbare finanzielle Verhältnisse bringen würde.

In einer Aussprache hierüber kennzeichnete **Stadtv. Gorzawski (Ztr.)** die Lage der Landwirtschaft und **Stadtv. Mattner (Mieter)** erklärte, daß mit größtem Nachdruck die Senkung der Grundvermögenssteuer für bebauten Grundbesitz gefordert werden müsse. Der Reichsminister habe bei seinem Besuch durchblicken lassen, daß diese Forderung durchaus nicht ohne weiteres abzuweisen sei.

Stadtv. Waldeck (DBP.)

sprach seine Überraschung über das neue Finanzergebnis und den Fehlbetrag aus. Alle möglichen Steuern seien nun eingeführt worden, und trotzdem gelinge es nicht, den Fehlbetrag auszugleichen. Von der Regierung müsse nicht nur die eine Million gefordert werden, sondern man müsse auch auf den alten Fehlbetrag von 1,5 Millionen Mark nachdrücklich hinweisen, denn wenn dieser ungedeckt bleibe, sei der Stadt recht wenig geholfen.

Stadtv. Brzezinka (Ztr.) schlug vor, die Abschaffung der Entschliebung dem Vorkommnis

Verlauf der Sitzung

Nach Eröffnung des Kreistages durch Landrat Harbig stand zunächst die Frage des

Bahnbaues Peiskretscham—Keltich

zur Erörterung. Der Sachbearbeiter des Landesplanungsvereins, Dr. Strecke, erläuterte anhand von Karten den Verlauf dieser Bahn, die Frage der Linienführung und die Rentabilität. Er führte aus, daß die Voruntersuchungen für diesen Bahnbau vom Landesplanungsverein Oberschlesien geführt werden, der vier Linienführungen auf ihre Wirtschaftlichkeit hin untersucht hat. Die Wirtschaftlichkeit der geforderten Bahnlinie scheint durch den schon heute starken Verkehr von Industriearbeitern und Gütern zweifellos und dürfte unter der Voraussetzung normaler Wirtschaftsentwicklung nach Errichtung der Bahnlinie durch etwa 250 000 Mark jährliche Betriebseinnahmen gesichert sein. Die geforderte Bahnlinie stellt das zweite Gleis zu der Bahn Mysłowice—Bytom dar und erhält außerdem Bedeutung durch die Erschließung der zahlreichen Kalkvorkommen sowie durch eine möglichst schnelle Verbindung der Industrie in Zawadzki und des nördlichen Kreisteiles mit dem Industriegebiet. Die Wirtschaftlichkeitsuntersuchung wird noch zusammen mit der Reichsbahn überprüft werden, die dann ihrerseits die endgültige Festlegung der Linienführung vornehmen soll.

Die Beratung über diesen Punkt wurde dann zurückgestellt, und der Leiter der oberhiesigen Landstelle zur Durchführung der Dithilfe, Oberregierungsrat Dr. Zietmann, Doppelte, hielt einen Vortrag über die bevorstehende

Umschuldung der Landwirtschaft

Er führte aus, daß in letzter Zeit gegen die Absicht der Reichsregierung, die Dithilfe durchzuführen und gegen die Wirkung der bis jetzt vorgesehene Maßnahmen unverantwortlich gewählt werde. Den Ausführungen des Reichslandraters anlässlich seiner Reise durch Oberschlesien könne bei dem Ernst, mit dem der Reichsminister seine Arbeit aufsehe und seine Ausführungen vorgetragen habe, nichts zugefügt werden. In Betracht dieser Angriffe sei es zweckmäßig darzulegen, daß die Verhältnisse in der Landwirtschaft des Kreises Gleiwitz bei der Bereinigung vollste Beachtung gefunden haben. Die Landstelle habe mit Nachdruck darauf hingewiesen, daß der Kreis Gleiwitz im Rahmen der Voranmeldung von 1160 Anträgen und einem Kapitalbedarf von über 9 Millionen Mark, berechnet bis zum 7. Januar 1931, Spitzenreiter aller oberhiesigen Kreise sei. Die Umschuldung im Kreise sei hauptsächlich Angelegenheit des landwirtschaftlichen Klein- und Mittelbetriebes. Im Anschluß an die Darlegungen der Vorlage des Kreises sei Reichsminister Trebians so gleich in eine Erörterung darüber eingetreten, ob es nicht zweckmäßig sei, die Grenze für Kredite, die den Kleinbauern unter erheblichen formellen Erleichterungen gegeben werden sollen, auf 5000 Mark zu erweitern. Nach den Informationen der Landstelle dürfe angenommen werden, daß diese Verhandlungen sehr günstig stehen.

schuß zu überlassen. Wichtiger als Entschliebungen und Notifizierungen seien aber gute Verbindungen. Die Stadt Hindenburg sei Gleiwitz erheblich voraus. Man höre immer wieder, daß Hindenburg Geld erhalten habe. Die Entschliebung wurde dem Vorkommnis mit der Weisung überwiesen, sie zu regieren. Ein Antrag, der verlangte, daß das Mietseignungsamt bei Anträgen auf Ausführung von laufenden Instandsetzungsarbeiten keine Vorhürde mehr erheben soll und daß die Kosten nach dem Abschluß eines solchen Verfahrens nicht dem Mieter, sondern dem Vermieter auferlegt werden sollen, wurde dem Magistrat zugeleitet.

Stadtv. Lesznik (Ztr.) begründete einen Antrag der Zentrumsfraktion, der dahin geht, daß der Magistrat auch für die Rechnung der Vergütung für die in Raten abgeführte Nachzahlung der erhöhten Grundvermögenssteuer verzichten soll. Er führte aus, daß die Erhebung dieser Vergütung eine Härte für den größten Teil der Bevölkerung sei, denn in diesem Fall sei die Notwendigkeit gegeben, die Nachzahlung der Steuer in mehreren Raten vorzunehmen. Dieser Antrag wurde angenommen. Schließlich wurde dem Stadtparlament bekannt gegeben, daß in Gleiwitz in diesem Jahr 72 Reichswohnungen errichtet werden sollen. Das Stadtparlament erteilte seine Zustimmung, und

Stadtkämmerer Dr. Warlo

teilte ergänzend mit, daß es sich um die gleichen Wohnungen handele, wie sie an der Birkenallee und in Sosniza gebaut wurden. Die Kosten trage zum größten Teil das Reich. Die Stadt habe das Grundstück zur Verfügung zu stellen, für jede Wohnung einen Zuschlag von 1200 Mark zu leisten und außerdem den Anschluß an Kanalisation, Gas- und Wasserleitung auszuführen, so daß der Zuschlag für eine Wohnung insgesamt etwa 2200 Mark betrage. Mit dem Staat werde ein Erbbaurecht geschlossen und nach 25 Jahren gehen die Wohnungen in den Besitz der Stadt über.

Das würde für den Kreis Gleiwitz bedeuten, daß von 1160 Anträgen rund 800 Anträge mit einem Kapitalbedarf von 3 Millionen durch den Landrat in einem denkbaren vereinbarten Verfahren sehr rasch erledigt werden können.

Im Rahmen der oberhiesigen Genossenschaftsanierung würden bereits die Verhältnisse der Richtersdorfer Genossenschaft, deren Auswirkungen sich auch auf den Kreis Gleiwitz erstrecken, untersucht. Im Anschluß hieran werde die Lage der Genossenschaft in Zost geprüft werden. In welchem Umfang Mittel für diese Genossenschaft bereitgestellt werden müssen, werden erst die Untersuchungen zeigen. Die Mittel selbst stehen der Landstelle bereits zur Verfügung.

Die Anliegerfiedlung

im Rahmen der Arbeit der Landstelle ist nun möglich, soweit der größere Besitz zur Erzielung eines Sanierungseffektes Land abgeben muß. In diesem Falle erhalten die Landwirte 75 Prozent des Kaufpreises zu 5 Prozent Verzinsung als Kredit. Das Ausmaß der Anliegerfiedlung im Kreise kann noch nicht übersehen werden. Die Vorlage der Umschuldungsanträge selbst erfolgt nur sehr langsam. Es wäre sehr erwünscht, wenn die Landwirte, die vorangemeldet sind, ihre Anträge dem Landrat beschleunigt vorlegen würden. Der Redner betonte, daß die Aufgabe der Landstelle rein wirtschaftlich, nicht politisch sei und daher die betriebsgroßen Kategorien durch seine Arbeit gleichmäßig bedacht werden.

Eine Anfrage von Abg. Gorzawski (Ztr.), ob es nicht möglich sei, den Pensionsklassen der industriellen Werke, die aufgelöst werden müssen, Mittel aus der Dithilfe zur Verfügung zu stellen, wurde von Oberregierungsrat Dr. Zietmann verneinend beantwortet. Die Funktionen der Landstelle seien eng begrenzt. Auch für Neubauten seien keine Mittel vorgesehen. Nur betriebsbezogene Schulen dürften umgesehen werden.

Landrat Harbig dankte Oberregierungsrat Dr. Zietmann für seine Ausführungen, worauf Bürgermeister Tschander zur Frage über

Realsteuerentlastung

Stellung nahm und verlangte, daß bei den maßgebenden Stellen dahin gewirkt werden möge, daß ab 1. April 1931 nicht mehr eine schematische, sondern eine organische Senkung der Realsteuern erfolge, daß also die Steuern nicht um, sondern auf einen bestimmten Betrag gesenkt würden. Landrat Harbig erwiderte, daß diese Forderung nicht neu sei, daß sie vielmehr die Kreisverwaltung ihrerseits bereits wiederholt zum Ausdruck gebracht habe.

Hierauf wurde die Beratung des Eisenbahnprojekts fortgesetzt. Bürgermeister Tschander hob im wesentlichen hervor, daß man bei der Linienführung von den Interessen der Industrie ausgehen müsse, die daran interessiert sei, daß die Bahn Kruppamühle, Sandowitz, Zawadzki und Kolonowka berühre. Die Stadt Peiskretscham müsse auch einen Stadtbahnhof erhalten, damit der weite Weg zum Bahnhof vermieden werde. Abg. Graf Balleskreim (Ztr.) betonte, daß die Beschaffenheit des Geländes ein wesentlicher Faktor für die Entscheidung über die Linienführung der Bahn sein werde.

Dr. Strecke erwähnte noch kurz die Bahnlinie Gleiwitz—Katibor. Auch sie werde im Landesplanungsverband bereits bearbeitet, allerdings liege noch kein abgeschlossenes Ergebnis vor. Auch hier habe man mehrere Linienführungen ins Auge gefaßt. Die Entscheidung werde aber die Reichsbahn vom Standpunkt der besten Rentabilität treffen.

Landrat Harbig sprach über die schwierige Lage der Landwirtschaft im Kreise Zost-Gleiwitz und führte aus, daß im Haushaltsplan für 1930 ein Fehlbetrag von 1 750 000 Mark entstanden sei. In der Wohlfahrtsfürsorge seien 120 000 Mark mehr aufgewendet worden als im Vorjahr.

Abg. Pfarrer Sendorff schlug dann folgende

Entschliebung

vor, die einstimmig angenommen wurde:

„Aufrehab der Tagesordnung berichtet der Vorlesende, daß die Einnahmen an Steuern pp. gegenüber den Etatsansätzen des Rechnungsjahres 1930 nach den für die vergangene Zeit getroffenen Feststellungen und nach den überläufigen Berechnungen, soweit die Zeit bis zum Schluß des Rechnungsjahres in Frage kommt, um 80 000 RM zurückbleiben und dadurch ein Fehlbetrag zu erwarten ist. Dazu kommen, bedingt durch die zunehmende Arbeitslosigkeit, die schon entstandenen und noch entstehenden, bei Aufstellung des Etats nicht bekannt gewordenen Wohlfahrts mehr ausgaben in Höhe von 175 000 RM.

Der Vorlesende weist darauf hin, daß diese Beträge, für die Deckung nicht vorhanden ist, eine vom Kreistag zu beschließende Nachtragsumlage erforderlich machen.

Der Kreistag ist einmütig der Auffassung, daß mit Rücksicht auf die schwer ringende Landwirtschaft, deren steuerliche Leistungen erschöpft sind, eine Vorlage, die eine Nachtragsumlage verlangt, der Ablehnung verfallen müßte.

**Verlängerte Geschäftszeit
im Industriegebiet**

Die Kaufmännischen Verbände von Brehen, Gleiwitz und Hindenburg, weisen darauf hin, daß auf Grund einer Verfügung des Polizeipräsidenten Gleiwitz die Geschäfte am Sonnabend für den geschäftlichen Verkehr bis 20 Uhr (8 Uhr abends) geöffnet sein dürfen.

Der Vorsitzende wird ersucht, bei den Regierungsstellen wegen Bereitstellung von Reichs- und Staatszuschüssen vorstellig zu werden, um die Nachtragsumlage, die den Kreiseingeflossenen keineswegs zugemutet werden kann, abzuwenden.

Nach einem Bericht von Abg. Gorzawski (Ztr.), wurde für die Kreisparlamentarierrechnung für das Jahr 1929 die Entlastung ausgesprochen. Bürgermeister Tschander dankte hierbei Kassendirektor Zahn für seine umsichtige und sorgfältige Kassenführung.

Eine längere Aussprache führte die Frage her

Ausdehnung der Fortbildungsschulpflicht auf die weibliche Jugend

Herrn Landrat Harbig führte aus, daß dies im Bildungsprogramm der Kreisverwaltung liegt und wies auf die Notwendigkeit hin, den Mädchen auf dem Lande eine Ausbildung zu lassen, mit der sie hinter den Mädchen in der Stadt nicht zurückbleiben. Die Kosten des Kreises seien hoch, und es bestünde die Gefahr, daß die Notwendigkeit, durch die Erziehung der Mädchen die Grundlage für eine wirtschaftliche Haushaltung in den bauerlichen Familien zu schaffen. Von mehreren Rednern wurde

**Nächste
Juristische Sprechstunde**
Freitag, 16. Januar, von 17—19 Uhr
im Verlagshaus
der „Ostdeutschen Morgenpost“, Beuthen

geltend gemacht, daß der Kreis in der gegenwärtigen Zeit diese Ausgabe nicht tragen könne. Abg. Hauptlehrer Ranjy (Würger- und Bauernblock) führte aus, daß die Kosten gar nicht so hoch seien und die Regierung beträchtliche Zuschüsse leiste. Es handle sich nur darum, die Grundlagen für die Fortbildungseinrichtungen zu schaffen. Schon wenn man daran denke, wie sich die Mädchen auf Grund des Unterrichts Wäse anschaffen und nähren können, erkenne man die Bedeutung dieses Unterrichts. Landrat Harbig wies nochmals darauf hin, daß in zahlreichen Orten das bringende Bedürfnis nach den Mädchen-Fortbildungsschulen bestehe. Die Vorlage wurde gleichwohl vertagt und wird erst im nächsten Kreistag im Zusammenhang mit dem Etat beraten werden.

Die Verlängerung der Steuerordnung über das Grundbesitzvermögen wurde nach dem Vortrage von Landrat Harbig ohne Aussprache genehmigt. Ueber den Anspruch des Kreises auf 50 Prozent der von den Gemeinden erhobenen erhöhten Biersteuer entwickelte sich eine längere Aussprache, in der einerseits die Notlage der Gemeinden, andererseits die überaus schwierige Finanzlage des Kreises eingehend erörtert wurde. Schließlich genehmigte der Kreistag der Kreisverwaltung einen Satz von 40 Prozent der Biersteuer der Gemeinden.

Es folgten nun Wahlen von Schiedsmännern und Schiedsmannstellvertretern, von Vertrauensmännern zur Auswahl von Schöffen und Geschworenen und die Wahl eines Sachverständigen für Wildschaden-Schätzungen. Hierauf wurde beschlossen, ein Darlehen von 168 000 RM. zur Deduktion der Mehrausgaben für Chauf- fessanten und Arbeiten an den Hauptdurchgangsstraßen bei der Stadtgründung aufzunehmen. Die Tilgung soll im Laufe von 20 Jahren erfolgen. Die Befolgsordnung für die Beamten wurde durch eine formale Bestimmung ergänzt. Zum Schluß gab eine Anfrage der sozialdemokratischen Fraktion Landrat Harbig Veranlassung, darauf hinzuweisen, welche Schritte von der Kreisverwaltung unternommen worden sind, um dafür zu sorgen, daß der Landkreis Ost-Gleiwitz an der Ostküste in dem notwendigen Umfang beteiligt wird. Landrat Harbig führte aus, daß eine wesentliche Erleichterung für den Kreis zu erwarten sei und wies in diesem Zusammenhang noch darauf hin, daß der Landkreis Ost-Gleiwitz durch die Eingemeindung einen erheblichen Teil seiner Finanzkraft verloren habe und eine Neuorganisation des Industriegebietes fordere.

Mord oder Unfall?

Eine Frau in der Scheune verbrannt

Toft, 15. Januar.

In Toft brannte die Scheune des Besitzers Alois Siodzkyk nieder. Nach dem Erlöschen des Feuers wurden unter den Brandresten die Leichenteile einer Frau, deren Persönlichkeit noch nicht einwandfrei festgestellt, gefunden. Anscheinend ist die Tote die Frau Johanna Wuttke aus Toft, die Schwiegermutter des Besitzers, der gemeinsam mit seiner Frau unter dem Verdacht, Frau Wuttke ermordet zu haben, verhaftet wurde.

Die Preissenkungsaktion marschiert

Der Beuthener Strom wird billiger

Kaufmannschaft und Handwerk zur Mitarbeit bereit

J. S. Beuthen, 15. Januar.

Die Preissenkungsaktion, die vom Regierungspräsidenten Ende des vorigen Jahres eingeleitet wurde, hat in Oberschlesien erhebliche Fortschritte gemacht. Kurz vor Weihnachten trat eine Stockung ein, und erst wieder nach Neujahr machten sich weitere Herabsetzungen der Preise bemerkbar. Diese Stockung, die vorübergehender Natur war, hatte ihre Ursache in einer ungewöhnlichen Zurückhaltung der Käufer, die glaubte, ihre Einkäufe in späterer Zeit zu billigeren Preisen machen zu können. Diese Selbsttäuschung war übrigens keine rein oberflächliche Erscheinung. Sie war im ganzen Reich zu verzeichnen, und erst die Aufklärung über ihre unheilvolle Wirkung auf die Durchführung der Preissenkungsaktion brachte die Käufermasse allmählich wieder in Bewegung.

Oberbürgermeister Dr. Knatrik hatte am Donnerstag nachmittag die Vertreter der Verbraucher, der Kaufmannschaft, der Gewerkschaften und Handwerker zu einer Besprechung eingeladen, um die Preissenkungsaktion in Beuthen schneller zur Durchführung zu bringen. Erfreulich waren seine Mitteilungen, daß auch die Kommunen sich dieser Bewegung nicht erziehen und bereit sind, an der Herabsetzung des Lebensstandards mitzuarbeiten. In Beuthen wird eine

Senkung der Strompreise.

die schon für die nächste Zeit geplant ist, sicherlich freudigen Widerhall finden. Auch die viel umkämpften Schlachthofgebühren, die nach Ansicht der Fleischhändler mit zur Verteuerung der Fleischpreise beitragen, werden um 5 bis 7 Prozent herabgesetzt. Die Gewerbesteuer konnte durch die vom Reich zur Verfügung gestellten Hilfsmittel bereits eine Senkung erfahren. Die Preissenkungsaktion ist noch nicht zum Stillstand gekommen und wird unter dem Druck des Verhältnisses zwischen Angebot und Nachfrage weiter fortgeschritten.

Die Verbraucherseite begrüßt selbstverständlich jede Herabsetzung der Preise für die lebensnotwendigen Artikel und wünscht besonders auch vom Handwerk, den Bäckern und Fleischhauern in erster Linie, großes Entgegenkommen. Von den Konsumentenvertretern wurde der Wunsch laut, die Preise, wenn möglich, auch nur um Weniges herabzusetzen, da die Konsumenten sich gerne wieder mit der Wirtschaftlichkeit einverstanden erklären, wenn sie auf diese Weise Einsparungen tätigen können. Es wurde von dieser Seite auch behauptet, daß zahlreiche Artikel in Beuthen teurer seien als in Gleiwitz und Hindenburg. In einer Vorbesprechung, die die Vertreter der verschiedenen Gewerkschaften führten, wurde man sich darüber

einig, im Notfalle die „Weiße Liste“, in der alle Geschäfte aufgezählt werden, die dem Verbraucher am weitesten entgegenkommen, einzuführen, und sie der Verbraucherschaft zugänglich zu machen, um auf diese Weise die Preispolitik zu beeinflussen.

Die Vertreter der Kaufmannschaft wiesen auf die bereits

erfolgten Preissenkungen

hin, die keineswegs unbeachtlich seien. Beuthen könne nun die Erfahrungen anderer Städte mit verwerten und habe so ein leichteres Spiel. Besonders wurde darauf hingewiesen, daß der Lebensstandard des deutschen Volkes höher ist als in den reichen Ländern Amerika und England. Ein armes Volk könne sich dies nicht leisten. Man warnte vor einer Auseinandersetzung zwischen Verbrauchern und Produzenten. Durch ein gegenseitiges Zusammenarbeiten lassen sich sicherlich bessere Erfolge erzielen. Das deutsche Volk hat im Jahr ungefähr 30 Milliarden an Kästen aufzubringen, die letzten Endes aus der Wirtschaft herausgedrückt werden und naturgemäß die Preisgestaltung gewaltig beeinflussen. Trotzdem sind in Oberschlesien die Preise seit Mai 1929 besonders für Lebensmittel dauernd herabgesetzt worden, während auf der anderen Seite immer noch eine Erhöhung der Preise eintrat. Der Handel wünscht noch eine weitere Herabsetzung, und wird alle diese Bestrebungen unterstützen, weil er dann mit seinen geringen Mitteln, die ihm heute zur Verfügung stehen, größere Einkäufe tätigen kann. Die hohen öffentlichen Lasten, die Steuern und Gebühren sind auf die Dauer nicht ertragbar, sobald man von der Regierung einen Abbau fordern muß.

Gegen die Einführung von Mindestpreisen

sprach sich so ziemlich alle Vertreter des Handels aus, weil sie nicht am Interesse der Verbraucherschaft liegen, da dadurch die freie Konkurrenz, die am meisten auf die hohen Preise drückt, ausgeschaltet werde. Festpreise haben dagegen schon alle Geschäfte mit nur zwei Ausnahmen in Beuthen eingeführt. Die Vertreter des Handwerks wiesen darauf hin, daß die Belastung heute 925 Prozent mehr betrage als im Frieden, während die Preise um 20 bis 25 Prozent bereits gefallen sind. Die Bäcker haben bereits einen Abbau von 15 Prozent der Preise vollzogen und auch die Fleischer sagten eine Preissenkung zu, die kommen müsse, da das Angebot an Fleisch weit größer sei denn der Abfall. Um die Preissenkungsaktion zu beschleunigen, wurde eine Verordnungs-Kommission gebildet, die die Vorarbeiten für eine weitere Besprechung übernommen hat.

Beuthen

„Afrika“ spricht im Intimen Theater

Paul L. Goßler hat auf seiner Expedition in das Innere von Afrika einen Konflikt zusammengestellt, der auf diesem Gebiete alles bereits Gesehene weit übertrifft. Seine Bilder und Tonaufnahmen, besonders die Löwenjagden, sind so vortrefflich aufgenommen, daß man teilweise an Eridaunahmen denken könnte. Goßler gelang es, vor seine Kamera Herden von Elefanten, Rhinocerosse, Giraffen, Flamingos und viele andere Arten von wilden Tieren zu bekommen. Besonders interessant aber ist die Aufnahme einer Art Antilopen. Sehr anschaulich sind die Reptilienaufnahmen. Auch ein Schreckensschwarzwurm ist zu sehen, der die ganze blühende Gegend in wenigen Stunden vollkommen verwüßt und alles Grüne restlos auffrisst. Zum Schluß bekommen wir noch eine Löwenjagd vorzuführen, die von dem Eingeborenenstamm der Massai mit Speeren fleißig durchgeführt wird. Alles in allem ein Film von besonderem Wert,

der noch durch den erläuternden Vortrag des Forschers gewinnt.

* 25jähriges Dienstjubiläum. Reichsbahn-Sekretär Josef Schla begeht am 16. d. Mts. sein 25jähriges Dienstjubiläum.

* Frauengruppe des DDB. In den oberen Räumen des Cafés Juseph fand die Generalversammlung der Frauengruppe des Deutschen Offizier-Bundes statt, zu der die Mitglieder fast vollständig erschienen waren. Nachdem die 1. Vorsitzende, Frau Schmulz, die Anwesenden begrüßt und in einer Ansprache auf die Aufgaben der Frauengruppe hingewiesen hatte, trug die Schriftführerin, Frau Krosch, den Jahresbericht und die Kassensführerin, Frau Cyner, den Jahreskassenbericht vor. Bei der Wahl des Vorstandes wurden die genannten Vorstandsdamen und die 2. Vorsitzende einstimmig wiedergewählt. Für ausgezeichnete Beisitzerinnen und in den Vergütungsansprüchen wurden neu gewählt die Damen Frau von Lub-

wiger, Frau Dinter, Frau Ullmann und Frau Gornicki.

* Frankiert mit Wohlfahrtsbriefmarken! Durch den Wohlfahrtsbeitrag der diesjährigen Wohlfahrtsbriefmarken hat schon manche Not in der letzten Zeit gelindert werden können. Damit in den kommenden schweren Monaten auch weiterhin diese Hilfe geleistet werden kann, sollte jeder nach Möglichkeit nur Wohlfahrtsbriefmarken verwenden. Der Wohlfahrtsaufschlag ist gering bemessen, um der praktischen Verwendbarkeit der Marken nicht hinderlich zu sein (bei der 8-Pfg.-Marke und Wohlfahrtspostkarte 4 Pfg., bei der 15-Pfg.-Marke 5 Pfg., bei der 25-Pfg.-Marke 10 Pfg.). Die 50-Pfg.-Marke, die mehr als Sammler-Marke gedacht ist, hat einen Aufschlag von 40 Pfg. Die Markenheftchen enthalten zehn 8-Pfg.-Marken und vier 15-Pfg.-Marken. Die wohlgezielte Ausführung der Marken (Städtebilder: Aachen, Berlin, Marienwerder und Würzburg) wird jedem ganz besondere Freude bereiten. Die Marken sind bei den bekannten Verkaufsstellen zu haben.

* Stadtverband der Vereine für Leibesübungen. Am Freitag, 20. Uhr, findet in der Viele des Konzerthauses die Vertreterversammlung des Verbandes statt. Tagesordnung: 1. Maßnahmen betr. erwerbslose Jugend; 2. Wünsche für den Ausbau des Stadions; 3. Gemeinsame Veranstaltungen im Sommer (Verfassungsfeier); 4. Die sporttätige Bergtungsstelle.

* Verein junger katholischer Kaufleute. Heute, Freitag, pünktlich abends 8.30 Uhr, findet im Vereinslokal „Bierhaus Oberschlesien“ die Generalversammlung statt.

* Madrigalchor. Heute, Freitag, wichtige Probe bei Stroh.

* Verein ehem. Leibkassierer. Der Verein nimmt mit Standarte an der 60. Wiederkehr der Reichsgründung am 17. Januar, 20 Uhr, im Evangelischen Gemeindehaus teil. Am 18. Januar, abend 7 Uhr, hält der Verein im Roeberschen Vereinslokal seine Monatsversammlung ab.

* Verein ehem. 22er „Reith“. Der Verein beteiligt sich mit Fahne an der Reichsgründungsfeier des Kreisriegerverbandes am 17. Januar, 20 Uhr, im Evangelischen Gemeindehaus. Ferner begeht der Verein am Sonntag, dem 18. Januar, 17 Uhr, im kleinen Saale bei Wuschol sein Winterfest in Form eines „Deutschen Abends“.

* Del-Theater. Noch vier Tage läuft der 100prozentige Militär-Groß-Konfilm „Ascher mittwoch“ mit Evelyn Holt, Hans Stüwe, Clara Kommer. Dazu das entzückende Beiprogramm und die neueste Emelka-Sonwoche.

* Kammerlichtspiele. Der ergreifende Konfilm „Zwei Mädchen“ nach dem gleichnamigen Roman von Richard Boß bleibt bis einschließlich Sonntag auf dem Spielplan.

* Schauburg. Das ab heute laufende Programm bringt die reizende Konfilm-Operette „Leutnant warst Du einst bei den Husaren“ mit Mary Christians und Georg Alexander.

* Thalia-Lichtspiele bringen drei außergewöhnliche Filme. Wilhelm Dieterle, Rian Meyers in „Frühlingsrauschen“. Als Beiprogramm laufen die Filme „Der Polizeiflieger von Kalifornien“ und „Wenn ein Weib den Weg verliert“.

Gleiwitz

* Konzert des Gemeinschaftsorchesters. Die im Gemeinschaftsorchester Gleiwitzer Berufs-musiker vereinigten erwerbslosen Berufsmusiker, die bereits mehrere Unterhaltungskonzerte veranstaltet, wagten sich in einem Symphoniekonzert an große Aufgaben. Wenn auch ihre Bemühungen durchaus Anerkennung finden müssen, so überstieg doch das große Programm, an dessen erster Stelle Beethovens achte Symphonie stand, zweifellos ihre Kräfte. Die Folge der Werke war bunt und reichhaltig. Neben Beethoven standen Strauß, Mozart, Weber und Mascagni. Das Zusammenpielen des Orchesters ist noch nicht reibungslos, und auch im künstlerischen Ausdruck, in der wahren Ausbeutung der Musik, bleibt das Orchester noch vielfach zurück. Daß dies aber hauptsächlich darauf zurückzuführen war, daß ein zu anspruchsvolles Programm vorlag, ging daraus hervor, daß beispielsweise die Phantasie aus Cavalleria rusticana und die Coriolan-Ouvertüre bemerkenswerte Ansätze aufwiesen. Rätke Groß sang Arien und Lieder, am Klavier von Wiedemann begleitet. Als Solistin war Ellen Lhner verpflichtet. Die Leitung des Konzerts hatte Kapellmeister Böckle.

* Schauburg. In dem neuen Programm bringt die Schauburg die schöne Konfilm-Operette „Das Lied ist aus“ mit Wally Fort und Diane Haid in den Hauptrollen.

* U.P.-Lichtspiele. Wilhelm Dieterle sieht und hört man in seinem Groß-Konfilm „Der Tanz geht weiter“. Dieser Film ist der erste mit deutschen Darstellern und unter deutscher Regie (Wilhelm Dieterle selbst) in Amerika gedrehte Groß-Konfilm. Neben Wilhelm Dieterle wirken in den Hauptrollen mit Riffi Anna, Anton Pointner, Carla Bartheel, Lothar Mayring.

* Capitol. Das Capitol hat ein ausgezeichnetes Ton-Großspiel auf das Programm genommen, Harry Liedtkes neuesten Ton- und Sprechfilm „Der Leutnant“. Neben Harry Liedtke: Henry Bender, Paul Heidemann, Felix Preisfart, Paul Westermeyer, Offi Oswald, Ida Wülfel u. a. Auch die Mich. Maus trägt zur Erhöhung der Stimmung mit ihrem Film „Kaba-bett Unterfer“ bei.

Inventur-Ausverkauf
Mein
beginnt Sonnabend, den 17. Januar 1931, früh 8 Uhr

Im Zeichen des Preisabbaues

Emanuel Pasdzior Bekleidungshaus für vornehme Herren- und Knabenbekleidung BEUTHEN OS. **Ring 12**

Meine Waren sind rücksichtslos herabgesetzt / Sie erhalten nur Qualitätswaren zu noch nie dagewesenen billigen Preisen

Eine stürmische Stadtverordnetensitzung

Hindenburgs Bauprogramm für 1931

Realsteuerentlastung aus Mitteln der Dsthilfe — Wahl des Büros — Ausbau der City

(Eigener Bericht)

Die Kommunisten fühlen sich
beleidigt

Hindenburg, 15. Januar

Als eine der ersten im obererschlesischen Industriebezirk hielt die Stadtverordnetenversammlung Hindenburg ihre erste Sitzung im neuen Jahre ab. Der Ueberblick über die Arbeit im letzten Jahr zeigt, daß manche beschlossene Vorlage unausgeführt ruhen bleiben muß, da keine Mittel zur Durchführung vorhanden sind. Bei der Wahl des Büros sah man, daß die Anzahl der Freunde des bisherigen Vorstehers insofern sich vermindert hat, als zehn Stimmen auf das Zentrumsmitglied Dr. Gralla entfielen. Im übrigen war die Sitzung besonders bedeutungsvoll durch die Annahme des Wohnungsbauprogramms und die Beratung über die künftige bauliche Gestaltung der City, die dem Vorkommensausschuß überwiesen wurde. Die Gewerbetreibenden werden die Senkung der Realsteuern für 1931 allgemein begrüßen, da sie damit eine Entlastung erhalten. Weiter sollte dieser ersten Stadtverordnetenversammlung des Jahres 1931 das gleiche Los beschieden sein wie mancher anderen im vergangenen Jahre, nämlich aufregende Auftritte, Berechtigter kritische Worte von der Rechten, es fehle gerade noch, daß die Kammer, die sich die Kommunisten beim Streik geholt hatten, von der Dessenlichkeit bezahlt werde, konnten die Kommunisten nicht ertragen. Sie stürzten sich auf den Redner und machten Anstalten, ihn tätlich anzugreifen. Dazu kam, daß auch der Vorkommensausschuß einen Zwischenfall heraufbeschwor, indem er gegen den Vorsteher loszog, sodaß mit einem Male im Sitzungssaal ein Durcheinander entstand. Die Polizei mußte herbeigeholt werden, weil auch der Zuhörerraum sich in diese Streitigkeiten gemischt hatte. Nachdem der Zuhörerraum geräumt war, konnte die Sitzung weitergehen. Man kam jedoch zu keinen Beschlüssen mehr, da schließlich zu wenig Stadtverordnete im Saal waren.

Verlauf der Sitzung

Die alljährliche Gepflogenheit brachte es mit sich, daß der Stadtverordnetenvorsteher Siara die heutige erste Sitzung der Stadtverordnetenversammlung im neuen Jahre mit einem „Glückauf“ als Neujahrsgruß eröffnete, der von kommunistischer Seite mit den Zurufen „Hungerjahr“, „Notverordnung“, „Bürgersteuer“ quittiert wurde. Ähnliche Zurufe gab es bei der Mitteilung, daß nach einem Schreiben des Regierungspräsidenten vom 24. Dezember v. J. in Hindenburg die erhöhten Steuern eingeführt werden müßten. Weiter lag ein Dankschreiben für geleistete Hilfe an Hochwasserbeschädigte vor, das ebenfalls vom Vorsteher bekannt gegeben wurde. Aus dem anschließend vom Vorsteher erstatteten

Jahresbericht für 1930

ging u. a. hervor, daß insgesamt 16 Sitzungen abgehalten wurden. Es verlohnt sich hierbei festzustellen, daß an sämtlichen Sitzungen teilgenommen haben die Stadtverordneten Gerekki, Grenczyk, Fran Kaplonet, Klose, Rowe, Pappel, Schufalla, Sczepainski, Thiel und Wiegorek. Ausgeschlossen von Sitzungen der Stadtverordnetenversammlung wurden je ein Stadtverordneter für eine bzw. drei Sitzungen, zwei Stadtverordnete für 6 Sitzungen und je ein Stadtverordneter für 7 und 11 Sitzungen. Zur Verhandlungen kamen insgesamt

130 Vorlagen.

Im einzelnen gab dann in seinen weiteren Ausführungen der Vorsteher auch die unerledigten Vorlagen bekannt. Zu diesen gehören u. a. — weil die notwendigen Mittel fehlen — die Errichtung eines kommunalen Friedhofes und das bereits 1925 beschlossene Straßenbahnprojekt Hindenburg-Mitkutsch-Bokittsch. Hierbei erklärte Stadtverordnetenvorsteher Siara, daß dieser Plan auch bei den Besprechungen aus Anlaß der letzten Reichstagslerreise durch den Osten eine Rolle gespielt habe. Er könne angenommen werden, daß ihm demnächst eine Reichshilfe zugute kommen werde. Die Verwirklichung sei schon deshalb anzustreben, weil die Stadt für verbilligte und erleichterte Verkehrsmittel zu sorgen habe zwischen den Wohn- und Arbeitsstätten der Arbeiterschaft. Das Straßenbahnprojekt müsse auch als eine wichtige Verkehrsader zwischen dem Deutener Hinterland und dem Westen des Gleiwitzer Stadtgebietes angesehen werden. Der Bericht endete mit Dankesworten an den Magistrat nachdem vorher festgestellt worden war, daß der Fehlbetrag von 1,2 Millionen Mark durch „Sparen“ wettgemacht werden soll.

Stadt. Hajos rügte die Millionenüberschreitungen, machte geheimnisvolle Andeutungen, daß es wohl in diesem Jahre „einem“ an den Kragen gehen werde, um schließlich eine Rüge für unparlamentarische Ausdrücke hinnehmen zu müssen. Nach über einstündi-

ger Aussprache konnte dieser Punkt mit Annahme des Berichtes erledigt und

die Bürowahl

unter Vorsitz des Vorkommensausschusses (Dnat.) vorgenommen werden. Zum Stadtverordnetenvorsteher wurde vom Zentrum der bisherige Vorsteher Siara, von der KPD, Stadtv. Wjshka vorgeschlagen. Es erhielten von den 47 abgegebenen Stimmen:

Siara (Ztr.) 28 Stimmen,
Wjshka (KPD.) 10 Stimmen,
Gralla (Ztr.) 9 Stimmen.

Stadt. Vorst. Siara dankte für das Vertrauen und nahm die Wiederwahl an. Bei der Wahl des stellv. Vorstehers gab Stadtv. Daniell (Dnat.) die Erklärung ab, daß wohl auch die Rechte auf diesen Posten Anspruch erheben könne, sie jedoch auf diesen keinen Wert lege. Gewählt wurde Stadtv. Thiele (SPD.). Schriftführer wurden die Stadtv. Thiele (Dnat.) und Macha (Miet.). Nach den Wahlen beauftragte sich die Stadtverordnetenversammlung mit dem

Wohnungsbauprogramm 1931

Den Stadtverordneten war dazu nachfolgende Vorlage des Magistrats zugegangen: Nachdem am 5. Januar die neue Verfügung über die Förderung des Wohnungsbaues im Jahre 1931 eingegangen ist, wird unter Einhaltung dieser gegen die Vorjahre erheblich veränderten Bestimmungen den städtischen Körperschaften folgender Vorschlag unterbreitet:

Eigenes Aufkommen
1930 = 560 000 RM.
Aus dem staatl. Ausgleichsfonds = 1 088 000 „

1 598 000 RM.

Darvon 65% für 1931 = rd. 1 038 700 RM.
Als für Instandsetzung von Altimwohnungen für den Bürgerbauförderungsfonds und Zinszuschuß für die städt. Wohnungsanleihe rd. 107 500 „

931 200 RM.

Im Jahre 1930 sind bereits aus dem Aufkommen 1931 vorweg genommen 590 424 „

Reist: 340 776 „

Darvon sind zu bewilligen:
an Private = 208 000 RM.
an Gesellschaften und Genossenschaften = 129 000 RM. 337 000 „

noch verfügbar = 3 776 „

Aus dem städt. Aufkommen 1932 stehen voraussichtlich zur Verfügung 370 000 „

273 776 „

Darvon sollen im Jahre 1931 als Vorgriff auf 1932 beabachtet werden:

De stahäuser Alleenstraße 32 Wohn. = 128 000 RM.
Arbeitsbeschaffungsprogramm 1931 City-Projekt: 40 Wohn. = 160 000 RM. 288 000 „

mehr: 14 224 RM.

Oberbürgermeister Franz ergänzte dazu, daß dieses Programm nur ein vorläufiges ist.

In der Aussprache machte man durchweg einen Unterschied zwischen dem eigentlichen Wohnungsbauprogramm und dem City-Projekt, das über 30 Jahre läuft und mit dessen Verwirklichung nun in einem kleinen Teil begonnen werden soll. Wenn auch jeder einzelne Redner der Stadtverordneten für die Wohnungsbeschaffung eintrat, so war andererseits die einmütige Meinung festzustellen, daß das vorgelegte Bauprogramm als recht mager bezeichnet werden müsse.

Auch Stadtv. Arps (Dnat.) brachte die zum Ausdruck und betonte weiter, daß der Beginn der Citygestaltung gewisse Beschränkungen aufweisen lasse, einmal deswegen, weil wir in einer sehr schweren Zeit leben, zum anderen, weil Stadtbaurat Wolff die Stadt Hindenburg demnächst verlassen wird. Stadtv. Arps verlangt darum eine Sonderberatung über die Verwirklichung des Cityprojektes.

Stadt. Gralla (Ztr.) beantragte ebenfalls die Abtrennung der Beratung über die Citygestaltung vom Wohnungsbauprogramm und Ueberweisung dieses Teils an eine Kommission. Während von den Sozialdemokraten das gesamte Projekt als äußerst vorsichtig aufgestellt begrüßt wurde, warnte Stadtv. Wjshka vor der Verwirklichung des Planes in der gelassenen Zeit. Stadtbaurat Wolff und

Oberbürgermeister Franz

versuchten die von den Stadtverordneten erhobenen Bedenken zu zerstreuen. Dabei stellte Stadtbaurat Wolff die Behauptung auf, daß es keine wirtschaftliche Lösung des Problems gebe, tragbare Mietsen zu schaffen, weshalb irgendeine Stelle bluten müsse. Seine Meinung über die

City-Errichtung ging aber dahin, daß diese nur auf rentabler Grundlage geschaffen werden könne. Schließlich bat

Stadtbaurat Wolff

um Zustimmung der Vorlage auch aus dem Grunde, weil in den Baukosten dreiviertel Millionen Löhne stecken. Aus den Ausführungen des Oberbürgermeisters ging hervor, daß nach einer heute eingegangenen Mitteilung in Hindenburg in diesem Jahre 82 Reichshäuser gebaut werden. Die Abstimmung zu dieser Vorlage brachte schließlich nachfolgende Beschlüsse:

1. Der Antrag der Mieter betreffend die Änderung der Bedingungen für die Gewährung von Hauszinssteuern und Darlehenshypotheken wird der Kommission überwiesen.

2. Das Programm über den Beginn der City-Gestaltung wird von dem Wohnungsbauprogramm abgetrennt und dem Vorkommensausschuß zur eingehenden weiteren Beratung überwiesen.

3. Die Durchführung des sonstigen Wohnungsbauprogrammes wird beschlossen.

Die vielen, zum Teil unnötigen und nicht-sagenden Reden mit unnötigen Entgleisungen des Stadtverordneten Hajos hatten verschuldet, daß nach fast vierstündiger Sitzung erst vier Punkte der Tagesordnung erledigt waren. Trotz der vorgerückten Stunde gab es aber erneut eine lange Aussprache bei den Beratungen über die

Erhöhung der Berufsschulbeiträge

von 3,55 M. auf 4,10 M. je Person und Jahr. Schließlich sprach sich aber eine Mehrheit für diese erhöhten Berufsschulbeiträge aus, nachdem vorher Bürgermeister Opperskali erklärt hatte, daß die Erhöhung ihre Ursache in dem Rückgang der Arbeiterzahl von 41 500 auf 34 000 habe. Weiter wurde dem Ausbau eines Sportplatzes an der Pfarrstraße zugestimmt und die Kosten in Höhe von 50 000 M. bewilligt. Weiter erklärte sich die Stadtverordnetenversammlung einverstanden mit der Stärkung des Statistisches Wohlfahrtsverwaltung um 35 000 M. und dann die

Ratibor gibt ein Beispiel:

Wochenarbeitsplan
für erwerbslose Jugendliche

(Eigener Bericht)

Ratibor, 15. Januar.

Mittwoch nachmittag fand im städtischen Jugendhaus (Reichsches Bad) eine Sitzung statt, zu der sich gegen 200 jugendliche Erwerbslose eingefunden hatten.

Stadtyugendpfleger, Konrektor Schimpf, legte den Wochenplan dar, der in großen Zügen folgende Betätigung der Jugendlichen vorsieht:

Montag, Freitag und Sonnabend von 14—17 Uhr: gemeinsames Turnen in der Turnhalle der Dr.-Proste-Schule.

Dienstag, Mittwoch und Donnerstag von 14—17 Uhr: Sportübungen wie Fußball, Handball, Leichtathletik und Kleinballspiele auf dem OS-Platz und dem WZ-Platz.

Daneben stellt während der Eislaufperiode der Eislaufverein Ratibor an zwei Vormittagen die Eisbahn zur Verfügung und verabreicht ein warmes Frühstück.

Hindenburg

* 90 Jahre alt. Seinen neunzigsten Geburtstag begeht am heutigen Tage der Knappschützende Anton Rollnik, im Stadtteil Borzow, Dorfstraße 51, der als letzter ehrenamtlicher Gemeindevorsteher die Gemeinde Borzow in der Zeit vom Jahre 1883 bis 1901 geleitet hat.

* Tätigkeit der Freiwilligen Feuerwehr Hindenburg-Biskupis. Im Verlauf des 4. Quartals wurden vier Instruktionstunden und ein Sachappell abgehalten. In Theater- und Sicherheitsübungen wurden 12 gestellt. Ferner nahmen der 1. Brandmeister und zwei Abteilungsleiter an der am 16. Dezember in Hindenburg stattgefundenen Führerbesprechung teil.

* Luftfahrtverein. Im katholischen Vereinshaus St. Anna wird am Donnerstag, abends 8 Uhr, der Navigationsoffizier des Luftschiffes „Graf Zeppelin“, Mar. Pruh, Friedrichshafen, einen Lichtbildvortrag über den Weltflug, Amerika- und Nordlandfahrten halten.

* Reichsbund Vaterländischer Arbeiter- und Werkvereine. Der Bund veranstaltet am Sonntag, nachmittags 5 Uhr, im Eisernen Konzerthaus eine Reichsgründungsfeier, bei welcher Landesobmann Thiel die Festrede hält.

Senkung der Realsteuerzuschläge
für 1930

auf Grund der Zuwendungen aus der Dsthilfe zu behandeln. Durch die Ueberweisung dieser Hilfsmittel wurde es möglich, die Grundvermögensteuer um 30 Prozent, die Gewerbesteuer um 35 Prozent zu senken, so daß für das vergangene Rechnungsjahr nachfolgende Steuerfätze entstanden sind:

Grundvermögensteuer von 500 auf 350 %, Gewerbeertragsteuer von 750 auf 487,5 %, Gewerkekapitalsteuer von 3000 auf 1950 %.

Für die Betriebsstätten, die in Hindenburg ihre Hauptniederlassung nicht haben, wirkt sich die Senkung wie folgt aus:

Gewerbeertrag von 900 auf 585 %, Gewerkekapital von 3600 auf 2340 %.

Die Stadtverordnetenversammlung erklärte sich mit diesen Senkungen einverstanden, ebenso mit der Aufnahme einer Anleihe in Höhe von 871 272 M. zur Deckung fälliger Grundstückskaufgelder. Zu aufregenden Auftritten kam es, als anschließend der kommunistische Antrag auf Unterstreichungen an alle Bergarbeiter, die auf Grund des letzten Bergarbeiterstreiks entlassen wurden, beraten wurde. Nachdem Stadtv. Sawellek (Soz.) abgelehnt hatte, für die Gemäßregelten städtischerseits einzutreten, und auch Dr. Korten die letzten Bergarbeiterstreiks kurz kritisierte, sprangen die Kommunisten von ihren Plätzen und wollten sich auf den Stadtverordneten der Rechtsparter stürzen. Es entstand ein Drunter und Drüber, in das sich der Zuhörerraum einmischte. Dem Stadtv. Vorst. blieb nichts anderes übrig, als die

Polizei herbeizurufen.

die zunächst den Zuhörerraum räumte. Im Sitzungssaal selbst sah man weiterhin aufgeregte Gruppen, wobei sich ganz besonders Stadtv. Hajos sehr mutig fühlte und gegen den Stadtv. Vorsteher loszog. Er wurde hierher zur Ordnung gerufen. Ebenso wurde Stadtv. Preisner zur Ordnung gerufen, weil er einen anderen Stadtverordneten gestoßen hatte. Schließlich wurde der Antrag der Kommunisten auf Unterstreichung der gemäßregelten Arbeiter abgelehnt.

Montag, Dienstag, Donnerstag und Freitag laufe. Kursus in der Städtischen Handelsschule.

An drei Abenden von 20—22 Uhr: Nachschicht- und Dekorationskursus.

Sonnabend von 8,30—12,30 Uhr: Vorbereitungskursus für die Meisterprüfung in der gewerblichen Berufsschule.

Montag, Dienstag, Donnerstag und Freitag Handfertigkeits- (Bastel-) Kursus in der gewerblichen Berufsschule. Daneben laufen ein Sanitätskursus und ein Metallarbeiterkursus. Wöchentlich einmal wird im Jugendhaus ein Unterhaltungs-Nachmittag mit Filmen und Vorträgen veranstaltet. Dort steht auch ein Lesezimmer zur Verfügung. Für die weiblichen Jugendlichen führt Stadtyugendpflegerin Fr. Koch bereits einen Haushaltungskursus durch. Direktor Simella begrüßte als Vorsitzender des Provinzialverbandes für Lebensübungen die Neueinrichtung und hob hervor, daß Ratibor damit ganz Obereschlesien ein nachahmenswertes Beispiel biete.

* Vom Stadttheater. Heute, Freitag, letzte Aufführung der modernen Schwankrevue „Wie werde ich reich und glücklich“.

Ratibor

* Justizpersonalie. Justizwachmeister Soltewia von der Staatsanwaltschaft Ratibor ist in gleicher Eigenschaft an die Staatsanwaltschaft in Breslau vom 1. April ab versetzt worden.

* Schulpersonalien. Für die Eichenborfschule wurde an Stelle des verstorbenen Konrektors Woschyna Lehrer Wittner, und für den in Ruhestand getretenen Konrektor Zagarzowski von der Marzellschule Lehrer Franzosch zum Konrektor gewählt.



Tögal

unübertroffen bei
Rheuma / Gicht
Kopfschmerzen
Ischias, Hexenschuß u. Erkältungs-
krankheiten. Entfernt d. Harnsäure!
6000 Arztgutachten! Vollkommen
unschädlich. Fragen Sie Ihren Arzt!

Beweise!

1925: 2 Kaufhäuser 520 Angestellte

1931: 23 Kaufhäuser 4200 Angestellte

2.000.000 Käufe im letzten Jahr und

80.000.000 Reichsmark Umsatz!

Wirbt man diese Kunden durch Zauberei?

Der Käufer von heute, die moderne Hausfrau, läßt sich nicht verlocken.

Man will wirklichen Nutzen haben. Das DEFAKA-System ist der Magnet.

Die Leistung unserer 23 Kaufhäuser in Preis und Qualität hat alle überzeugt. Prüfen Sie selbst diese Beispiele unserer Ausverkaufsangebote:

Flamenga-cravatte
Kleiderstoff aus reiner Wolle mit Kunstseide 100 cm breit — vorzügliches Fabrikat — hochaktueller Modestoff in den modernsten Farben: schwarz, marine, weinrot und flaschengrün.....

3⁵⁰

Sport-Kleid
aus gutem Tweed in jugendlicher Form mit modernen Falten, Gürtel und Lederblume.....

19⁵⁰

2reihige Herren-Sacco-Anzüge
gedieg. Kammgarntqualität, reine Wolle

39.-

Herrenstiefel
Schwarze prima Spiegelbox-Agraffenstiefel mit durchgehender Zwischensohle geschlossen.....

14⁹⁰

Derselbe Stiefel für Burschen 36/39

10⁹⁰

Derselbe Stiefel für Knaben 31/35 8⁷⁵ 27/30

7⁹⁰

Inventur-Ausverkaufsbeginn 15. Januar

DEFAKA

DEUTSCHES FAMILIEN-KAUFHAUS G.M.B.H.
Im Vertriebsverhältnis mit dem Deutschen Beamten-Wirtschaftsbund
Zweigniederlassung: Gleiwitz, Wilhelmstr. 19

Wie man Teilnehmer am Defaka-System wird, darüber gibt unsere Kontostellen gerne Auskunft. Es gibt bereits 505.000 dauernde Teilnehmer, Beamte und Angestellte zumeist

Thalia Lichtspiele
Beuthen O.-S.

Wir bringen ab 16. Januar 1931
WILHELM DIETERLE / LIEN DEYERS

Frühlingsrauschen ...

(Tränen, die ich Dir geweint)
Es sind Klänge aus „Die Heilige und ihr Narr“

Der
**Polizeiflieger
von Kalifornien**

Ein Sensationsfilm —
den Polizeitruppen aller
Nationen gewidmet

24 Akte!
Erstklass. Musik
Billige
Eintrittspreise

Wenn ein Weib
den Weg verliert

Marlene Dietrich / Willi Forst
Der aufsehenerregende
Sitten-Großfilm.
Nach dreimaligem Verbot
freigegeben.

Achtung, Freunde des Landestheaters!

**Der Bühnenball der Mitglieder
des Landestheaters Beuthen,**

das größte Ballereignis des Winters, ist auf den
31. Januar 1931 gelegt.

Er findet in sämtlichen Räumen des Konzerthauses
statt und ist mit der **Erstaufführung** der vollständig
neu ausgestatteten, schlagereichen Operette „Gräfin
Mariza“ verbunden. Karten zu besonders ermäßigten
Preisen an den Theaterkassen Beuthen, Gleiwitz und
Hindenburg.

Ihrem Kinde zuliebe

sollten Sie das kaufen, was ihm so beförmlich
ist: Den ärztlich empfohlenen Sultsch-
Zwiebad. Überall frisch aus der Sultsch-
Dose erhältlich.

Die schönste
Tonfilm-Operette
der Welt

Das Lied ist aus

mit Willy Forst
Liane Haid

jetzt im Ufa-Theater
Schauburg Gleiwitz

Kaufgejuch

Gebrauchte gutsch.

Büromöbel

Altenschr., Schreib-
tisch mit Sessel usw.
1 einf. Tisch, gegen
sofortige Kasse
zu kaufen gesucht.
Ang. unter B. 1829
an die Geschäftsst.
dies. Stg. Beuthen.

Kaufe

getragene

Herren- und Damen-
Garderoben, Schuhe
zahlh. d. höchst. Preise
Friedrich
Beuthen, Ritterstr. 7

Kaufe getragene

Herren- und Damen-
Garderoben, Schuhe,
zahlh. die höchst. Preise.
Komme auch auswärts.
Angeb. unter B. 1824
a. b. O. d. Stg. Beuth.

Ufa-Theater

Schauburg
Gleiwitz, Ebertstraße

Sonntag, den 18. Januar 1931,
vormittags 11.30 Uhr.
Einlaß 10.45 Uhr. Ende 1.15 Uhr.

Erstaufführung

mit besonderer Musikbearbeitung
für den Film:

Aegypten

Palmenland und Wüstensand.
Ein Kultur-Großfilm in 6 Teilen.

Die moderne Großstadt

KAIRO

das orientalische Viertel.

DER NIL

mitsein. Katarakten u. Staudämmen.

Sitten und Gebräuche
der Beduinen, Nubier, Fellachen.
Auf Wüstenschiffen z. d. Pyramiden.

Die Pyramiden von Gizeh.

Am Rande der lybischen Wüste.

Die Cheops-Pyramide,
145 m hoch, 2 325 000 cbm Inhalt,
aus der Zeit 2800 v. Chr.

DIE SPHINX

mit Porträtkopf des Königs Chefred.

Pyramide von Sakkara.

Grab des Königs Zoser,
aus der III. Dynastie, 3000 v. Chr.

Assiut (Lykopolis)

Altägyptische Felsengräber,
1400 v. Chr.

Babilonia

Trümmer des alten Abidos, die heiligste
Totenstadt, mit dem Grabe
des Gottes Osiris, Tempelruinen aus
der Zeit Ramses I. und II.
(1250 v. Chr.)
Kene, die Töpferstadt.

Dendera Kom Ombo

Assuan

Treffpunkt der Karawanenstraße,
2 km langer Katarakt mit 180
Schleusentoren.

Luxor

ein Hauptort d. Welt-Wandertums.

Karnak

einst das hunderttorige Theben,
1580 v. Chr. Reichshauptstadt. Das
größte Tempeltrümmerfeld der Welt.
Widdersphinxen. Der Ammonstempel
Pylonen. Säulen von 10 m Umfang.
Ramsesstatuen, Obeliken u. a. m.

Das Tal der Könige

Die Totenkammern von 60 Pharaonen
und 150 Großwürdenträgern,
darunter die Grabkammer des Königs
Tut-ench-Amun.

Preise der Plätze:

Loge 2,50; Rang 2, —; Sperrsitz 1,50;
1. Parkett 1,20; 2. Parkett 1, —;
Vorverkauf: Firma Krüger &
Oberbeck, Wilhelmplatz.
Schüler halbe Preise.

Geldmarkt

3000 — 5000 Mark

Darlehen bei bester
Sicherh. sof. gesucht
v. H. auswärts.
Unternehmen, das
infolge eigener po-
tentamtl. geföh.
Maffenartikel, Mo-
nopollstellung ein-
nimmt. Gutl. Hilfe
oder tätige Betei-
lung. Angeb. unter
1890 an die Geschäfts-
st. d. Stg. Beuthen.

12 000-15 000 Mk.

zur zweiten Stelle
auf Grundstück in
Beuthen gesucht.
Ang. u. B. 1833 an
d. O. d. Stg. Beuthen.

Kaufm., 35 J., sucht
jüdische Dame als

Teilhabein

f. gutgeh. Kolonial-
warengesch. Betrieb
nicht ausgeglichen.
Zuführ. u. B. 1830
an die Geschäftsst.
dies. Stg. Beuthen.

UP

CAPITOL

W. 4 1/4, 6 1/4, 8 1/4
S. 3, 4 1/4, 6 1/2, 8 1/2

GLEIWITZ

W. 4 1/4, 6 1/4, 8 1/4
S. 3, 4 1/4, 6 1/2, 8 1/4

Heute und folgende Tage!

Wilhelm Dieterle
der beliebte deutsche Film-
Darsteller in seinem ersten
Ton- und Sprechfilm

Der Tanz geht weiter ...

Ein spannendes u. interes-
santes Abenteuer aus der Unter-
welt.

Neben Wilhelm Dieterle:
Lissi Arna,
Anton Pointner, Carla Barthel.

Eine Spitzenleistung der Tonfilmkunst!

Beiprogramm:
Tonfilm-Groteske
Kulturfilm
Woche

Wieder ein großer
Lach-Schlager

Harry Liedtke
neuester Ton-Großfilm

Der keusche Josef

Ein toller Tonfilm-Schwank mit
Harry Liedtke, Henry Bender
Felix Bressart, Paul Heidemann
Paul Westermeyer, Ossi Oswalda
Ida Wüst u. a.

Im Beiprogramm u. a.

Micky Maus

im Kabarett Untersee

Kulturfilm Neueste DLS-Woche

Metallbettstellen

Auflegematrizen, Chaiselongs,
aus eigener Werkstatt

Koppel & Taterka

Beuthen OS. Hindenburg OS.
Plekarer Straße 23 Kronprinzenstraße 291



- Kleinfleisch

Postkoll. netto 9 Pf. Mk. 2 95
Bauhölzer netto 33 Pf. Mk. 9 90

C. Ramm, Wurstfabr., Nortorf (Holst.) 467.

Stellen-Gejuch

100 Mark

zahlh. dem, der mir
Stellg. i. Grubenau-
fichtsdienst verschafft.
Bin 36 J. alt, Berg-
schulabsolvent. Gefl.
Zuführ. unt. B. 2. 659
an die Geschäftsst.
dies. Stg. Beuthen.



Wir liefern

Kohlen, Koks, Briketts

nicht nur tonnenweise, sondern schon
von 1 Zentner aufwärts frei Ihrem Keller

Oberschlesisch. Kohlenvertriebs-Kontor
Kom.-Ges.

Beuthen OS., Tarnowitz Str. 30. Tel. 3666.
Haus Otto R. Krause.

Die oberchlesischen Gartenbauer auf der Grünen Woche

(Eigener Bericht)

Oppeln, 15. Januar.

Der vorletzte Tag der Oberchlesischen Grünen Woche war den oberchlesischen Gartenbauern gewidmet. In Vertretung des Kammerpräsidenten Franzke eröffnete Kammerdirektor Römer die öffentliche Tagung und übermittelte die Grüße und Wünsche der Landwirtschaftskammer. Gleichzeitig konnte Kammerdirektor Römer als Vertreter der Regierung, Regierungsdirektor Dr. Delhaes, von der Stadt Oppeln Stadtbaurat Schmidt und Gartenbaudirektor Ulrich, und von der Höheren Staatslehranstalt für Gartenbau in Pillnig Professor Defonomierat Schindler, von der Lehranstalt für Obst- und Gartenbau in Proskau Direktor Wauer und von dem Reichsverband des Deutschen Gartenbaues Diplom-Gartenbauinspektor Weinhausen, Berlin, begrüßen.

Direktor Römer

führte aus, daß sich auch die Landwirtschaftskammer die Förderung und Unterstützung des oberchlesischen Gartenbaues zur Aufgabe gemacht hat und daher mit dem Reichsverband des Deutschen Gartenbaues und dem Landesverband Oberchlesien in enger Fühlung steht und auch für Oberchlesien die Geschäftsführung übernommen hat.

Im Vordergrund der Tagung stand ein Vortrag von

Defonomierat Professor Schindler,

über „Die Ausbildung des praktischen Gärtners bis zur Obergärtnerprüfung“. Der Redner führte aus, daß die Gärtnereiprüfungen im Jahre 1913 gerade von Proskau und in Schlesien ihre Anfänge genommen haben. Um Prüfungen für Lehrlinge abhalten zu können, bedurfte es zunächst der Anerkennung von Gartenbaubetrieben als Lehrbetriebe. Um zu einem guten Nachwuchszu kommen, muß auf die Ausbildung der Lehrlinge die größte Sorgfalt gelegt werden. Oft erscheint es auch nötig, die Ausbildung in zwei Betrieben zu erhalten. Nach der Gesellenprüfung muß der Geselle auch im geschäftlichen Betrieb die nötige Auserkennung erfahren, um sich für die Obergärtnerprüfung und Gartenmeisterprüfung vorzubereiten.

In einem weiteren Vortrag behandelte

Dipl.-Gartenbauinspektor Weinhausen,

Berlin, das Thema „Zeitgemäße Düngungsfragen“. Der Redner führte hierzu aus, daß für die Pflanzen und deren Forderung in erster Linie die Düngung eine Hauptfrage sei und dadurch die Betriebe rentabel gestaltet werden können. Bei der Bildung von Versuchsringen könne die Landwirtschaftskammer den Gartenbau weitgehend unterstützen.

Hauptversammlung des oberchlesischen Gartenbauverbandes

In Verbindung mit der Grünen Woche hielt auch der Landesverband Oberchlesien im Reichsverband des Deutschen Gartenbaues seine Hauptversammlung ab, die von dem 1. Vorsitzenden, Gartenbaudirektor Saulich, Mitkultschütz, geleitet wurde. Im Vordergrund dieser Tagung stand ein Vortrag des

Gartenbaudirektors Wauer

von der Lehranstalt für Obst- und Gartenbau in Proskau über das Thema „Oberchlesische Absatzfragen“. Direktor Wauer führte hierzu aus, daß sich für die Gartenbaubetriebe eine überaus ungünstige Wirtschaftslage ergeben hat und die Absatzfrage für Gartenbauerzeugnisse dazu geführt hat, daß zahlreiche Betriebe vor dem Zusammenbruch stehen. Die Schuld hieran tragen in erster Linie Ueberfremdungen des deutschen Marktes mit Frühgemüse und Obst aus dem Auslande. Der deutsche Markt wird nicht nur mit Gemüse und Obst, sondern auch mit Blumen aus Holland überschwemmt. Hierzu kommt noch die Umstellung vieler Betriebe auf den Bau von Frühgemüse, der jetzt sogar von anderen Berufsgruppen betrieben werden soll, die nicht dem Gärtnereibei angehören und vom Wohlfahrtsministerium unterstützt wird. Hiergegen muß entschieden Einspruch erhoben werden. Vieles ist auch die Landwirtschaft zum erweiterten Feldgemüsebau übergegangen und hofft dadurch erhöhte Einnahmen zu erzielen. Außer der Zunahme des gärtnerischen Gemüsebaues kommt noch der Gemüsebau der Kleingärtner hinzu, wodurch der Absatz bei den Erwerbsgartenbauern erheblich beeinträchtigt wird. Die Gemüse-einfuhr hat gegen 1911 um 167 Prozent zugenommen. Ebenso verhält es sich auch bei Obst. Um zu einer Besserung hinsichtlich des Absatzes von deutschem Gemüse und Obst zu kommen, wird ein Monopol für Südrüchte gefordert. Es muß heute mehr denn je die Forderung erhoben werden:

„Eßt deutsches Gemüse und deutsches Obst, um dadurch dem deutschen Gartenbau und der deutschen Wirtschaft zu helfen.“

An die Berufsgärtner richtete der Redner gleichfalls die Mahnung, ihren Bedarf nur bei Großgärtnern im Reiche und nicht im Auslande zu decken.

Um eine Besserung im Absatz zu erzielen, betonte der Redner die Notwendigkeit des Zusammenschlusses in Abgabengesellschaften.

ten. Eine weitere Forderung für Oberchlesien bestehe in der

Schaffung einer Großmarkthalle

inmitten des Industriegebietes. Marktforschungen, Marktforderungen aber auch genügender Rücksicht bei Abschluß oder Erneuerung von Handelsverträgen seien ebenso notwendig. Der Redner wies noch auf mancherlei Uebelstände bei Absatzfragen in Oberchlesien hin.

Der Vorsitzende Saulich,

Mitkultschütz, dankte der Landwirtschaftskammer für die bisherige Unterstützung und wies auf das Fehlen des Absatzgebietes in Oberchlesien hin. Von der Eisenbahn werden Frachtergünstigungen gefordert, um weitere Absatzgebiete außerhalb Oberchlesiens erschließen zu können. Gleichzeitig erstattete der Vorsitzende einen Bericht über die Tätigkeit des Verbandes. Die Versammlung beschloß die Verlegung der Geschäftsstelle des Landesverbandes nach Proskau und Angliederung an die Gartenbaubehörde der Landwirtschaftskammer Oberchlesien. Die Kassengeschäfte werden gleichfalls von der Geschäftsstelle übernommen. Bei der Vorstandswahl wurde Gartenbaubetriebsbesitzer Saulich, Mitkultschütz als 1. Vorsitzender und Direktor Meese, Falkenau als 2. Vorsitzender wiedergewählt.

Oppeln

* **Beraubt.** In der Dunkelstunde wurde in einem Hause auf der Karlstraße ein Pfähriges Mädchen von einem bisher unbekannten Täter beraubt. Der junge Burche entwendete dem Mädchen eine Geldbörse mit Inhalt und konnte entkommen. Beteiligt war der Täter mit einem grauen Mantel und blauer Schiffermütze.

* **Sprechstunden beim Kommissar für die Osthilfe.** Der außerordentlich starke Publikumsverkehr bei der Landstelle Oppeln macht die Einführung von Sprechstunden notwendig. Die Sprechstunden werden an den Werktagen Dienstag, Mittwoch, Donnerstag und Freitag von 10 bis 1 Uhr angelegt. Nachmittags finden keine Sprechstunden statt. Schriftliche oder telefonische Voranmeldungen werden in den angegebenen Sprechstunden bevorzugt berücksichtigt.

Kirchliche Nachrichten

Evangelische Kirchengemeinde Beuthen

A. Gottesdienste:

Freitag, den 16. Januar: 7 Uhr Abend Vorbereitung der Helferinnen in der Mendantur; Pastor Heidenreich. Sonntag, den 18. Januar: 9.30 Uhr vormittag Hauptgottesdienst mit Abendmahlsfeier: Superintendent Schmula. Kollekte für die soziale Arbeit der Kirche. 9.30 Uhr vormittag Gottesdienst in Scharley: Pastor Heidenreich. 11 Uhr vormittag Taufen; 11.15 Uhr Jugendgottesdienst: Pastor Heidenreich; 5 Uhr nachmittag Abendgottesdienst: Pastor Heidenreich. Don-

nerstag, den 22. Januar: 8 Uhr Abend Bibelstunde im Gemeindehaufe: Pastor Eic. Bimzel.

Montag, den 19. Januar: 8 Uhr Abend findet die verfassungsmäßige Gemeindeversammlung im blauen Saale des Gemeindehaufes statt, wozu die Gemeinde herzlich eingeladen wird.

B. Vereinsnachrichten:

Sonntag, den 18. Januar: 8 Uhr Abend Familienabend des Evangelischen Männer- und Jünglingsvereins im Volksheim des Gemeindehaufes. Dienstag, den 20. Januar: Von 9 bis 11 Uhr vormittag Sprechstunde des Arbeitersekretärs Rottsch in Zimmer 2 des alten Pfarrhaufes, Klosterplatz 5. Evangelischer Kirchenchor: Dienstag, den 20. Januar: 8 Uhr Abend Tenor und Bass; Mittwoch, den 21. Januar: 8 Uhr Abend Sopran und Alt.

Gottesdienst in beiden Synagogen in Beuthen

Freitag Abendgottesdienst 4.25 Uhr, anschließend Lehrvortrag in der kleinen Synagoge; Sonnabend Morgen-gottesdienst große Synagoge 9 Uhr, kleine Synagoge 8.30 Uhr, Neumondweihe, Predigt in beiden Synagogen 10 Uhr, Jugendgottesdienst 3.30 Uhr, Mincha in der kleinen Synagoge 3 Uhr und 4.25 Uhr, Sabbatausgang 4.58 Uhr; an den Wochentagen abends 4.30 Uhr, morgens 6.45 Uhr.

Synagogengemeinde Hindenburg

Freitag, den 16. Januar, abends 4.30 Uhr; Sonntag, den 17. Januar, morgens 9.30 Uhr, Jugendgottesdienst nachmittags 3.30 Uhr, Sabbatausgang 4.59 Uhr; wochentags morgens 7 Uhr, abends 4.30 Uhr.

Evangelische Kirchengemeinde Gleiwitz

Sonntag, den 18. Januar: 9.30 Uhr Hauptgottesdienst: Pastor Alberg; 11 Uhr Kindergottesdienst: Pastor Kiehe; 5 Uhr Abendgottesdienst: Pastor Schmidt. In Fernit: 9.30 Uhr Gottesdienst: Pastor Schmidt. Kollekte für die soziale Arbeit der Kirche. 8 Uhr Abend Hauptversammlung des Evangelischen Arbeitervereins; Montag, 4 Uhr, Missionsverein; Donnerstag Bibelstunden: 7.30 Uhr im Auguste-Victoria-Haus; Pastor Kiehe; 8 Uhr im Gemeindehaus: Pastor Alberg.

Evangelisch-lutherische Kirche Gleiwitz

Sonntag, den 18. Januar, 9.30 Uhr Predigtgottesdienst: Pastor Klages. (Kollekte für die Seidenmission); 10.45 Uhr Kindergottesdienst; Mittwoch, den 21. Januar, 8 Uhr, Versammlung des Männer- und Jünglingsvereins im Gemeindeaal (Vortragsabend).

Leistung und Selektivität von Schirmgitter-Regemp-fängern. Die Schirmgitterröhre erfordert schaltungstechnisch solche Maßnahmen, daß die Abstim-mung eines Schirmgitterröhren-Empfängers der eines normalen Neutroden-Empfängers gleicher Schaltung unterlegen ist. Durch die weit größere Verstärkung der Schirmgitterröhren müßten auch das Audion und der Niederfrequenz-Verstärker leistungsfähiger gestaltet werden, da ihnen ja eine größere Energie zur Verarbeitung zugeführt wurde. Die Nora-Radio-GmbH. hat in ihrem Vierröhren-Schirmgitter-Regempfangsform S 4 W für Wechselstrom und Form S 4 G für Gleichstrom-Geräte geschaffen, die die obigen Forderungen erfüllen. Die Geräte geben eine hohe Leistung ab, daß auch ein elektrodynamischer Lautsprecher betätigt werden kann und dann eine vollständig originalgetreue Wiedergabe auch beim Fernempfang erzielt wird. Sie sind zur elektrischen Übertragung von Schallplattenmusik eingerichtet; reichlich dimensionierte Siebnetze verhindern unbedingt störende Reg-geräusche. Ein eingebauter Regstondensator gestattet das Lichtnetz als Antenne zu verwenden, so daß auch ohne Hoch- oder Zimmerantenne ein einwand-freier Fernempfang erzielt wird.

Stellen-Angebote

Arbeiten in. Lauenburg

für direkten Besuch von Haushaltungen, Läden- u. Gewerbebetriebe gesucht. Gr. Verdienstmöglichkeit, da leicht verkäuflich, und überall gebraucht. Je nach Größe des Arbeitsgebietes sind für die erforderl. Vorführungsapparate 40—120 Mk. Kau-tion erforderlich. Ang. unter Gl. 6308 an die Geschäftsstelle dieser Zeitg. Gleiwitz.

Bayr. Großbrauerei

sucht für neu zu errichtenden Spezial-Ausschank in bester Lage von Gleiwitz tüchtigen Pächter.

Erforderliches Kapital ca. 10.000 Mk. Angebote unter Gl. 578 an die Geschäftsstelle dieser Zeitung Hindenburg OS. erbet. Beuthen OS., Krakauer Straße 15.

Existenz!

Für den Bezirk Beuthen beabsichtigen wir die Einrichtung einer selbständigen

Geschäftsstelle

Herren, welche eine auskömml. Existenz anstreben und über ein Barkapital von 500.— RM. verf., send. Bewerb. unter B. P. 155 an die Geschäftsstelle dieser Zeitg. Beuthen. Fachkenntn. nicht erforderl.

Verkäufe

Monocyclisten

von Buid, 13/70 PS, fabrikneue Simou-sine, Umstände halber weit unter Preis abzugeben.

Max Weichmann, Automobile,

Beuthen OS., Krakauer Straße 15.

Heute

ist das Tagesgespräch von Gleiwitz zur Wirklichkeit geworden!

Inventur-Ausverkauf

bei

Strumpf-Lerch

Gleiwitz, Wilhelmstr. 40

Große Versteigerung!

Freitag,

den 16. ds. Mts., und folgende Tage von nachmittags 3 Uhr an versteigern wir in unserem Auktionslokal Beuthen OS., Friedrich-Wilhelm-Ring Nr. 7, im freiwilligen Auftrage für Rechnung, den es angeht gegen bar:

1 großen Posten Herren- und Damenschuhe, Anzüge, Mäntel, Kleider, Joppen u. v. a.

Befestigung vorher.

Gleiwitzer Auktionshaus

Versteigerer Paul Salfisch, Inh.: Max Walzer, Beuthen OS. — Telefon 4976.

4 Röhren-

Schirmgitter-Allwellen-Empfänger, neuester Art, mit neuer 200 Volt Barta-Akku.-Anode u. Akkumulator sowie neuem Barta-Gleichrichter, preisw. sofort zu verkaufen. Ang. unt. B. 1327 an d. G. d. Zeitg. Beuth.

Hanomag-Limousine,

16 PS, 800 ccm, sehr gut erhalten, steht z. Verkauf bei

Max Weichmann, Automobile, Beuthen OS., Krakauer Straße 15.

Kleine Anzeigen

große Erfolge!

Vermietung

5 1/2 - Zimmer-

Wohnung,

in schönster Bohn-lage, mit all. Kom-fort, Zentralheizung, zu vermieten. Ang. unter B. 1332 an d. G. d. Zeitg. Beuthen.

Möblierte Zimmer

Freundlich möbl. Zimmer an 2 Herren oder Damen, eventl. mit voll. Pers., auch kinderloses Ehepaar zu vermieten, Beuthen OS., Neue Str. 14a, ptr. I.

Ein gutmöbliertes Schlafzimmer

ist m. Küchenbenutzg. u. Bad an ein Ehe-paar (auch m. einem Kind) bald od. vom 1. 2. 31 zu vermieten. Angeb. unter B. 1331 an die G. d. Zeitg. Beuthen.

Miet-Gesuche

3-Zimmer-Wohnung

mit Beigel, im Alt-od. Neubau, f. bald zu mieten gesucht. Preisang. erb. unt. B. 1334 an die G. d. Zeitg. Beuthen.

Vingel

DER HEERESCHULE FÜR HOCHST-ANFORDERN

16.60

Jedes Modell Nur für Herren **16.60**

Einheitspreis:

Verkaufsstelle: Beuthen Bahnhofstraße 39

Laden

mit Zimmer oder Nebenraum zu mieten gesucht. Angeb. m. Preisangabe unt. B. 1328 an die G. d. Zeitg. Beuthen.

Auffällige u. wirkungsvolle Drucksachen

liefert schnellstens

Verlagsanstalt Kirsch & Müller G. m. b. H.

Handelsregister

In das Handelsregister A. Nr. 1487 ist bei der Firma „A. Fröhlich“ in Beuthen OS. eingetragen: Die Firma ist in Martin Fröhlich“ geändert. Amtsgericht Beuthen OS., den 13. Januar 1931.

In das Handelsregister A. Nr. 155 ist bei der offenen Handelsgesellschaft „Raufhaus Fröh Steinig“ in Beuthen OS. eingetragen: Die Gesellschaft ist aufgelöst. Die Firma ist erloschen. Amtsgericht Beuthen OS., den 13. Januar 1931.

In das Handelsregister A. ist unter Nr. 2132 die Firma „Max Steinig“ in Beuthen OS. und als ihr Inhaber der Kaufmann Max Steinig in Beuthen OS. eingetragen. Amtsgericht Beuthen OS., den 13. Januar 1931.

In das Handelsregister A. ist unter Nr. 2129 die Firma „Oberchlesischer Stahl-turm- und Eisenbau Wirtz Minarik“ in Beuthen OS. und als ihr Inhaber der Schlossmeister Wirtz Minarik in Beuthen OS. eingetragen. Amtsgericht Beuthen OS., den 13. Januar 1931.

In das Handelsregister A. ist unter Nr. 2130 die Firma „Heinrich Baeclawski“ in Mitkultschütz und als Inhaberin das Fräulein Eugie Baeclawski in Mitkultschütz eingetragen. Das Fräulein Eugie Baeclawski hat das bisher unter der nicht eingetragenen Firma Heinrich Baeclawski betriebene Geschäft von dem bisherigen, inzwischen verstorbenen Kaufmann Heinrich Baeclawski in Mitkultschütz erworben. Amtsgericht Beuthen OS., den 13. Januar 1931.

Nun wird es aber wirklich Zeit,



den für die Frühjahrsdüngung erforderlichen **Stickstoff** zu beziehen.

Deutsche Stickstoffdünger sind überall erhältlich



Der lebensgefährliche Handelsvertrag

Weshalb will Polen ratifizieren?

(Von unserem ostoberschlesischen Wirtschaftskorrespondenten)

Die Warschauer Meldung, daß die polnische Regierung den deutsch-polnischen Handelsvertrag dem Sejm zur Ratifizierung überwiesen hat, kommt keinesfalls überraschend. Einmal ist der Augenblick psychologisch gut gewählt. Es mußte Polen daran gelegen sein, in Genf an einem besonders überzeugenden Beispiel zu zeigen, daß es seinerseits alles tun wolle, um „normale Verhältnisse“ mit Deutschland herzustellen. Das ist, wenn auch eine große Geste, doch keinesfalls der einzige Grund für den etwas plötzlich aufgetretenen Entschluß, zu ratifizieren. Polen will hiermit auch Deutschland das Gesetz seines Handels vorschreiben. Entweder, Deutschland ratifiziert jetzt auch — und dann macht Polen, und nur Polen, das Geschäft — oder aber es ratifiziert nicht, und dann kann Polen wieder einmal auf den „Friedensstörer“ Deutschland hinweisen. Für jeden Fall muß der Entschluß Polens, den Rauschvertrag in Kraft zu setzen, ihm selbst Vorteile, Deutschland aber im Falle der Nichtratifizierung wenn auch nur vorübergehende politische Schwierigkeiten, im Falle der Ratifizierung allerschwerste und dauernde wirtschaftliche und politische Schädigung bringen.

Die Zahl der Freunde der Ratifizierung hat in Polen in der letzten Zeit ebenso zugenommen, wie sich die Gegner des Vertrages in Deutschland vermehrt haben. Polen kann den Vertrag in der Tat ohne alle Sorge hinnehmen. Der einzige und klare, selbst von polnischer Seite eingestandene Grund ist der, daß

die Kaufkraft Polens

gesunken ist, daß nicht die geringste Gefahr für einen vermehrten Absatz deutscher Erzeugnisse in Polen besteht, während Polen nicht nur den sicheren Vorteil der Ausfuhr des ihm zugestandenen Kohlen- und Schweinekontingents genießen würde, sondern auch sonst die Vorteile des Dumpings voll auf seiner Seite hätte, und, wenn auch nicht gerade gleich Getreide, so doch Holz, Eier, Butter und die verschiedensten landwirtschaftlichen Erzeugnisse, ferner Zink und, gemäß dem Abkommen mit der deutschen Eisenhüttenindustrie, auch Eisen in Massen in Deutschland absetzen könnte. Die deutsche Ausfuhr nach Polen aber würde sich auf gute deutsche Mark beschränken, und Valuten sind es, deren Polen am dringendsten bedarf.

Die polnische Volkswirtschaft hat im letzten Jahre einen Abstieg erfahren, der die Wirtschaft des Landes das Schlimmste befeuert läßt. An dem Niedergang der Produktion in den großen Industriestaaten gemessen, mögen die für Polen vorliegenden Ziffern seiner wirtschaftlichen Not beinahe Hiliputanisch klein erscheinen. Aber gemessen an seiner eigenen industriellen Entwicklung und der Bedeutung dieser wenn auch kleinen Industrie an dem Gedeihen des ganzen Landes, sind sie doch ganz außerordentlich bedeutungsvoll. Wenn es allerdings der polnischen Landwirtschaft besser gehen würde, so könnte Polen ohne Sorge auf den Niedergang seiner Industrie blicken. Da die polnische Landwirtschaft aber — wie die Landwirtschaft aller Welt — völlig am Boden liegt, ist bei der Aussichtslosigkeit aller Hoffnung für den Absatz der Agrarprodukte, der Gang der Industrie für Handels- und Steuerbilanz ausschlaggebend geworden und damit ausschlaggebend für die Großmachstellung Polens, d. h. für die Aufrechterhaltung des Militärbudgets, für das fast die Hälfte der Staatseinnahmen verbraucht wird.

Einige wenige Ziffern mögen den Stand der polnischen Wirtschaft erläutern. Die Zahl der registrierten Arbeitslosen (also ohne die Hunderttausende hungernder Landbewohner) ist von 185 000 im Dezember 1929 auf 287 000 im Dezember v. J. gestiegen. Die polnische Steinkohlenförderung ging von 4 399 Millionen Tonnen im Oktober 1929 auf 3 662 Millionen Ton im Oktober v. J. zurück. In der polnischen Baumwollindustrie waren in der letzten Oktoberwoche 1929 (derselben Woche 1930) an sechs Tagen 18 954 (15 848), an fünf Tagen 25 576 (22 154), an vier Tagen 7 686 (13 441) und an drei Tagen 4 856 (972) Arbeiter beschäftigt.

Der Niedergang der Erzeugung

auf allen Gebieten der Industrie war nicht nur eine Folge der verminderten inneren Kaufkraft, sondern auch des Ausfuhrrückganges. Im Jahre 1929 stellte sich die durchschnittliche monatliche Ausfuhr auf 234 Millionen Zloty, und in den günstigsten Herbstmonaten brachte der September 262 Millionen, der Oktober 259 Millionen Zloty Ausfuhr, dieselben Monate im Jahre 1930 aber nur 211 und 207 Millionen Zloty Ausfuhrwert. Infolge der verschlechterten Zahlungsbilanz nahm vor allem aber

der Goldvorrat in Polen

in geradezu katastrophalem Hinabgleiten ab. Jeweils am 31. Juli betrug der Bestand der Bank Polski an Gold und Valuten

1927: 1,2 Millionen Zloty,

1928: 1,149 Millionen Zloty,

1929: 1,119 Millionen Zloty.

Vom Sommer 1929 ab schmolzen die Vorräte weiter auf 929 Millionen am 30. August 1930, am nächsten Ultimo auf 884 Millionen und am 20. Dezember 1930 auf 836 Millionen Zloty. Die Auslandskredite der Jahre 1927 und 1928 flossen in den beiden folgenden Jahren infolge der ständig verschlechterten Handels- und Zahlungsbilanz restlos wieder aus Polen hinaus. Die

verringerte Einfuhr der zweiten Jahreshälfte 1929 und der ersten Jahreshälfte 1930 ließ jedoch einen Dollarschatz von 7 Millionen Zloty ins Land strömen und machte es möglich, die Defizite der Handels- und Zahlungsbilanz der Jahre 1928 und 1929 zu decken. Im Jahre 1930 aber zehrten die verschlechterte Zahlungsbilanz und der Zinsendienst für die teuren Investitionen (Kohlenbahn, Gdingen usw.), die weit über die Leistungsfähigkeit hinausgingen, den Dollarschatz, der in Polen umlief, auf, und danach mußte die Bank Polski schwere Opfer bringen.

Im Jahre 1930 verringerte sich der Vorrat der staatlichen Notenbank an Gold und Valuten um 283 Millionen Zloty, d. h. zehnmal so stark als 1929. Die Emissionsreserve der polnischen Notenbank fiel vom 20. Dezember 1929 bis dahin 1930 von 993 Millionen auf 582 Millionen und verminderte sich damit in den beiden letzten Jahren um 411 Millionen Zloty. Kein geringerer als Stanislaw Grabski fragt, was geschehen soll, wenn sie sich 1931 wieder um 400 Millionen verringert. Die Antwort ist klar: dann hat die polnische Valuta keine irgendwie nennenswerte Deckung mehr. Es gibt aber auch keine fremden Valuten in Polen mehr. Anfang 1929 — sagt Grabski — waren im polnischen Handel ebensovielen Dollar wie Zloty im Kurs. Heute aber sei der ganze Geldumlauf in Polen, einschließlich der Dollars, höchstens um einige hundert Millionen Zloty größer als die gesamte Emission der Banknoten der Bank Polski von 1 251 Milliarden Zloty und der Bilanzen und Staatsbilletts (ungedrucktes Papiergeld) von 230 Millionen. Selbst nach der optimistischsten Rechnung beträgt also

der gesamte Geldumlauf

in Polen nicht mehr als 2 Milliarden Zloty (940 Millionen Reichsmark). Auf jeden Polen entfällt somit ein „Kapital“ von etwa 31 Reichsmark, wovon nur etwa 40 Zloty (18,80 Mark) auf gedeckte polnische Banknoten kommen. Neuen Valutazustrom erhofft Polen aus der Ausfuhr von Kohle, Schweinen, Holz, Eiern, Butter usw. nach Deutschland. Das ist der Sinn des polnischen Ratifizierungswillens! Der polnische Außenminister selbst hat den gegenwärtigen Zeitpunkt, in dem die polnische Kaufkraft unter den Nullpunkt gesunken ist, für den richtigen gehalten, um die vielen Stimmen in Polen, die der Auffassung sind (oder vielmehr waren), daß der deutsch-polnische Handelskrieg den Eigenaufbau des Staates fördere, scheinbar beiseite zu schieben. In Wahrheit soll teils die deutsche Valuta, teils französische und schweizerische Anleihen (Kohlenbahn, Gdingen) diesen „Eigenaufbau“, der die endgültige Verdrängung Deutschlands aus dem polnischen Wirtschaftsleben bezweckt, ermöglichen. Der deutsche Außenminister Curtius hat auf seiner kürzlichen Oberschlesienreise den Willen der deutschen Regierung zur Ratifizierung erklärt. Wir erwarten, daß der Deutsche Reichstag die Ratifizierung aus den vorbereiteten Gründen ablehnen wird. Die letzten polnischen Zollerhöhungen lassen ein deutsches Geschäft in Polen schon gar nicht möglich erscheinen. Die polnische Regierung gedenkt gleichzeitig die bereits unterzeichneten Handelsverträge mit Spanien, Portugal, Griechenland, Ungarn, Ägypten und Rumänien zu ratifizieren, alles das in einem Zeitpunkt, wo der polnische Landwirt keinen Nagel und der polnische Industriearbeiter kaum die nötigsten Kartoffeln zu kaufen vermag. Das ist von Polen politisch wie wirtschaftlich zweifellos gleich klug gehandelt, aber für uns wahrhaftig kein Grund, so töricht zu sein, um für den so zu bewerkstelligenden „Eigenaufbau“ Polens Ostpreußen und Pommern, Oberschlesien und die Grenzmark Posen-Westpreußen dem völligen Ruin entgegenzuführen.

Berliner Börse

Freundlich und leicht anziehend — Kassamarkt unverändert schwach — Schlußkurse wieder nachgebend

Berlin, 15. Januar. Die heutige Börse brachte zu Beginn des offiziellen Verkehrs allgemein Erholungen um 1 bis 3 Prozent. Schon gestern abend zeigte sich in Frankfurt auf stärkere Interventionen eine leichte Besserung, die auch für heute eine etwas freundlichere Tendenz erwarten ließ. Obwohl von Deckungen größeren Umfangs keine Rede sein konnte, löste allein die Tatsache, daß der in den letzten Tagen auf der Börse lastende Exekutionsdruck so gut wie völlig verschwunden war, lebhaft Befriedigung aus. Eine weitere Anregung ging von den festeren Auslandsbörsen, insbesondere von der damit zusammenhängenden Befestigung der Svenska- und Chade-Aktien, die 9 bzw. 7 1/2 Mark gewannen, aus. Nur wenige Spezialpapiere waren über den üblichen Rahmen hinaus gebessert; zu erwähnen sind Hamburg-Süd und Reichsbank mit je 3 1/2prozentiger Besserung und Buderus, die wohl im Zusammenhang mit der relativ nur geringen Senkung der Eisenpreise um 3 Prozent anlagen. Bei Julius Berger bewirkte die Enge des Marktes nach anfänglicher Plus-Notiz eine Kurssteigerung von 10 1/2 Prozent. Kleine Abschwächungen im Rahmen von 1 bis 2 Prozent hatten Deutsche Kabel, Hackethal, Ostwerke, Goldschmidt und Fahlberg-List zu verzeichnen, außerdem lagen Mansfeld und Rheinische Elektrische bis zu einem Prozent gedrückt.

Im Verlauf blieb die Allgemeinstimmung zunächst weiter freundlich. Später ließ jedoch das ohnehin nur kleine Deckungsgeschäft wieder nach. Für Siemens erhielt sich etwas Interesse. Gegen 1 Uhr lagen Svenska und Chade etwa 3 Mark unter der Eröffnung, auch Schuckert, die zunächst bis über die Parigrenze gebessert waren, gingen stärker zurück. Anleihen etwa behauptet, von Ausländern waren Bodan etwa 1/4 Prozent gebessert, Lissaboner Staatsanleihe wurden im Verlauf 1/2 Prozent höher festgesetzt. Pfandbriefe gaben bei kleinem Geschäft leicht nach, Reichsschuldbuchforderungen lagen bis zu einem Prozent schwächer. Devisen wenig verändert, Buenos fester, Spanien schwach, Schweiz in Erwartung einer Diskontsenkung nachgebend. Am Geldmarkt zeigte sich zum Medio eine leichte Versteifung; Tagesgeld stellte sich auf 4 1/2 bis 6 1/2 Prozent. Die übrigen Sätze blieben unverändert. Der Kassamarkt verkehrte in unverändert schwacher Haltung. Berliner Kindl-Stammaktien verloren 30 Prozent, die Stammprioritäten 28 Prozent. Zu den Kassakursen der Terminpapiere lag stärkeres Angebot vor, sodaß die Notierungen teilweise empfindlich schwächer waren, was nicht ohne Einfluß auf die variablen Märkte blieb. Man sprach wieder von größeren Exekutionen. Bis zum Schluß des Verkehrs hatten die Hauptpapiere Verluste in Höhe von 1 bis 4 Prozent erlitten. Darüber hinaus lagen Salzdetfurth, Deutsche Linoleum und Julius Berger bis zu 7 1/2 Prozent rückgängig.

Die Tendenz an der Nachbörse ist geschäftlos. Grundstimmung weiter schwach.

mark, wovon nur etwa 40 Zloty (18,80 Mark) auf gedeckte polnische Banknoten kommen. Neuen Valutazustrom erhofft Polen aus der Ausfuhr von Kohle, Schweinen, Holz, Eiern, Butter usw. nach Deutschland. Das ist der Sinn des polnischen Ratifizierungswillens! Der polnische Außenminister selbst hat den gegenwärtigen Zeitpunkt, in dem die polnische Kaufkraft unter den Nullpunkt gesunken ist, für den richtigen gehalten, um die vielen Stimmen in Polen, die der Auffassung sind (oder vielmehr waren), daß der deutsch-polnische Handelskrieg den Eigenaufbau des Staates fördere, scheinbar beiseite zu schieben. In Wahrheit soll teils die deutsche Valuta, teils französische und schweizerische Anleihen (Kohlenbahn, Gdingen) diesen „Eigenaufbau“, der die endgültige Verdrängung Deutschlands aus dem polnischen Wirtschaftsleben bezweckt, ermöglichen. Der deutsche Außenminister Curtius hat auf seiner kürzlichen Oberschlesienreise den Willen der deutschen Regierung zur Ratifizierung erklärt. Wir erwarten, daß der Deutsche Reichstag die Ratifizierung aus den vorbereiteten Gründen ablehnen wird. Die letzten polnischen Zollerhöhungen lassen ein deutsches Geschäft in Polen schon gar nicht möglich erscheinen. Die polnische Regierung gedenkt gleichzeitig die bereits unterzeichneten Handelsverträge mit Spanien, Portugal, Griechenland, Ungarn, Ägypten und Rumänien zu ratifizieren, alles das in einem Zeitpunkt, wo der polnische Landwirt keinen Nagel und der polnische Industriearbeiter kaum die nötigsten Kartoffeln zu kaufen vermag. Das ist von Polen politisch wie wirtschaftlich zweifellos gleich klug gehandelt, aber für uns wahrhaftig kein Grund, so töricht zu sein, um für den so zu bewerkstelligenden „Eigenaufbau“ Polens Ostpreußen und Pommern, Oberschlesien und die Grenzmark Posen-Westpreußen dem völligen Ruin entgegenzuführen.

Breslauer Börse

Behauptet

Breslau, 15. Januar. Die Tendenz der heutigen Börse war behauptet; wesentliche Kursveränderungen sind nicht zu verzeichnen. Lediglich Feldmühle gingen um 6 Prozent auf 94 zurück. Sonst notierten Liegnitz-Rawitsch A 20, Siegersdorfer Werke verloren 1 Prozent, Deutsche Eisenhandel 2 Prozent, Eisenwerk Sprottau kamen mit 18 zur Notiz. Am Anleihemarkt notierte der Altbetrag 51,40, der Neubesitz 3,80. Liquidations-Landschaftliche Pfandbriefe schwächer, 81 1/2, die Anteilsscheine 10,90. Roggenpfandbriefe schwach, 5,71. 8prozentige Landschaftliche Goldpfandbriefe knapp behauptet, 96, dagegen die 6prozentigen fester, 80. Im freien Verkehr hörte man Hilfskassen zum Kurs von 0,90 Brief und 0,95 Geld, Posener Rentenbriefe mit 22 1/2 wie gestern.

Berliner Produktenmarkt

Hafer stark anziehend

Berlin, 15. Januar. Besonderes Interesse beanspruchte heute der Hafermarkt auf Grund der Gerüchte über eine angeblich beabsichtigte Wiedereinführung der Einfuhrscheine für dieses Produkt. Die stärkste Auswirkung war am Lieferungsmarkt zu beobachten. Die Eröffnungsnotierungen für Hafer lagen noch bis zu 1/4 Mark über gestrigem Schlußstand, nachdem im Vormittagsverkehr wesentlich höhere Preise erzielt wurden. Das Effektivangebot in Hafer ist naturgemäß stark zurückhaltend und in den Forderungen erhöht, auch die Käufer sind ziemlich vorsichtig. Roggen ist vom Hafermarkt beeinflusst, da Überlegungen angestellt werden, daß bei Erteilung von Einfuhrscheinen beim Haferexport auch für Roggen wieder besondere Mittel zur Verfügung gestellt werden könnten. Bei etwas kleinerem Effektivangebot liegen die Preise um etwa eine Mark über gestrigem Stand. Weizen ist knapp angeboten, Forderungen sind 2 bis 3 Mark höher gehalten, teilweise werden auch die erhöhten Preise bewilligt. In etwa gleichem Ausmaß waren die Lieferungspreise für Weizen und Roggen befestigt. Weizenmehl wird von den Provinzmühlen verschiedentlich zu unveränderten Preisen angeboten, der nur ziemlich schwach versorgte Konsum bekundet etwas bessere Nachfrage. Roggenmehl bei unveränderten Preisen weiter in schwerfälligem Geschäft. Gerste unverändert ruhig.

Breslauer Produktenmarkt

Knapp gehalten

Breslau, 15. Januar. Nach anfänglich leichter Befestigung schwächte sich der Markt in Brotgetreide zum Schluß der Börse wieder ab. Trotzdem lagen die Preise noch etwa 1 Mark über den gestrigen. Das Angebot war in Weizen und Roggen sehr minimal, Hafer und Gersten liegen un-

verändert. In Futtermitteln sind die Forderungen erhöht, ohne daß man jedoch die Preise durchsetzen konnte. Heu und Stroh sowie Saaten ruhig.

Magdeburger Zuckernotierungen

Magdeburg, 15. Januar. Tendenz ruhig. Januar 6,50 B., 6,40 G. Februar 6,60 B., 6,50 G. März 6,70 B., 6,60 G. April 6,75 B., 6,65 G. Mai 6,85 B., 6,75 G. August 7,20 B., 7,15 G. Oktober 7,40 B., 7,35 G. Dezember 7,60 B., 7,55 G.

Bremer Baumwollkurse. Nordamerikanische Baumwolle, loko 11,12. Tendenz ruhig. März 10,65 B., 10,62 G. Mai 10,87 B., 10,85 G. Juli 11,05 B., 11 G. Oktober 11,17 B., 11,16 G. Dezember 11,32 B., 11,29 G.

Berliner Produktenbörse

| Berlin, 15. Januar 1931 | | Weizenkleie 10 1/2-10 3/4 | |
|---|-----------------|---|-------------|
| Weizen | | Weizenkleie | |
| Märkischer | 254-256 | 10 1/2-10 3/4 | |
| März | 274 | Tendenz | ruhig |
| Mai | 283 1/2-284 | Roggenkleie | 9-9 1/2 |
| Juli | 288 | Tendenz | ruhig |
| Tendenz | fest | für 100 kg brutto einschl. Sack in M. frei Berlin | |
| Roggen | | Raps | |
| Märkischer | 151-154 | Tendenz | ruhig |
| März | 176-175 1/2 | für 1000 kg in M. ab Stationen | |
| Mai | 182 1/2-182 | Leinsaat | |
| Juli | 184 1/2 | Tendenz | ruhig |
| Tendenz | stetig | für 1000 kg in M. | |
| Gerste | | Viktoriaerbsen | |
| Braugerste | 199-213 | Kl. Speiserbsen | 22,00-24,00 |
| Futtergerste und | | Futtererbsen | 20,00-21,00 |
| Industriegerste | 188-194 | Peluschken | 19,00-21,00 |
| Tendenz | ruhig | Ackerbohnen | 17,00-18,00 |
| Hafer | | Wicken | 18,00-21,00 |
| Märkischer | 137-144 | Blau Lupinen | |
| März | 156-153 1/2 | Gelbe Lupinen | |
| Mai | 164 1/2-163 1/2 | Seradelle alte | |
| Juli | 170 1/2-169 | neue | |
| Tendenz | fest | Rapskuchen | 9,00-9,50 |
| für 1000 kg in M. ab Stationen | | Leinkuchen | 15,00 |
| Mais | | Trockenschrot | |
| Plata | | prompt | 5,70-6,00 |
| Rumänischer | | Soiaschrot | 12,80-12,90 |
| für 1000 kg in M. | | Kartoffelflocken | |
| Weizenmehl | 29 1/2-36 1/2 | für 100 kg in M. ab Abladestation | |
| Tendenz | stetig | märkische Stationen für den ab Berliner Markt per 50 kg | |
| für 100 kg brutto einschl. Sack in M. frei Berlin | | Kartoff. weiße | 1,10-1,30 |
| Feinste Marken üb. Notiz bez. | | do. rote | 1,20-1,40 |
| Roggenmehl | | Odenwälder blaue | 1,20-1,40 |
| Lieferung | 23 1/2-26 1/2 | do. gelbfl. | 1,50-1,80 |
| Tendenz | ruhig | do. Nieren | |
| | | Fabrikkartoffeln | |
| | | pro Stärkeprozent 6 Pfg. | |

Breslauer Produktenbörse

| Getreide Tendenz: ruhig | | 15. 1. | 14. 1. |
|--|--|--------|--------|
| Weizen (schlesischer) | | | |
| Hektolergewicht v. 74 kg | | 25,40 | 25,40 |
| 76 | | 25,60 | 25,60 |
| 72 | | 24,90 | 24,90 |
| Roggen (schlesischer) | | | |
| Hektolergewicht v. 70,5 kg | | 16,00 | 16,00 |
| 68,5 | | 15,50 | 15,50 |
| 68,5 | | 15,70 | 15,70 |
| Hafer, mittlerer Art und Güte | | 24,50 | 24,50 |
| Braugerste, feinste | | 21,50 | 21,50 |
| gute | | 19,20 | 19,20 |
| Sommergerste, mittl. Art u. Güte | | — | — |
| Wintergerste | | — | — |
| Industriegerste | | — | — |
| Mehl Tendenz: ruhig | | 15. 1. | 14. 1. |
| Weizenmehl (Type 70%) | | 36,50 | 36,50 |
| Roggenmehl (Type 60%) | | 25,75 | 25,75 |
| Auszemmen | | 42,50 | 42,50 |
| *) 65%iges 1 RM teurer, 60%iges 2 RM teurer. | | | |
| Oelnsaat Tendenz: unregelmäßig | | 15. 1. | 14. 1. |
| Winterraps | | 31,00 | 31,00 |
| Leinsamen | | 30,00 | 30,00 |
| Senfsamen | | — | — |
| Hanfsamen | | — | — |
| Baumöl | | 57,00 | 57,00 |
| Kartoffeln Tendenz: wegen Frostes geringes Geschäft | | 15. 1. | 14. 1. |
| Speisekartoffeln, gelb | | 1,40 | 1,40 |
| Speisekartoffeln, rot | | 1,20 | 1,20 |
| Roggenkartoffeln, weiß | | 1,20 | 1,20 |
| Fabrikkartoffeln | | 0,05 | 0,05 |
| Inland. Frühkartoffeln | | — | — |
| je nach Verladestation des Erzeugers (Frei ab Breslau) | | | |

Devisenmarkt

| Für drahtlose Auszahlung an | | 15. 1. | 14. 1. |
|-----------------------------|--------|--------|--------|
| | | Geld | Brief |
| Buenos Aires 1 P. Pes. | 1,270 | 1,274 | 1,243 |
| Canada 1 Canad. Doll. | 4,191 | 4,199 | 4,191 |
| Japan 1 Yen | 2,079 | 2,083 | 2,079 |
| Kairo 1 ägypt. St. | 20,905 | 20,945 | 20,92 |
| Konstant. 1 türk. St. | — | — | — |
| London 1 Pf. St. | 20,105 | 20,415 | 20,409 |
| New York 1 Doll. | 4,203 | 4,215 | 4,204 |
| Rio de Janeiro 1 Milr. | 0,392 | 0,394 | 0,392 |
| Uruguay 1 Gold Pes. | 2,47 | 2,763 | 2,47 |
| Amst.-Rott. 100 G. | 169,06 | 169,40 | 169,49 |
| Athen 100 Drachm. | 5,445 | 5,445 | 5,445 |
| Brüssel-Antw. 100 Bl. | 58,555 | 58,675 | 58,57 |
| Bukarest 100 Lei | 2,495 | 2,499 | 2,494 |
| Budapest 100 Pengö | 73,405 | 73,545 | 73,55 |
| Danzig 100 Gulden | 81,51 | 81,73 | 81,62 |
| Helsingf. 100 Finn. M. | 10,575 | 10,599 | 10,596 |
| Italien 100 Lire | 22,045 | 22,045 | 22,045 |
| Jugoslawien 100 Din. | 7,428 | 7,442 | 7,443 |
| Kowno | 41,98 | 42,00 | 41,98 |
| Kopenhagen 100 Kr. | 112,30 | 112,32 | 112,31 |
| Lissabon 100 Escudo | 18,84 | 18,88 | 18,84 |
| Oslo 100 Kr. | 112,31 | 112,33 | 112,32 |
| Paris 100 Fr. | 16,475 | 16,475 | 16,475 |
| Prag 100 Kr. | 12,444 | 12,444 | 12,442 |
| Reykjavik 100 Isl. Kr. | 0,81 | 0,820 | 0,819 |
| Riga 100 Lais | 30,86 | 31,02 | 30,86 |
| Schwiz 100 Fr. | 1,365 | 1,365 | 1,365 |
| Stockh. 100 Lira | 3,044 | 3,044 | 3,044 |
| Spanien 100 Peseten | 42,93 | 43,01 | 43,96 |
| Stockholm 100 Kr. | 112,30 | 112,32 | 112,35 |
| Taiwan 100 estn. Kr. | 111,74 | 111,96 | 111,74 |
| Wien 100 Schill. | 69,08 | 69,20 | 69,08 |

Posener Produktenbörse

Posen, 15. Januar. Roggen 17,50-18, Weizen 21,25-22, Roggenmehl 29,50, Weizenmehl 39-42, Roggenkleie 12,50-13,50, Weizenkleie 12,50-13,50. Rest der Notierungen unverändert. Stimmung schwächer.

Verantwortlicher Redakteur Dr. Fritz Seifert. Bielska Druck: Kirsch & Müller, Sp. o. g. o. d. p., Beuthen OS.